



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2019



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Checkpoint Alpha. Ein vergessener Konfliktort des Kalten Krieges

Ronny Heidenreich

1

**16. Studienreise der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur und der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Albanien**

Anke Geier / Kai Langer

15

Die friedliche Revolution im Oktober 1989.

**Reflexionen über die Haftanstalt „Roter Ochse“ und über andere
Strafvollzugseinrichtungen und Jugendhäuser im Bezirk Halle**

André Gursky

31

Von einer Grab- zu einer Gedenkstätte.

**Die Entstehung einer Gedenkstätte am Ort des ehemaligen
KZ-Außenlagers Langenstein-Zwieberge**

Nicolas Bertrand

42

**Das ehemalige Strafgefangenenlager „Elberegulierung“ Griebo.
Zum aktuellen Forschungsstand**

Johanna Keller

56

100 Jahre Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Jan Scherschmidt

67

**„Auf dem rechten Auge blind“: Der Film „Affaire Blum“ – ein Spiegel
politischer Justiz in der Weimarer Republik**

Stephan Meder

77

**Politische Verfolgung und Widerstand an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg in SBZ und DDR.**

**Ansprache im Rahmen der Veranstaltung der Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg zum Gedenken an die zwischen 1945 und 1989 Politisch Verfolgten
aus den Reihen der Universität am 17. Juni 2019**

Friedemann Stengel

89

„Wenn dein Kind dich morgen fragt...“

**Ansprache zum Ökumenischen Bittgottesdienst am Tag der Deutschen Einheit,
3. Oktober 2019, in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn**

Christoph Wonneberger

105

Rezension „Louis Bertrand: Nummer 85250“

Sabine Scholz

112

Aus der Arbeit der Stiftung

**Neues Besucherleitsystem und Ausstellungsbereiche auf dem
Gelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und am
Grenzdenkmal Hötensleben**

Susan Baumgartl

116

#80Jahredanach #AndersGedenken

**„Wo Vergangenheit auf Gegenwart trifft: Das Frauen-KZ Lichtenburg – 80 Jahre
danach“ | 9. Mai – 18. Juni 2019**

Melanie Engler

126



Gebäude des Checkpoint Alpha, 1990

Checkpoint Alpha. Ein vergessener Konfliktort des Kalten Krieges

Ronny Heidenreich

Als „Ground Zero“ des Kalten Krieges bezeichnete der amerikanische Stararchitekt Daniel Libeskind jüngst den Checkpoint Charlie.¹ Vielleicht sind solche starken historischen Vergleiche in diesem Fall zulässig. Kaum ein anderer Ort in Deutschland versinnbildlicht den Kalten Krieg so stark, wie der ehemalige Übergang der westlichen Alliierten in den damaligen sowjetischen Ostsektor Berlins. Gleichwohl besteht eine Diskrepanz zwischen der erinnerungspolitischen Wahrnehmung dieser Straßenkreuzung und seiner historischen Ereignisgeschichte. Als der Checkpoint Charlie als einziger Übergang der westlichen Schutzmächte in den Ostteil der Stadt wenige Tage nach dem Mauerbau im August 1961 eingerichtet wurde, war der seit 1948 anhaltende Konflikt um Berlin und Deutschland in seine Endphase getreten. Schon die Zustimmung der Alliierten, ihre seit 1945 standhaft behauptete uneingeschränkte Be-

wegungsfreiheit zwischen den Stadthälften auf einen Übergang zu beschränken, zeigt, dass beide Seiten nicht mehr bereit waren, eine gewaltsame Konfrontation um Berlin zu riskieren. In diesem Sinne stehen die martialischen Bilder, welche der Aufmarsch sowjetischen und alliierten Militärs Ende Oktober 1961 hinterließ, für kaum mehr als eine letzte Demonstration der Stärke.² Der heiße Konflikt zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten um Berlin entzündete sich in den Jahrzehnten zuvor an ganz anderen Orten, die heute weniger präsent sind. Das hängt einerseits damit zusammen, dass die Teilung Berlins und Deutschlands heute als zumeist nationale Erfahrung erzählt werden. Der eigentlich entscheidende übergeordnete Ost-West-Konflikt ist im kollektiven Gedächtnis andererseits auch deshalb weniger verhaftet, weil er kaum Bildikonen hinterließ, welche die damaligen Akteure auf internationaler Ebene zeigen. Zu den heute vergessenen aber für die Frühphase des Ost-West-Konfliktes in Deutschland zentralen Orten gehörte der an der Grenze zur Bundesrepublik gelegene alliierte Kontrollpunkt in Helmstedt. Für die Westmächte begann dort der einzige Landweg durch die sowjetische Besatzungszone nach Berlin, der für die Durchsetzung ihrer Zugangsrechte deshalb von neuralgischer Bedeutung war. Auf der gegenüberliegenden Seite befand sich ein sowjetischer Kontrollpunkt, in der Sprache der Alliierten zumeist als „Sierra Alpha“ bezeichnet, der zuletzt direkt dem Oberkommando der sowjetischen Streitkräfte in der DDR unterstellt war und dort als Kontrollpassierpunkt (KPP) firmierte. Die Konfliktgeschichte dieser Orte und ihre Spuren sind Gegenstand der folgenden Ausführungen.

Konfliktgeschichte

Bereits die Entstehung der Kontrollpunkte im Sommer 1945 an der damaligen Demarkationslinie zwischen der britischen und sowjetischen Besatzungszone gab einen Vorgeschmack auf den sich erst abzeichnenden Kalten Krieg. Zwar hatten sich die späteren Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bereits 1944 auf die Aufteilung Deutschlands und eine gemeinsame Verwaltung Berlins unter Viermächtestatus verständigt. Die praktische Frage des Zuganges in die alte Reichshauptstadt, die mitten in der sowjetischen Zone lag, blieb indes ungeklärt. Nach Bildung der Militärregierung, des Alliierten Kontrollrates und der bevorstehenden Übernahme der Sektoren in Berlin ab dem 1. Juli 1945 wurde das Problem akut. Erst am Abend des 29. Juni 1945 einigten sich die Oberbefehlshaber der amerikanischen und britischen Truppen Lucius D. Clay

und Robert Weekes, sowie der sowjetische Oberkommandierende Wassili Schukow, auf einen modus vivendi für die Verlegung der alliierten Truppen. Das Provisorium entstand in einer nächtlichen Unterredung im sowjetischen Hauptquartier in Karlshorst und wurde in einem kurzen Gesprächsvermerk festgehalten. Während die Amerikaner und Briten auf mehrere Zugangswege gedrängt hatten, verwies Schukow darauf, dass nur die alte Reichsautobahn sowie die parallel verlaufende Eisenbahntrasse zwischen Helmstedt und Berlin genutzt werden können. Insbesondere von den Amerikanern gewünschte zusätzliche Routen seien wegen Kriegsschäden an den Straßen und Brücken nicht möglich.

Obwohl ausdrücklich als Provisorium gekennzeichnet, das durch verbindliche Übereinkünfte im Kontrollrat ersetzt werden sollte, wurde das Thema von keiner Seite mehr grundsätzlich aufgegriffen. Zwar wurden Spezifizierungen über Modalitäten und Kapazitäten des Zugverkehrs vorgenommen und eine verbindliche Regelung über die Luftkorridore getroffen. Eine Fixierung der Zugangswege zu Lande lag aber nicht im Interesse beider Seiten: Weder wollten sich die Alliierten auf Landkorridore festlegen und damit in ihren Rechten beschränken lassen, noch war die Sowjetunion bereit, die aus ihrer Sicht bereits getroffene Absprache zu revidieren.³ Den in Berlin stationierten US-Truppen schien dieser Schwebezustand frühzeitig bedenklich: Bereits im Oktober 1945 verwiesen sie darauf, dass die nicht fixierten Zugangsrechte faktisch vom Wohlwollen der Sowjetunion abhängig sein würden. Probleme, so die prophetische Bemerkung, seien vorprogrammiert.

Bereits im Verlauf des Jahres 1947 nahmen die Zwischenfälle auf der Eisenbahn- und Straßenstrecke zu. Ein virulentes Problem waren Bandenüberfälle auf Versorgungstransporte. Eine akute politische Dimension gewann die Frage der Zugangsrechte nach Berlin zum Jahreswechsel 1947/48. Die gescheiterte Verständigung der einstigen Verbündeten über eine gemeinsame europäische und deutsche Nachkriegsordnung legte den Grundstein für die heraufziehende erste Berlin-Krise. Die Zuspitzung der diplomatischen Auseinandersetzungen ging seit Jahresbeginn mit zunehmenden Schikanen gegen den alliierten Verkehr von und nach Berlin einher. Die Lage in Helmstedt bzw. Marienborn war in jenen Tagen ein Seismograph für den sich verschärfenden Konflikt. Die unmittelbare Konfrontation zwischen Alliierten und der Sowjetunion heizte die mediale Hysterie an und zwang die Regierungen in Ost und West gerade deshalb, an

diesen hochsymbolischen Orten entschlossen aufzutreten. Die erstmalige vorübergehende Festsetzung eines britischen Militärzuges in Marienborn Ende Januar 1948 erregte weltweites Aufsehen. In den kommenden Wochen riss die Berichterstattung nicht ab. Einen vorläufigen weiteren Höhepunkt erlebte der Checkpoint Alpha nach dem Austritt der Sowjetunion aus dem Kontrollrat. Die folgende sowjetische Drohung, künftig den alliierten Personenverkehr von und nach Berlin kontrollieren zu wollen, wurde zu einer Kraftprobe zwischen den beiden Blöcken. Nachdem die Sowjetunion in den ersten Apriltagen erfolgreich die Passage alliierter Militärzüge auf dem Bahnhof in Marienborn verhinderte, sollte auf Drängen des amerikanischen Militärs ein gewaltsamer Durchbruch erfolgen, der die unmittelbare Gefahr eines militärischen Konfliktes mit der Sowjetunion nach sich zog. Der Konflikt wurde letztlich diplomatisch beigelegt, zur Entschärfung der Lage aber der amerikanische und britische Zugverkehr nach Berlin vorübergehend eingestellt.⁵ Was folgte, war eine „Baby-Luftbrücke“, welche die Blockade wenige Wochen später vorwegnahm. Um die Restriktionen auf dem Schienenweg zu umgehen, verstärkten die Alliierten ihre Transporte auf der Autobahn. Die britischen Truppen setzten anstatt Zugwaggons nun in Helmstedt Autobusse ein, um ihre Soldaten nach Berlin zu bringen.⁶ Diesen Ausweg schränkte die Sowjetunion am 15. Juni 1948 mit Sperrung der Elbbrücke bei Magdeburg erheblich ein. Am folgenden Tag verließ die Sowjetunion die gemeinsame Stadtregierung in Berlin. Zudem verlangsamte sie die Abfertigung der Züge am Kontrollpunkt Marienborn, was zu einem erheblichen Rückstau im Westen führte. Am kommenden Tag wurde der alliierte Zug- und Straßenverkehr komplett eingestellt, einzig der Autobahnverkehr aus Berlin in Richtung Westen blieb zunächst offen. Am 20. Juni 1948, als die Westmächte in ihren Zonen die D-Mark einführten, versuchten die Amerikaner erfolglos von Helmstedt aus die Durchfahrt in Marienborn zu erzwingen. Am 24. Juni, als die D-Mark auch in West-Berlin alleiniges Zahlungsmittel wurde, wurde schließlich der bislang noch zugelassene deutsche Personen- und Güterverkehr auf der Straße und der Schiene eingestellt und der sowjetische Kontrollpunkt geschlossen. Die neunmonatige Blockade West-Berlins hatte in Marienborn ihren Anfang genommen. Am 12. Mai 1949 fand sie hier auch ihr Ende. Erneut unter den Augen der Weltpresse passierte um eine Minute nach Mitternacht ein britisches Militärfahrzeug den Schlagbaum in Richtung Osten und traf gegen zwei Uhr morgens in West-Berlin ein. Auch der alliierte Zugverkehr wurde wieder aufgenommen.

Obwohl es in den kommenden Monaten und Jahren immer wieder zu kleinen „Blockaden“ in Marienborn kam, richteten sich diese Schikanen in erster Linie gegen den zivilen Verkehr, während erneute Konfrontationen zwischen den alliierten und sowjetischen Militärs unterblieben. Das änderte sich mit Beginn der zweiten Berlin-Krise im Herbst 1958, als die Sowjetunion zum letzten Mal versuchte, die Westmächte zur Aufgabe West-Berlins zu zwingen. In die Auseinandersetzungen trat mit der SED-Führung inzwischen ein weiterer Akteur, dessen Handlungsspielraum sich freilich in dem von Moskau gesteckten Rahmen bewegte. Für die DDR war der alliierte Transit durch ihr Hoheitsgebiet ein steter Dorn im Auge. Ihre Behörden hatten, genau wie der westdeutsche Grenzschutz, keinerlei Befugnisse bei der Abfertigung. Die SED-Führung wurde bei Aufhebung des Besatzungsstatutes 1955 von Moskau in die Schranken verwiesen und der alliierte Transit zur Angelegenheit der Siegermächte erklärt. Um dies deutlich zu machen, wurden Anfang 1958 besondere Reisedokumente, im Englischen als „Flag Orders“ bezeichnet, eingeführt. Diese waren jetzt an den sowjetischen Kontrollpunkten gegenzuzeichnen, was einer faktischen Genehmigung der Fahrten gleichkam, aber von den Alliierten mit Blick auf eine drohende Übertragung von Kontrollrechten an die DDR akzeptiert wurde. Ungeachtet solcher Übereinkünfte nahm im Sommer 1958 die Zahl der Zwischenfälle an den sowjetischen Kontrollpunkten zu. Vier Tage nach der Verkündung des Chruschtschow-Ultimatums vom 10. November wurden mehrere britische und amerikanische Militärkonvois in Marienborn an der Durchfahrt gehindert. Erstmals untersagte die sowjetische Seite eine Rückkehr zu den alliierten Checkpoints und setzte die Soldaten faktisch fest. Ein ähnliches Szenario wiederholte sich am 2. Februar 1959, als ein amerikanischer Konvoi in Marienborn festgehalten wurde. Nach Protesten der US-Regierung in Moskau sowie mehrstündigen Verhandlungen zwischen dem sowjetischen Kommandanten von Marienborn und Vertretern der amerikanischen Besatzungsmacht im Checkpoint Alpha wurde der Konvoi nach mehr als zwei Tagen durchgelassen.⁷

Angesichts der krisenhaften Entwicklung vereinbarten die Alliierten im Dezember 1958 die Bildung eines Krisenstabes. Seine Aufgabe war es, den Berlin-Verkehr zu überwachen und Gegenmaßnahmen für den Fall einer Blockade oder Behinderungen auszuarbeiten. Der als „Live Oak“ bezeichnete Sonderstab wurde im April 1959 ins Leben

gerufen und arbeitete bis zur Aufhebung des Viermächtestatus von Berlin im Oktober 1990. Der Katalog von Gegenmaßnahmen, den die Westmächte bei Störungen ihrer Zugangsrechte konzipierten, reichte von diplomatischen Protesten über wirtschaftliche Sanktionen bis hin zu gestaffelten militärischen Interventionen. Die Passage auf der Autobahn sollte nach Planungen erzwungen werden, die den Decknamen „Free Style“ erhielten und die Verlegung von Truppen nach Helmstedt und schließlich den Einsatz bewaffneter Konvois vorsahen, die sich jedoch im Falle eines Beschusses zurückziehen sollten. Ob und unter welchen Umständen weitergehende militärische Gewalt bis hin zu einem Atomschlag anzuwenden war, blieb innerhalb des westlichen Bündnisses umstritten.⁸

Letztlich waren solche Planungen in erster Linie Symbolpolitik, von der gleichwohl eine hohe Bedeutung ausging. In diesem Zusammenhang ist auch die Verlegung von alliierten Truppen über Helmstedt nach West-Berlin am 19. August 1961 zu sehen. Nach der von Moskau genehmigten Grenzschießung in Berlin sechs Tage zuvor war dieses Vorgehen auch Testfall, inwiefern die Zugangsrechte der Alliierten von den Maßnahmen der SED tatsächlich unberührt blieben. Gleichzeitig sollte die militärisch letztlich nutzlose Truppenverstärkung gegenüber der Weltöffentlichkeit verdeutlichen, dass die Westmächte weiterhin ihre Anwesenheit in Berlin verteidigen würden. Um 14.00 Uhr am 19. August begann in Helmstedt die größte westliche Truppenverlegung seit dem Sommer 1945. Rund 330 Militärfahrzeuge mit etwa 1.600 Soldaten des 18. Amerikanischen Infanteriebataillons setzten sich am Checkpoint Alpha in Bewegung und trafen ohne Störung in West-Berlin ein. Im Windschatten der USA verstärkten auch die Briten und Franzosen ihre Garnisonen, hier begleitet von einem großen medialen Echo in der jeweiligen nationalen Presse. Trotz aller nationalen und menschlichen Tragödien, welche die nunmehr zementierte deutsche Teilung nach sich zog, schien der Krisenherd Berlin entschärft.

Das bedeutete nicht, wie die Vorgänge im Oktober 1961 am Checkpoint Charlie zeigten, dass der alliierte Verkehr störungsfrei verlief. Besonders die Kontrollprozeduren, die genau wie die Zugangswege nie definiert worden waren, bargen weiterhin Zündstoff. An der Frage der Kontrollrechte entzündete sich schließlich auch der Aufmarsch von Militär am Checkpoint Charlie. Die Krise in Berlin wurde diplomatisch beigelegt, auch wenn das zugrunde liegende Problem nicht gelöst worden war.⁹

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit flammte der Konflikt deshalb zwei Jahre später letztmalig in Marienborn erneut auf und zog ernsthafte diplomatische Verwicklungen nach sich.

Am Morgen des 10. Oktober 1963 verweigerte der sowjetische Kommandant in Marienborn die Durchfahrt eines amerikanischen Militärkonvois. Der US-Kommandant verweigerte das Absitzen seiner Mannschaften. Noch während der amerikanische Offizier die Anweisung zurückwies und Protest beim sowjetischen Kommandanten in Marienborn einlegte, wurde ein aus West-Berlin kommender amerikanischer Konvoi am Kontrollpunkt in Drewitz aus dem gleichen Grund festgesetzt. Dort ließ der zuständige Offizier absitzen und erreichte so die Durchfahrt. Als er die Prozedur in Marienborn wiederholen sollte, verweigerte er aber die Anordnung und der gesamte Konvoi wurde festgesetzt. Der amerikanische Oberbefehlshaber in Deutschland protestierte gegen diese Maßnahmen beim Oberkommando der sowjetischen Truppen in Wünsdorf und stellte ein Ultimatum für die Freisetzung seiner Fahrzeuge. Präsident John F. Kennedy, inzwischen über den Vorfall informiert, schaltete sich persönlich ein und versuchte mit dem in Washington weilenden sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko das Problem zu klären. Wenige Minuten vor Ablauf des Ultimatums durften die in Marienborn festgehaltenen Konvois nach Helmstedt weiterfahren. Der gleiche Vorgang wiederholte sich am Morgen des 11. Oktober, als wiederum ein amerikanischer Konvoi in Drewitz festgehalten wurde. Der amerikanische Kommandant war nunmehr aber angehalten, den Aufforderungen nicht nachzukommen und den Durchbruch zu versuchen, obwohl die Fahrbahn von sowjetischen Militärfahrzeugen blockiert war. Die amerikanische Regierung erneuerte in Moskau ihre Drohung, die Weiterfahrt gewaltsam zu erzwingen. Vier Minuten vor Ablauf des Ultimatums konnte der Konvoi um 12.06 Uhr nach West-Berlin weiterfahren, ohne dass die Truppen hatten absitzen müssen.

Über die Hintergründe und Motive der sowjetischen Führung herrschte in Washington, London und Paris Unklarheit. Denkbar erschien ein Missverständnis auf lokaler Ebene, das sich ungeplant zu einer diplomatischen Krise auswuchs. Um solche Eskalationen künftig zu vermeiden, sollten die Kontrollprozeduren nunmehr schriftlich fixiert werden. Am 29. Oktober 1963 übergab der Kommandant des Checkpoint Alpha seinem sowjetischen Kollegen in Marienborn einen Entwurf für die Regularien. Eine offizielle Reaktion blieb aus. Um deren Akzeptanz zu überprüfen, wurden von Helmstedt aus Testkonvois auf die Autobahn geschickt. Der erste amerikanische Konvoi wurde um 9.00 Uhr

morgens am 4. November 1963 bei Erreichen des sowjetischen Kontrollpunktes in Marienborn festgesetzt. Die amerikanische Regierung stellte daraufhin ein Ultimatum von zwei Stunden, nach dessen Ablauf ein gewaltsamer Durchbruch erfolgen würde. Nach Konsultationen mit London und Paris wurden britische und französische Fahrzeuge auf die Autobahn geschickt. Diese Konvois passierten die sowjetischen Kontrollpunkte ohne Schwierigkeiten, obwohl auch sie ein Absitzen verweigerten. Wahrscheinlich in Moskau vorliegende Informationen über angelaufene „Free-Style“-Maßnahmen im Hinterland von Helmstedt sowie amerikanische Drohungen, die Handelsbeziehungen mit Moskau einzuschränken, führten schließlich zur Freigabe des in Marienborn festsitzenden amerikanischen Konvois in den frühen Morgenstunden des 6. November 1963. Wenige Tage später erwiderten die Sowjets die Vorschläge für die Kontrollprozeduren, die nach geringfügigen Änderungen anerkannt wurden und eine Grundlage für die Abwicklung des alliierten Reiseverkehrs bildeten.¹⁰

Die Autobahn-Krise im Herbst 1963 war der letzte große Zwischenfall auf den Zugangswegen nach West-Berlin. Während die SED den Transit nutzte, um mit zeitweiligen Blockaden des deutschen Reiseverkehrs eigene politische Interessen gegenüber der Bundesrepublik durchzusetzen, verlief der alliierte Verkehr besonders nach dem 1971 geschlossenen Viermächteabkommen über Berlin weitgehend störungsfrei.

Ortsgeschichte

Nicht nur die bewegte Konfliktgeschichte rückte Helmstedt und Marienborn in den Fokus der internationalen Presse, auch die Anwesenheit der Alliierten bzw. Sowjets veränderten die lokalen Gemeinschaften östlich wie westlich des „Eisernen Vorhanges“. Für die Abwicklung des alliierten Verkehrs wurde am 1. Juli 1945 ein provisorischer Checkpoint geschaffen. Über die Anfänge des Kontrollpunktes an der Autobahn liegen widersprüchliche Aussagen vor: Zunächst bestand wohl ein gemeinsamer, d.h. von den amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Truppen verwalteter Kontrollpunkt. Spätestens zum Jahreswechsel 1945/46 erfolgte die Abwicklung des Verkehrs aber in getrennten Kontrolleinrichtungen.¹² An der Autobahn standen sich nun eine hölzernere alliierte und eine ebenso provisorische sowjetische Kontrollbaracke gegenüber. Während der Schließung des Grenzüberganges in der ersten Berlin-Krise wurden die Anlagen beiderseits der Grenze erneuert und ausgebaut. Der alliierte Checkpoint wurde in den 1950er Jahren suk-



Der sowjetische Kontrollpunkt Marienborn, 1989

zessive durch ein zweigeschossiges Steingebäude mit kleineren Anbauten ersetzt. Die sowjetische Baracke wurde ebenfalls baulich erweitert. Lagen die alliierten bzw. sowjetischen Kontrollpunkte faktisch mitten im Grenzübergang, wurden sie nach Umbau und Verlegung der östlichen und westlichen Übergangsstellen in den 1970er Jahren räumlich abgetrennt. Besondere Fahrbahnen sollten die reibungslose Abwicklung ermöglichen, was zuvor bei hohem Verkehrsaufkommen oder Schikanen des zivilen Verkehrs kaum möglich gewesen war. Der aus mehreren Blechcontainern bestehende sowjetische Kontrollpunkt lag seit 1972 direkt an der Autobahn und war von der DDR-Grenzübergangsstelle auch räumlich strikt getrennt. Die Alliierten bezogen 1979 ein neues Checkpoint-Gebäude, das gleichfalls nur über besondere Zufahrten zu erreichen war.

Der Eisenbahnverkehr wurde zunächst auf westlicher Seite in Schöningen, wahrscheinlich Ende 1945 bereits aber über den Bahnhof Helmstedt abgewickelt, wo spätestens in den 1970er Jahren in einem Anbau die alliierten Kontrollbüros untergebracht waren. Auf östlicher Seite wurde nach Instandsetzung des Bahnhofs in Marienborn der ehemalige Eisenbahnkontrollpunkt in Harbke aufgegeben. Auf dem Interzonenbahnsteig

befand sich ein kleines Büro, das von der nahegelegenen sowjetischen Garnison in Marienborn bei Einfahrt alliierter Militärzüge besetzt wurde.

Während die sowjetische Garnison bis zu ihrer Auflösung im Sommer 1990 auf dem Gelände des ehemaligen Gutes mitten im Dorf Marienborn ihr Quartier bezog, entstanden in Helmstedt drei gesonderte Quartiere der drei westlichen Streitkräfte. Obwohl der Checkpoint in der britischen Zone lag, stellte die hier stationierte amerikanische Garnison das größte Kontingent. Wie alte Fotos nahelegen, befand sich die amerikanische Unterkunft in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre in einer provisorischen Unterkunft in der Nähe der Autobahn. Spätestens in den 1960er Jahren diente ein bis heute erhaltener Gebäudekomplex an der Walbecker Straße im Nordwesten der Stadt als Unterkunft. Hier befanden sich auch Sport- und Freizeiteinrichtungen.¹³ Die Unterkünfte der britischen Truppen in Helmstedt ließen sich nicht genau ermitteln. Die französischen Streitkräfte bezogen spätestens Anfang der 1970er Jahre ein Gebäude in der Helmstedter Fischerstraße, das als Unterkunft für die am Checkpoint stationierten Angehörigen der Gendarmerie diente. Die Abwicklung und Kontrolle des Reiseverkehrs oblag bei allen drei Alliierten der Militärpolizei, die deshalb auch das größte Kontingent stellte. Hinzu kamen in wechselnder Stärke Einheiten von Versorgungs- und Pioniertruppen. Die Größe der amerikanischen Unterkunft erklärt sich durch die Anwesenheit weiterer Spezialeinheiten, denen unter anderem die Unterhaltung technischer Abhöranlagen in unmittelbarer Grenznähe oblag.

Die Präsenz der Alliierten im Straßenbild Helmstedts war wenigstens in den 1970er und 1980er Jahren gegeben. Gemeinsame Festveranstaltungen und Freizeitaktivitäten sollten die Verbundenheit mit der westdeutschen Bevölkerung Ausdruck verleihen.¹⁴ Im Gegensatz dazu war die sowjetische Garnison in Marienborn weitgehend von der lokalen Bevölkerung abgeschirmt. Ritualisierte öffentliche Auftritte an Gedenktagen oder offizielle Kulturveranstaltungen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sowjetischen Soldaten weitgehend isoliert blieben. Inwiefern dies mit den besonderen Aufgaben und bislang ungeklärten Unterstellungsverhältnissen dieser Einheit zu tun hatte, bedarf weiterer Forschung. Selbst der Kontakt zu den am Grenzübergang eingesetzten Kräften von Staatssicherheit, Zoll und Grenztruppen ergab sich im Alltag kaum.



Abfertigung des britischen Militärzuges auf dem Bahnhof Marienborn, 1990

Normalität im Kalten Krieg

Trotz zahlreicher und bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre krisenhafter Entwicklungen standen sowohl die Alliierten als auch die Sowjets vor der Notwendigkeit, auf der Arbeitsebene miteinander zu kooperieren. Grundsätzlich waren deshalb beide Seiten an einem guten, wenigstens aber einvernehmlichen auch persönlichen Verhältnis zu einander interessiert.¹⁵ Dies bedeutete umgekehrt natürlich nicht, dass die Feindbilder des Kalten Krieges ausgehebelt wurden. Im Gegenteil gehörten die wechselseitige politische Indoktrination und entsprechende Sicherheitsbelehrungen zum Alltag. Die Konjunkturen des Kalten Krieges schlugen gleichsam auf den Alltag nieder. Im Zuge der Entspannungspolitik Anfang der 1970er Jahre kam es sogar zu offiziellen Begegnungen zwischen den Kommandanten des alliierten Checkpoints und des sowjetischen Kontrollpunktes. Am 26. Mai 1972 besuchte der damalige sowjetische Kommandant in Marienborn, Major Sajenko, erstmals den alliierten Checkpoint im Rahmen einer Feier. In den 1970er und 1980er Jahren, so berichten Zeitzeugen, waren die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen den Mannschaftsdienstgraden beider Seiten trotz aller offiziellen Kontaktverbote eng, mitunter sogar freundschaftlich.

Ein reger Schmuggel und Tauschhandel zwischen alliierten und sowjetischen Soldaten legte davon ein beredtes Zeugnis ab: Im Gegenzug für Zigaretten, westliche Illustrierte und Kosmetikartikel wechselten Handwerksarbeiten, sowjetische Abzeichen und sogar Uniformteile den Besitzer. Nicht minder bemerkenswert sind private Aufnahmen sowjetischer Wehrpflichtiger, die am sowjetischen Kontrollpunkt stolz vor westlichen Autos posieren.¹⁷ In einigen Fällen ließen sich alliierte und sowjetische Soldaten sogar gemeinsam ablichten. Diese Beziehungen näher in Augenschein zu nehmen, wäre interessant. Ein wesentliches Motiv neben der Eintönigkeit des Dienstalltages und den regelmäßigen Beziehungen war nicht zuletzt auch, wie ein Zeitzeuge es auf den Punkt brachte, das gemeinsame Empfinden, als Siegermächte in einem besetzten Land zu sein. Unabhängig von den politischen Auseinandersetzungen gab es durchaus auch Verbindendes.¹⁸

Vom Verschwinden eines historischen Ortes

Für das Ende des alliierten und sowjetischen Überganges war weniger die Grenzöffnung am 9. November 1989 als vielmehr die nachfolgenden diplomatischen Verhandlungen über die Wiedervereinigung und die Aufhebung des Viermächtestatus von Berlin wichtig. An den Aufgaben der Kontrollpunkte änderte sich im Herbst 1989 zunächst nichts. Erst im Sommer 1990, als sich auf politischer Ebene die Wiedervereinigung abzeichnete, begann eine Lockerung der Kontrollen.¹⁹ Ende Juli 1990 wurde der Zwang zur Benutzung des Korridors Helmstedt-Berlin aufgehoben.²⁰ Zum 1. Oktober 1990 wurde der Viermächtestatus von Berlin aufgehoben. Damit gerieten auch die Zugangsrechte formal in Fortfall. Der alliierte Checkpoint stellte seine Arbeit mit einer feierlichen Zeremonie am 29. September 1990 ein. Die sowjetischen Truppen zogen klanglos am 30. September aus der Kontrollbaracke in Marienborn aus. Bis zum endgültigen Abzug der alliierten Truppen aus Berlin blieben amerikanische, britische und französische Truppen jedoch weiterhin an der Autobahn und auf dem Bahnhof in Helmstedt präsent. Nach Presseberichten zogen die letzten amerikanischen Militärs 1993 aus dem ehemaligen Checkpointgebäude aus, das heute vom Zoll genutzt wird. Die Gebäude des sowjetischen Kontrollpunktes an der Autobahn sollen bei Auflösung der Garnison Marienborn 1990 abtransportiert worden sein. Nur ein holpriges Betonfundament erinnert heute am Rande des Gedenkstättenengeländes an den einstigen Kontrollpunkt. Mit dem Verschwinden der baulichen Reste trat auch die Geschichte des Grenzüber-

ganges als internationaler Konfliktort des Kalten Krieges in den Hintergrund. Obwohl die Dauerausstellung der 1994 begründeten Gedenkstätte Deutsche Teilung auf die besondere Vergangenheit dieses Ortes hinweist, ist die Erzählung vom größten innerdeutschen Grenzübergang überlagert. Während der Checkpoint Charlie in der internationalen Öffentlichkeit durch die Ereignisse 1961 als Symbol für die Konfrontation der Supermächte auf deutschem Boden steht und ein Nachbau der Baracke seit einem guten Jahrzehnt den historischen Ort wieder ins Bewusstsein holt, sind der Checkpoint Alpha und sein sowjetisches Pendant nicht mehr sichtbar. Mit der neuen Dauerausstellung, welche die Gedenkstätte im kommenden Jahr eröffnet, wird dieses wenig beachtete Kapitel des Kalten Krieges wieder ein Stück weit der Vergessenheit entrissen.

Anmerkungen

- 1 Ort der Begegnung statt Touristenrummel. Jochen Sandig im Gespräch mit Sigrid Brinkmann, Deutschlandfunk-Kultur, 12.8.2019, online unter https://www.deutschlandfunkkultur.de/neues-konzept-fuer-den-checkpoint-charlie-ort-der-begegnung.1013.de.html?dram:article_id=456153 [Stand vom 13.8.2019].
- 2 Zum Checkpoint Charlie: Jarausch, Konrad H.: Checkpoint Charlie, in: Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011, S. 181 – 195.
- 3 Zu den Hintergründen vgl. u.a. Stivers, William / Carter, Donald A.: The City Becomes a Symbol. The U.S. Army in the Occupation of Berlin, 1945 – 1948, Center for Military History, 2017.
- 4 US HQ Berlin District and HQ First Airborne Division, History and Reports of Operation, 8 – 5.-31.12.1945, Juni 1946, NARA, RG 260, Ship. 5, Box 35 – 3, Folder 9.
- 5 History JCS, Vol. II, S. 65, FN 12 OMGB an ASA, March 1948; History of Rail Access, S. 37.
- 6 Vgl. die ältere, aber noch immer gute Darstellung von Shlaim, Avi: The United States and the Berlin Blockade, 1948 – 1949. A study in crisis decision-making, Berkeley 1983.
- 7 Pedlow, Gregory W.: Allied Crisis Management for Berlin. The LIVE OAK Organization, 1959 – 1963, in: Epley, William W. (Hrsg.): International Cold War Military Records and History: Proceedings of the International Conference on Cold War Military Records and History Held in Washington, D.C., 21 – 26 March 1994, Washington D.C. 1996, S. 87 – 116.
- 8 Vgl. Pedlow, Gregory W.: [Allied Crisis Management], (wie Anm. 7) S. 94 – 97.
- 9 Vgl. Jarausch, Konrad H.: [Checkpoint Charlie], (wie Anm. 2).
- 10 Vgl. Pedlow, Gregory W.: [Allied Crisis Management], (wie Anm. 7).
- 11 Goll, Jörn-Michael: Kontrollierte Kontrolleure. Die Bedeutung der Zollverwaltung für die „politisch-operative

- Arbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2011, S. 362.
- 12 Ausarbeitung Alpha-Bravo Checkpoints, undatiert, Kladde Checkpoint Alpha, AlliiertenMuseum.
 - 13 Physical Security Survey, Helmstedt Support Detachment, 25.1.1973, AlliiertenMuseum, Kladde Helmstedt Support Detachment.
 - 14 Vgl. die Helmstedt-Chronicles des amerikanischen Soldaten Don Seeber, AlliiertenMuseum, Sammlung Don Seeber.
 - 15 Siehe die Berichte des britischen Kommandanten. In dieser Richtung auch die Berichte von BRIXMIS und deren Bestrebungen um enge persönliche Kontakte zu den sowjetischen Besatzungstruppen.
 - 16 Helmstedt visited by Russians, The Berlin Observer, 2.6.1972.
 - 17 Vgl. die privaten Aufnahmen ehemaliger sowjetischer Soldaten in Marienborn in dem Veteranenforum, online unter <https://ok.ru/marienborn/albums>, [Stand vom 13.8.2019].
 - 18 Aufzeichnungen des Autors über Gespräche mit Lawrence Skuse und Raymond Teske, 2018.
 - 19 Vgl. Helmstedt-Chronicles, 3.6.1990, AlliiertenMuseum, Sammlung Don Seeber.
 - 20 US changes Regulations for Travel, 27.7.1990, AlliiertenMuseum, Kladde Zugangswege.



Tirana – Ansammlung funktionslos gewordener politischer Denkmäler im Hinterhof der Nationalgalerie. (Bei der weißen Büste rechts neben der im Vordergrund stehenden Stalin-Statue handelt es sich um ein Abbild Enver Hoxhas.)

16. Studienreise der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Albanien

Anke Geier / Kai Langer

Die diesjährige Studienfahrt der Bundesstiftung Aufarbeitung, die in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) stattfand, führte uns – eine Gruppe von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Aufarbeitungs-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Journalisten – in ein Land, das viele von uns kaum kannten: nach Albanien.

Im Fokus der Fahrt vom 19. bis 26. Mai 2019 stand die Beschäftigung mit der Geschichte der von 1944 bis 1990 bestehenden kommunistischen Diktatur, eines der

härtesten Regime Osteuropas. Alles in allem hinterließ die Reise einen zwiespältigen Eindruck: Einerseits steht der Prozess der Aufarbeitung noch ganz am Anfang. Viele Opfer der Diktatur warten immer noch auf eine materielle Entschädigung. Bedeutsame Erinnerungsorte sind in einem beklagenswerten Zustand. Andererseits gibt es vielfältige Bemühungen, dies zu ändern. So sind in den letzten Jahren einzelne bemerkenswerte Gedenkorte und Museen entstanden.

Ursächlich für die Schwierigkeiten bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte ist auch eine innenpolitische Konstellation, die die Entwicklung des Landes insgesamt blockiert.¹ So gibt es bisher keinen parteiübergreifenden Konsens darüber, wie an die Zeit des Kommunismus erinnert werden soll. Die wichtigsten Impulse dazu gehen häufig von Opferverbänden und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, engagierten Kommunalpolitikern sowie ausländischen Organisationen – darunter auch der KAS – aus.

Zur Geschichte der kommunistischen Diktatur in Albanien

Der Aufstieg der albanischen Kommunisten ist eng verflochten mit dem von monarchistischen, nationalistischen und kommunistischen Gruppen getragenen Widerstandskampf gegen das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland. Ab 1939 richtete er sich zunächst gegen die Annexion Albaniens durch Italien, ab 1943 gegen die deutsche Besatzung. Nach dem Abzug der Wehrmacht 1944 tobte ein blutiger Bürgerkrieg, in dem sich die Kommunisten durchsetzen.²

Am 11. Januar 1946 rief Enver Hoxha³ die Volksrepublik Albanien aus. Kurze Zeit darauf wurde eine Verfassung in Kraft gesetzt, die nichtkommunistische Organisationen verbot und abweichende Meinungsäußerungen oder Aktionen unter härteste Strafen stellte. Es entstand eine stalinistische Ein-Parteien-Herrschaft nach sowjetischem Vorbild. Wer nicht in dieses System passte, sollte verschwinden, notfalls für immer. Die erste Welle traf vor allem jene, von denen die Machthaber Kritik erwarteten: ehemalige Angehörige bürgerlicher Parteien, insbesondere frühere Parlamentsangehörige und Regierungsmitglieder, enteignete Fabrik- und Grundbesitzer sowie Geistliche und Intellektuelle. Sie wurden systematisch verfolgt, viele in Schauprozessen verurteilt und hingerichtet.⁴

Das wichtigste Repressionsinstrument der Hoxha-Diktatur war die „Sigurimi“ („Sicherheit“). Anders als in der DDR war die „Direktion der Staatssicherheit“ („Drejtoria e Sigurimit të Shtetit“) – so ihr offizieller Titel – keine eigenständige Institution, sondern

Teil des Innenministeriums. Ansonsten glichen ihre Methoden denen anderer kommunistischer Geheimdienste.

Ähnlich wie in der Sowjetunion zu Zeiten Stalins⁵ war niemand unter dem Regime Hoxhas vor staatlicher Verfolgung sicher. Selbst geringfügige Kritik an der Person des albanischen Diktators, um den ebenfalls ein bizarrer Herrscherkult gepflegt wurde, galt als schwerer Regelverstoß und war selbst in Privatgesprächen unvorstellbar.⁶ Auch führende Parteikader gerieten in die Mühlen des Repressionsapparates. Grund dafür waren zumeist die jähen Kehrtwendungen Hoxhas in der Außenpolitik. Jede einzelne zog umfassende Säuberungswellen nach sich.

Zunächst stand Albanien stark unter jugoslawischem Einfluss. Das Zerwürfnis zwischen Tito⁷ und Stalin ausnutzend, brach Hoxha 1948 die Beziehungen zu seinem Nachbarn ab. Stattdessen ging er mit der Sowjetunion eine strategische Partnerschaft ein. Mit dem Kurs der Entstalinisierung, den der neue KPdSU-Chef Chruschtschow⁸ eingeschlagen hatte, erkaltete jedoch die Freundschaft zum „Großen Bruder“.

Nach dem Bruch mit Moskau 1961 suchte Tirana den Schulterchluss mit Peking. Angelehnt an die Kulturrevolution⁹ Maos¹⁰ erklärte Hoxha Albanien 1967 zum ersten und einzigen atheistischen Staat der Welt. In der Folge wurde jegliche Religionsausübung unter Strafe gestellt.

Mit der vorsichtigen Öffnung Chinas gegenüber den USA begann sich auch das albanisch-chinesische Verhältnis abzukühlen. Nach dem Tod Maos und der Abkehr seiner Nachfolger von dessen Prinzipien stellte Hoxha 1978 auch die Beziehungen nach Fernost ein. Fortan propagierte er einen rigiden Kurs der Abschottung, welcher Albanien in eine Art europäisches Nordkorea verwandelte. Sinnbildlich für die Paranoia des Regimes waren 170.000 Bunker¹¹, die überall im Land errichtet wurden, um gegen feindliche Luftangriffe gerüstet zu sein.

Recherchen des 2010 gegründeten albanischen „Instituts für Studien der kommunistischen Verbrechen und ihrer Konsequenzen“ zufolge wurden in der Zeit der Sozialistischen Volksrepublik Albanien 6.027 Menschen aus politischen Gründen hingerichtet. Die Todesstrafe wurde vor allem bei politischen Delikten wie Landesverrat, Spionage, antikommunistische Tätigkeit und „feindliche Propaganda“ – hierzu zählte auch Religionsausübung – vollstreckt. 34.135 Albanerinnen und Albaner wurden aus politischen Gründen inhaftiert und weitere 59.009 wurden deportiert und verfolgt. 7.022 Menschen sollen in den Arbeits- und Internierungslagern aufgrund der unmenschlichen

Lebensbedingungen gestorben sein. Fast 1.000 starben in den Gefängnissen. Viele sind seit diesen Zeiten vermisst.¹²

Nachdem Hoxha 1985 starb, führte sein Nachfolger Alia dessen Politik fort. Unter dem Eindruck der Revolutionen in Mittel- und Osteuropa leitete er zunächst einige wirtschaftliche Reformen sowie die zaghafte Öffnung des Landes ein. Im Jahre 1990 formierte sich landesweiter Widerstand gegen das Regime. Mitte Dezember verzichtete die kommunistische Partei auf ihren Alleinvertretungsanspruch. Aus den ersten freien Wahlen 1991 ging sie aber dennoch mit 56,2 Prozent als Siegerin hervor.

Orte der Erinnerung

Shkodra

Die erste Station unserer Studienfahrt führte uns in den Norden nach Shkodra, der fünftgrößten Stadt Albaniens. 1990 bildete der Ort das Zentrum des Aufstandes gegen die Diktatur. In Shkodra besichtigten wir zunächst die 2014 eingerichtete Gedenkstätte „Ort des Zeugnisses und der Erinnerung“ („Vendi i Dëshmisë dhe i Kujtesës“). Das historische Gebäude, in dem die heutige Gedenkstätte untergebracht ist, beherbergte zwischen 1946 und 1992 die lokale Abteilung des albanischen Innenministeriums. Während der kommunistischen Zeit wurde es als Untersuchungsgefängnis benutzt.

Die Gedenkstätte bietet unterschiedliche Zugänge für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des historischen Ortes. Sehr eindrücklich war die Besichtigung der beiden übereinander liegenden Haftkorridore mit den 29 Zellen, die ebenso wie die für Vernehmungen und Folter bestimmten Räume noch weitgehend im Originalzustand erhalten und zu besichtigen sind.

In der Ausstellung wird u.a. über die unvorstellbar grausamen Folterpraktiken der Sigurimi, die vor allem in den Anfangsjahren der Diktatur Anwendung fanden, berichtet. Darüber hinaus werden Gegenstände und Dokumente ausgestellt, die den Haftalltag illustrieren und von der Brutalität des Regimes zeugen.

Einen weiteren Programmpunkt bildete der Besuch des örtlichen Diözesanmuseums, das im Sommer 2016 in der Sakristei der Kathedrale des Hl. Stephan eröffnet wurde. Dokumentiert ist hier die Geschichte der Verfolgung der katholischen Kirche wäh-



Shkodra – Einweihung des Denkmals für die Opfer der kommunistischen Diktatur am 20. Mai 2019.

rend der Diktatur. Die Repressionen gegen Katholiken begannen unmittelbar nach der Herrschaftsübernahme durch die Kommunisten. Allein 1949 wurde nahezu die Hälfte aller katholischen Geistlichen hingerichtet.¹⁵ Nach dem Erlass des totalen Religionsverbots 1967 wurden Gläubige aller Religionsgemeinschaften verfolgt. Sämtliche Gotteshäuser – Moscheen, Kirchen und Synagogen – wurden ganz geschlossen oder zweckentfremdet genutzt.¹⁶ Die örtliche Stephanskathedrale wurde beispielsweise in eine Sporthalle umgewandelt. Die Ausübung des Glaubens und der Besitz von Kult- und Andachtsgegenständen standen unter Strafe. Selbst der Besitz der Bibel war verboten. Im Museum sind zahlreiche Objekte zu sehen, die diese Zeit in Verstecken überdauert haben. Darüber hinaus werden Gegenstände gezeigt, die aus dem einstigen „Atheistischen Museum“ stammen. Dort wurde bis 1990 gestohlenes Kirchengut präsentiert, um den christlichen Glauben verächtlich zu machen.¹⁷

Spaç

Ein zentraler Gedenk- und Erinnerungsort ist der Gefängnis- und Lagerkomplex Spaç, der sich an einem steilen Berghang nahe der nordalbanischen Gemeinde Mirdita befin-



Spaç – Ehemalige Häftlingsunterkunft.

det. Alljährlich am 21. Mai treffen sich hier ehemalige Häftlinge und deren Angehörige, um an den Ausbruch eines Häftlingsaufstandes im Jahre 1973 zu erinnern.

Der 1968 eingerichtete Gefängnis- und Lagerkomplex war für 400 Gefangene ausgelegt, wobei die Höchstbelegung bis zu 1.400 Personen betrug. Er umfasste mehrere Wohnbaracken für die Häftlinge, Gebäude der Lagerverwaltung und der Wacheinheiten, einen Appellplatz und Innenhof, sowie mehrere Wachtürme.

Unter ehemaligen Häftlingen gilt Spaç als eine der grausamsten Haftstätten.¹⁸ Die dort Inhaftierten wurden zur Zwangsarbeit in den angrenzenden Kupfer- und Pyritminen herangezogen. Dort litten sie unter unsäglichen Arbeitsbedingungen. Viele starben infolge von Unfällen, Erschöpfung und Unterernährung. Die Toten wurden ohne Kennzeichnung der Grabstätten verscharrt, wo inzwischen junge Bäume wachsen, die nach dem Ende der Diktatur gepflanzt wurden.

Aufgrund der katastrophalen Bedingungen erhoben sich die Gefangenen von Spaç. Drei Tage lang, vom 21. bis zum 23. Mai 1973, übernahmen sie die Kontrolle. Als Zeichen ihres Widerstandes hissten sie die albanische Flagge mit dem Doppeladler, von der sie den kommunistischen Stern abgetrennt hatten. Diese Erhebung wurde brutal

niedergeschlagen, die Anführer hingerichtet. 130 Personen erhielten längere Haftstrafen sowie strafverschärfende Bedingungen.

Zwölf Jahre später, im Mai 1985, war Spaç erneut Schauplatz einer Gefangenenevolte, zu deren Niederschlagung Spezialeinheiten des Innenministeriums eingeflogen wurden. Drei Aufständische verurteilte man zum Tode, einer verstarb unter der Folter. 36 Häftlinge erhielten zusätzliche Haftstrafen von sechs bis 20 Jahren.

Seit der Schließung des Straflagers 1991 verfällt das Gelände zusehends. Einzig die Gebäude der Lagerverwaltung sind in einem besseren Zustand. Obwohl der Nationale Restaurationsrat Albaniens bereits 2009 angekündigt hatte, das ehemalige Straflager in eine museale Anlage umwandeln zu wollen, ist bisher nicht viel geschehen. Zwar existieren Informationstafeln zu einzelnen Gebäuden und Ereignissen, eine Instandhaltung oder ein musealer Ausbau des Geländes scheinen allerdings in weiter Ferne. 2015 wurde der Ort in die Liste der am meisten bedrohten Kulturdenkmäler des World Monument's Fund¹⁹ aufgenommen.²⁰ Unsere Gruppe nutzte die Gedenkveranstaltung am 21. Mai 2019, um sich intensiver über die Geschichte des historischen Ortes und den Umgang mit der jüngeren Vergangenheit zu informieren. Mit unserer Teilnahme bekundeten wir zugleich unsere Solidarität mit dem berechtigten Anliegen der Organisatoren, die Spuren dieses Ortes dauerhaft zu sichern.

Tepelena

Am 23. Mai besichtigten wir ein ehemaliges Internierungslager bei Tepelena, einer Kleinstadt im Süden. Das Lager befand sich auf einem verlassenen Militärgelände, das während des Griechisch-Italienischen Krieges von der italienischen Armee errichtet worden war.

Das von der Polizei verwaltete Internierungslager bestand zwischen 1948 und 1954. Anfang der 1950er Jahre waren hier 3.000 Internierte untergebracht, vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen. Es bestand aus fünf Wohnbaracken, in denen jeweils bis zu 600 Menschen zusammengepfercht waren.

In Tepelena sollen ca. 1.000 Alte und 300 Kinder umgekommen sein: aufgrund von Hunger, den unzumutbaren hygienischen Zuständen sowie plötzlich explodierender Minen, die hier nach dem Abzug des italienischen Militärs vergraben worden waren. Zum Andenken an die verstorbenen Kinder wurden im Hof 300 aus Spenden finanzierte Zypressen gepflanzt. Ein kleiner Gedenkstein daneben enthält Angaben zum ehemaligen



Tepelene – Simon Mirakaj berichtet über seine Erlebnisse im Internierungslager.

Lager. Vor der Anlage findet sich dagegen kein Hinweis auf die historische Bedeutung des Geländes. Die erhalten gebliebenen Gebäudereste verfallen zusehends.

Simon Mirakaj, der uns während des Rundgangs begleitete, verbrachte den Großteil seines Lebens in Lagern. Weil der Vater als „Volksfeind“ galt, wurde er am 17. Juni 1945 zusammen mit seiner Mutter und der älteren Schwester in Sippenhaft genommen. Zu diesem Zeitpunkt war er noch ein Säugling, keine zwei Wochen alt. 1949 wurde die Familie nach Tepelena verlegt. Simon Mirakaj erinnert sich an den Hunger, der hier herrschte. Zweimal am Tag gab es eine wässrige Suppe zu essen, die neben grob gemahlenden Körnern häufig Würmer enthielt. Die Wachen hielten in den Ställen Schweine. Manchmal gelang es den Kindern, Gemüse und Melonen, die als Schweinefutter bestimmt waren, zu essen.

Nach der Schließung des Lagers Tepelena endete der Leidensweg der Familie aber nicht, sondern führte weiter über unzählige weitere Lagerstandorte. Als Simon Mirakaj am 4. Juli 1989 endlich die Freiheit erlangte, war er bereits 44 Jahre alt.

Tirana

Im Zentrum der Hauptstadt stößt man allorts auf Relikte aus kommunistischer Zeit: das monumentale Mausoleum Enver Hoxhas, diverse Bunker sowie Statuen politischer Symbolfiguren, die von ihren ursprünglichen Standorten entfernt wurden. Andererseits wird das Stadtbild zunehmend von modernen Neubauten geprägt. Dazu zählen auch etliche Gotteshäuser, die die erwachende religiöse Vielfalt des Landes abbilden.

In Tirana erlebten wir zahlreiche interessante Begegnungen mit wechselnden Gesprächspartnerinnen und -partnern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Dabei wurden vielfältige Themenfelder wie die Geschichtspolitik des Landes, der Stand der wissenschaftlichen Forschung, die Geschichtsvermittlung in Schulen sowie die Rolle von Museen und Gedenkstätten berührt.

Als ein ganz besonderer Ortstermin erwies sich der Besuch der „Behörde zur Information über die Dokumente der früheren Staatssicherheit“ („Autoritetit për Informimin mbi Dosjet e Sigurimit të Shtetit“). Dort sprachen wir u.a. mit der Leiterin Gentiana Sula. Aktuell verfügt sie über 30 Mitarbeitende, eine Verdopplung auf 60 ist geplant. Bislang sind 1.100 individuelle Anträge auf Akteneinsicht eingegangen. Darüber hinaus gibt es auch Anfragen von Forschungseinrichtungen und Medien. Bisher wurden 1.500 Personen in staatlichen Ämtern auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst überprüft. Das Unterlagenarchiv umfasst 212.145 Akten sowie 250.000 Tondokumente der zentralen Abteilungen in der Hauptstadt und der regionalen Abteilungen.²³ Ein großer Teil der Unterlagen, die in über 45 Jahren Geheimdienstarbeit angelegt wurden, dürfte aufgrund einer Weisung des Innenministeriums von 1989 vernichtet worden sein. Eine interne Arbeitsgruppe der Behörde soll klären, ob es auch nach der Aufhebung der Weisung 1991 zu weiteren Aktenvernichtungen gekommen ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt steht die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Geschichte der Sigurimi noch ganz am Anfang. Bis die schriftlichen Hinterlassenschaften der albanischen Geheimpolizei gesichert wurden, sind allein 20 Jahre vergangen. Erst am 30. April 2015 verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Öffnung der Akten, auf dessen Grundlage die Sigurimi-Unterlagenbehörde ihre Arbeit aufnahm.

Am 25. Mai, dem letzten Tag unserer Reise, standen Besuche zweier sehr unterschiedlicher zeitgeschichtlicher Museen auf dem Programm. Das „Haus der Blätter“ („Shtëpia me Gjethe“) ist die jüngste Einrichtung des Landes, die sich mit der Geschichte der Überwachung durch die Sigurimi beschäftigt. Das Museum wurde erst vor zwei Jahren,



Tirana – Abschluss einer Gesprächsrunde in der Sigurimi-Behörde. Delegationsleiterin Dr. Anna Kaminsky (1. v.l.) bedankt sich bei Behördenleiterin Gentiana Suda (2. v.r.).

am 23. Mai 2017, eröffnet. Das 1931 als private Frauenklinik errichtete Gebäude diente seit 1950 als Sitz der Abteilung V der Sigurimi. Diese war nicht nur für die heimliche Kontrolle aller in Albanien lebenden Ausländer und Diplomaten zuständig, sondern auch für die Einheimischen, die Kontakt zu letzteren unterhielten.

Die Bezeichnung „Haus der Blätter“ geht auf den dichten Bewuchs der Fassade mit Kletterpflanzen sowie auf die vielen hier wachsenden Laubbäume zurück, die verhinderten, dass das Gebäude von der Straße aus zu sehen war. Nach der Machtergreifung durch die Kommunisten bezog die Sigurimi das während des Zweiten Weltkriegs mutmaßlich von der deutschen Gestapo genutzte Objekt. Von 1991 bis 2006 diente das Haus als Zweigstelle des albanischen Nachrichtendienstes, danach stand es vorübergehend leer. 2014 übernahm das Kulturministerium das Gebäude mit dem Ziel, eine Gedenkstätte einzurichten. Anregungen für ein gestalterisches und inhaltliches Konzept, kamen u.a. aus Deutschland. Albanische Historikerinnen und Historiker sowie Vertreterinnen und Vertreter von einheimischen Aufarbeitungsinitiativen recherchierten in den diversen Archiven und entwickelten gemeinsam ein stimmiges Konzept.

Das „Haus der Blätter“ präsentiert sehr anschaulich die neuesten Erkenntnisse zur Geschichte der kommunistischen Diktatur. Die Ausstellungsgestaltung ist innovativ und entspricht modernen Sehgewohnheiten.

Das Museum „BunkArt II“ wurde am 19. November 2016 im Stadtzentrum von Tirana eröffnet. Es handelt sich dabei um eine Dependence der multimedialen Ausstellung „BunkArt I“, die zwei Jahre zuvor am Stadtrand von Tirana entstanden war. Die neue Ausstellung befindet sich in den unterirdischen Räumen eines zwischen 1981 und 1986 errichteten Bunkersystems des albanischen Innenministeriums. Dieses sollte Schutz vor etwaigen Angriffen mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen bieten. Teil der Anlage ist daher auch das für den Kriegsfall vorgesehene Wohn- und Arbeitsquartier des Ministers.

„BunkArt II“ zeichnet die historische Entwicklung des Innenministeriums epochenübergreifend zwischen 1912 und 1991 nach. Ein wichtiger Fokus liegt dabei auf der Geschichte der 1944 gegründeten Sigurimi, die stets ein Teil des Ministeriums war. Kurator beider BunkArt-Ausstellungen ist der italienische Journalist Carlo Bollino, dessen Konzept, Geschichte und Kunst zu verbinden sucht.

Sowohl am Konzept als auch an seiner Ausführung regte sich in der Gruppe Kritik: So deutet die mit Porträtaufnahmen ausgestaltete oberirdische Eingangskuppel darauf hin, dass die Opfer des kommunistischen Terrors hier eine Würdigung erfahren sollen. Da die gleichen Aufnahmen teilweise mehrfach auftauchen, nährt dies jedoch den Verdacht, dass die Anordnung nur illustrativen Zwecken dient. Die Ausstellung selbst offenbart weitere Mängel: Obwohl der bedrückende Charakter der unterirdischen Bunkerlandschaft eine eher sparsame Kommentierung zur Nutzungsgeschichte und Funktionsweise des Bunkersystems nahelegt, waren die Räume mit Informationsquellen, Anschauungsobjekten und mitunter makaber anmutenden Installationen zugestellt. Zur Visualisierung des Themas Grenzfluchten wird beispielsweise ein aus Kunststoff bestehender Hund ausgestellt, der mit fletschenden Zähnen einem grotesk stilisierten Grenzflüchtling hinterherjagt. Nicht wenige aus der Gruppe beschlich das Gefühl, dass dieses Museum eher eine „Touristenfalle“ als ein Ort der Information ist.

Zum Stand der Aufarbeitung in Albanien

Die Studienfahrt vermittelte einen sehr guten Eindruck vom bisherigen Stand der albanischen Geschichtsaufarbeitung. Ursächlich für deren schleppenden Fortgang sind nicht zuletzt die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen den zwei dominierenden politischen Kräften: der poststalinistischen Sozialdemokratischen Partei Albaniens (PDS) auf der einen und der 1990 gegründeten antikommunistischen Demokratische Partei Albaniens (PSD) auf der anderen Seite. Hinzu kommen wirtschaftliche Stagnation und Korruption, die die Neigung vieler Albanerinnen und Albaner fördern, ihre Heimat zu verlassen. Von der großen Unzufriedenheit der Bevölkerung zeugte nicht zuletzt eine während unseres Aufenthalts stattfindende Massendemonstration, auf der der Rücktritt der PDS-Regierung gefordert wurde.

Dass die ersten Aufarbeitungsinitiativen häufig im Sande verliefen, hatte damit zu tun, dass es der alten Elite gelang, sich erneut in der Politik sowie in öffentlichen Ämtern zu etablieren. Unter diesen Umständen blieb eine strafrechtliche Aufarbeitung der Diktaturverbrechen aus. Niemand wurde zur Verantwortung gezogen. Eine Rehabilitierung und Entschädigung der politisch Verfolgten kam ebenfalls nicht zustande. Die politisch Verfolgten schlossen sich bald in Opferverbänden zusammen, um ihre berechtigten Ansprüche durchzusetzen. Dabei war ihnen nur teilweise Erfolg beschieden. Zwar erhielten einige Familien, die enteignet worden waren, ihr Eigentum zurück, aber viele Verfolgte warten noch bis heute auf eine Kompensationszahlung des Staates für erlittenes Unrecht.

Laut Aussagen der Opferverbände verläuft die Entschädigung undurchsichtig und uneinheitlich. Ganze Opfergruppen würden überhaupt nicht entschädigt, beispielsweise die in Sippenhaft genommenen Frauen und Kinder. Albanerinnen und Albaner, die im Ausland lebten und später als ihre daheim gebliebenen Landsleute Entschädigungsforderungen gestellt hätten, würden keine Entschädigung erhalten. Aus Sicht der Betroffenen gestaltet sich die Antragstellung mühselig, weil es häufig unmöglich ist, Nachweise ihrer Verfolgung zu erbringen. Infolge des verbesserten Zugangs zu den Sigurimi-Akten könnte es in absehbarer Zeit gelingen, wenigstens dieses Problem zu lösen.

Als extrem belastend empfinden viele Opfer den Umstand, dass sie ständig auf einstige Peiniger treffen. Was aus ihrer Sicht vor allem fehlt, ist eine professionelle Anlaufstelle ähnlich den Beratungsinitiativen, die von den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Deutschland initiiert wurden.²⁶

Um die Betroffenen zu unterstützen und die Verbrechen der Kommunisten zu erforschen sowie die Bevölkerung für die Geschichte der kommunistischen Diktatur zu sensibilisieren, gründete sich 2010 per Gesetz des albanischen Parlaments das „Institut zur Erforschung der Verbrechen des Kommunismus in Albanien“ („Instituti i Studimeve për Krimet dhe Pasojat e Komunizmit“ – ISKK). Das ISKK wird von Betroffenen geleitet und dokumentiert die begangenen Verbrechen. Das aus 15 Mitarbeitenden bestehende Institut sammelt Zeitzeugenberichte sowie Archivkopien, die die begangenen Verbrechen belegen sollen. Mittels Bildungs- und Zeitzeugenprogrammen informiert es an Schulen des Landes über die Diktatur. Einmal im Jahr erstattet es Bericht im albanischen Parlament.

Ebenfalls Biografie-Arbeit betreibt die privatrechtliche Stiftung „Online-Archiv der Opfer des Kommunismus“ („Arkiva Online e Viktimave të Komunizmit“), die 2018 mit Unterstützung eines in Albanien bekannten PSD-Politikers und Unternehmers gegründet wurde. Ziel der Stiftung ist es nicht nur, die Gesellschaft über die kommunistische Vergangenheit aufzuklären, sondern auch den ehemals politisch Verfolgten eine Stimme zu geben und Anlaufstelle für diese zu sein. Bislang wurden auf einer multimedialen Plattform 52.000 Kurzbiografien veröffentlicht, die von einer Gruppe von Journalisten erarbeitet wurden. Die Plattform dient vor allem der Vernetzung und dem Austausch der Familien mit anderen Betroffenen.

2012 wurde das gemeinnützige „Institut für Demokratie, Medien und Kultur“ („Instituti për Demokraci Media Kulturë“ – IDEM) ins Leben gerufen. Dieses verfügt über ca. 15.000 Euro Haushaltsmittel im Jahr und wird durch Mitgliedsbeiträge, aber auch durch Mittel der Regierung, von Unternehmen und Privatpersonen gefördert. Hauptpartner des IDEM sind der Demokratiefonds der Vereinten Nationen sowie verschiedene deutsche und europäische Stiftungen. Das IDEM führt vor allem Projekte durch, die sich mit der Rolle der Medien in Demokratisierungsprozessen befassen. Eines der Ziele ist es, einen öffentlichen Diskurs über die Vergangenheit anzustoßen. Was zunächst mit Journalismus-Studierenden begonnen hat, wird bereits mit Schülerinnen und Schülern fortgesetzt. So wurde ein populärer Wettbewerb initiiert, der sich „Frag’ deine Großeltern“ nennt. Weiterhin unterstützt das Institut Lehrende an den Schulen, die mitunter sehr wenige Informationen über die kommunistische Diktatur haben. Um der gerade unter Lehrenden verbreiteten Nostalgie entgegenzuwirken, erstellte das IDEM Lehrmaterial mit Archivdokumenten und didaktischen Hinweisen zur Vermittlung.

In Weiterbildungen wurden bereits mehrere 100 Pädagoginnen und Pädagogen geschult, die das kostenfreie Material auch nutzen.²⁷

Fazit

Im Ergebnis der Studienfahrt wurde deutlich, dass sich in Sachen Aufarbeitung viel in Albanien getan hat. Diesen Eindruck bestätigen auch Teilnehmende der ersten Studienfahrt, die die Bundesstiftung im Mai 2010 nach Albanien unternahm.²⁸ Zum damaligen Zeitpunkt hätte es – mit Ausnahme einer seit 1991 bestehenden Teilausstellung im Historischen Nationalmuseum – keine als solche markierten Erinnerungsorte, Gedenkstätten und Museen für die Zeit von 1944 bis 1990 gegeben. Damals wurde über diesen prägenden Geschichtsabschnitt einfach nicht erzählt oder in den Schulen vermittelt. Selbst viele Betroffene hüllten sich in Schweigen.²⁹

Mittlerweile existiert eine kleine Aufarbeitungslandschaft, die weiter unterstützt und ausgebaut werden muss. Derzeit erfolgt die Unterstützung noch mit massiver Hilfe aus dem Ausland. Offenbar sehen die an der Aufarbeitung der Vergangenheit interessierten Albanerinnen und Albaner diesen Punkt weniger kritisch. Aufgrund der grassierenden Korruption in ihrem Land haben sie größeres Vertrauen in ausländische Institutionen als in albanische. Zudem würde die Aufarbeitung ohne diese Unterstützung wegbrechen.

Ob und wie es mit der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Albanien weitergeht, wird die Zukunft zeigen. Jedenfalls bleibt zu hoffen, dass das Land den Umgang mit seiner schmerzhaften Geschichte künftig auch aus eigener Kraft wird leisten können.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Rüttershoff, Tobias: Die Qual mit der (Nicht-)Wahl, Länderbericht zu den Kommunalwahlen in Albanien vom Juli 2019, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, online unter <https://www.kas.de/web/albanien/laenderberichte/detail/-/content/die-qual-mit-der-nicht-wahl> [Stand vom 12.08.2019].
- 2 Vgl. zu diesen und den folgenden Angaben: Niegehell, Anita / Ponisch, Gabriele: Wir sind immer im Feuer. Berichte ehemaliger politischer Gefangener im kommunistischen Albanien, Albanische Studien, Bd. 2: Zur Kunde Südosteuropas, Wien/Köln/Weimar 2001, S. 55 ff.
- 3 Enver Hoxha (1908 – 1985) war ein kommunistischer albanischer Politiker, der ab 1944 bis zu seinem Tod

die Sozialistische Volksrepublik Albanien diktatorisch regierte.

- 4 Siehe Kaminsky, Anna (Hrsg.): Museen und Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktaturen, Dresden 2018, S. 15–17.
- 5 Iosif Vissarionovič Stalin – eigentlich Džugašvili (1878–1953), war ein kommunistischer Politiker georgischer Herkunft, der die Sowjetunion ab 1927 bis zu seinem Tod diktatorisch regierte.
- 6 Siehe Idrizi, Idris: Herrschaft und Alltag im albanischen Spätsozialismus (1976–1985), Oldenburg 2018, S. 273.
- 7 Josip Broz Tito (1892–1980) war ein jugoslawischer kommunistischer Politiker und von 1945 bis 1980 diktatorischer Staatschef Jugoslawiens.
- 8 Nikita Sergejevič Chruščëv (1894–1974) war ein sowjetischer Politiker. Er war ab 1953 Parteichef der KPdSU und ab 1958 Ministerpräsident, bevor er 1964 entmachtete wurde.
- 9 Die „Große Proletarische Kulturrevolution“ Maos war eine gewaltsame politische Kampagne zwischen 1966 und 1976, der landesweit über 400.000 Menschen zum Opfer fielen.
- 10 Mao Zedong (1893–1976) ein chinesischer Revolutionär und Politiker, der die von ihm 1949 gegründete Volksrepublik bis zu seinem Tod diktatorisch regierte.
- 11 Zahlenangabe nach Adler, Sabine: Aufarbeitung der Hoxha-Diktatur. Der lange Schatten des Kommunismus, Bericht vom 18.08.2017 im Deutschlandfunk, online unter https://www.deutschlandfunk.de/aufarbeitung-der-hoxha-diktatur-der-lange-schatten-des.1773.de.html?dram:article_id=393751 [Stand vom 22.08.2019].
- 12 Zahlenangaben nach Glos, Walter/ Godole, Jonila: Albanien: Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Länderbericht vom Dezember 2017, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, online unter <https://www.kas.de/web/albanien/laenderberichte/detail/-/content/albanien-aufarbeitung-der-kommunistischen-vergangenheit> [Stand vom 08.08.2019].
- 13 Ramiz Alia (1925–2011) war der letzte kommunistische Staatschef Albaniens.
- 14 Vgl. Kaminsky, Anna: [Museen und Gedenkstätten] (wie Anm. 4), S. 25 f.
- 15 Vgl. Beike, Mirjam: Mit Kaffeetasse heimlich Messe gefeiert: Die Geschichte des Christentums in Albanien. Das neue Diözesanmuseum in Shkodra erzählt mit bewegenden Zeugnissen die fast 2.000 Jahre alte Geschichte des Christentums in Albanien – bis hin zur neuen Blüte in der Gegenwart, online unter <https://de.catholicnewsagency.com/story/mit-kaffeetasse-heimlich-messe-gefeiert-die-geschichte-des-christentums-in-albanien-1640> [Stand vom 12.08.2019].
- 16 Vgl. Kaminsky, Anna [Museen und Gedenkstätten] (wie Anm. 4), S. 15.
- 17 Vgl. Meyer, Fritjof: Im Garten Eden ein Götze aus Granit. SPIEGEL-Redakteur Fritjof Meyer in Albanien – Traumreich für Grüne und Musterstaat des Stalinismus, in: DER SPIEGEL, Nr. 49/1981, S. 155,

- online unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14350788.html>, [Stand vom 5.9.2019].
- 18 Vgl. Kaminsky, Anna: [Museen und Gedenkstätten] (wie Anm. 4), S. 27 ff.
 - 19 Der World Monument's Fund (WMF) ist eine 1995 gegründete gemeinnützige, internationale Organisation mit Hauptsitz in New York, die sich weltweit für die Erhaltung von Denkmälern und historischen Stätten einsetzt. Der WMF stellt alle zwei Jahre eine Liste der 100 meist gefährdeten Kulturdenkmäler, die List of Most Endangered Monuments, zusammen.
 - 20 Vgl. 2016 World Monuments Watch, online unter <https://www.wmf.org/project/spa%C3%A7-prison> [Stand vom 15.07.2019].
 - 21 Vgl. Mitschriften des Rundgangs von Dr. Anke Geier und den Bericht von Adler, Sabine: Aufgewachsen im Gulag – Erinnerungen, die nicht vergehen vom 24.10.2017 in Deutschlandfunk Kultur, online unter https://www.deutschlandfunkkultur.de/kommunismus-opfer-in-albanien-aufgewachsen-im-gulag.979.de.html?dram:article_id=398607 [Stand vom 08.08.2019].
 - 22 Bei dem Griechisch-Italienischen Krieg (1940/41) handelte es sich um einen Angriffskrieg des faschistischen Italien gegen Griechenland, der nach dem Kriegseintritt Deutschlands mit der Niederlage Griechenlands und dessen vorübergehender Besetzung durch die Achsenmächte endete.
 - 23 Vgl. diese und weitere Angaben aus dem Gespräch mit Gentiana Sula und Mitarbeitern der Aktenbehörde am 22.05.2019 in den Mitschriften von Dr. Anke Geier.
 - 24 Vgl. Kaminsky, Anna: [Museen und Gedenkstätten] (wie Anm. 4), S. 20 f.
 - 25 Vgl. ebenda, S. 23 f.
 - 26 Vgl. Mitschriften von Dr. Anke Geier beim Gespräch mit Dr. Jonila Godole, Leiterin des Instituts für Demokratie, Medien und Kultur.
 - 27 Vgl. Mitschriften von Dr. Anke Geier beim Gespräch mit Dr. Jonila Godole.
 - 28 Vgl. die Veranstaltungsnachlese zur Studienfahrt nach Albanien 2010 auf der Webseite der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, online unter https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/veranstaltungsnachlese-2010-6407.html?id=1648&PAGE_ID=2495, >entfernen, [Stand vom 12.8.2019].
 - 29 Vgl. Cama, Aida: Die Albaner lieben ihre Geschichte, aber nicht die der kommunistischen Diktatur, in: Gergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, 3/2010, Heft Nr. 58, S. 21–22.



Haftanstalt „Roter Ochse“, Mitte der 90er Jahre.

Die friedliche Revolution im Oktober 1989. Reflexionen über die Haftanstalt „Roter Ochse“ und über andere Strafvollzugseinrichtungen und Jugendhäuser im Bezirk Halle

André Gursky

Vorbemerkung

Die Frage, ob die Haftanstalt „Roter Ochse“ nach der deutschen Wiedervereinigung weiter zu betreiben sei, wurde Anfang der 1990er Jahre recht schnell entschieden: Ja, und zwar im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums des neu gebildeten Landes Sachsen-Anhalt.

Waren Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), denen die Entlassung bis März 1990 drohte, im Strafvollzug zu halten? Spätestens seit 1991 ist die prinzipielle Besorgnis des Personals in der Haftanstalt über eine drohende Entlassung nicht unbegründet gewesen. In Berlin erreichte der mutige und konsequente Einsatz

von Bürgerrechtlern den Erhalt von Stasi-Unterlagen nicht zuletzt auch zum Zwecke von Regelüberprüfungen auf personelle Verstrickung von Bürgern in die Machenschaften des DDR-Geheimdienstes. Im öffentlichen Dienst und damit auch in der nun neuen Justizvollzugsanstalt Halle griff die gesetzliche Grundlage und dem Arbeitgeber war auf dieser Basis vorbehalten, mit Entlassungen zu reagieren – oder auch nicht.

MfS-Hinterlassenschaften

Hinweise über den Ablauf der Ereignisse in der Haftanstalt in den letzten Monaten des Jahres 1989 finden sich in den Aktenbeständen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen nicht. Gleichwohl konnten Erhebungen über die MfS-Aktivitäten in Bezug auf die Bürgerrechtsbewegung, auf die Montagsdemonstrationen und vereinzelte Ausführungen über noch im Oktober 1989 vorgenommene „Zuführungen feindlich-negativer Elemente“, wovon der Geheimdienst sprach, recherchiert werden.

Nach einem MfS-Bericht über den 7. Oktober 1989 befanden sich an diesem Tag auf dem Halleschen Markt mehrere hundert Polizisten, eine Hundertschaft Kampfgruppen in Zivil sowie über hundert Mitarbeiter des MfS. Die Leute wurden „vom Marktplatz weg gefangen, unsanft bis gewaltsam auf LKW's [sic!] verfrachtet und dem ‚Zentralen Zuführungspunkt‘ [ZZP] im Objekt der Transport-Polizei-Schule Reideburgerstraße befördert.“¹ Die sich anschließende Schilderung von Zuständen und Verfahrensweisen im ZZP dürfte exemplarisch sein für alle weiteren Geschehnisse und Abläufe im Kontext des ZZP. Verhörprotokolle seitens des MfS, aber auch die späteren Ermittlungen gegen Verantwortliche des ZZP im Dezember 1989 geben darüber Aufschluss.

Ein Bericht zur „Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit“ beleuchtet den so genannten „Sicherungseinsatz“ vom 7. Oktober 1989: Die Einsatzkräfte leiteten operative Maßnahmen ein. Neben Einsatzkräften des Volkspolizeikreisamtes (VPKA) Halle handelte es sich um eine Tiefendislozierung von „4 Diensthundeführern mit Diensthunden, eine Kompanie der 6. VP [Volkspolizei]-Bereitschaft, ein Zug der 12. VP-Bereitschaft mit Sonderausrüstung der Reserve des Leiters VPKA.“ Darüber hinaus, so der Bericht wörtlich, „mussten Schlagstöcke und Diensthunde“ eingesetzt werden.² Über die Anzahl der so genannten Zuführungen gehen die Angaben auseinander; in unterschiedlichen schriftlichen Ausfertigungen ist von 47, 48 und 49 zugeführten Personen die Rede, darunter auch von einer „Kontaktperson“ – ein Stasi-Spitzel der MfS-Kreisdienststelle Halle-

Neustadt, der bereits telefonisch über Aktivitäten der so genannten AstA's (Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR) der Staatssicherheit berichtet hatte.

„Einer der aktivsten Rufer, der auch andere Beteiligte zum Weitermachen aufforderte, war das SED-Mitglied Lutz T.“, vermerkt ein Hinweis der „Auswertungs- und Kontrollgruppe“ zur „Zusammenrottung am 7.10.89 in Halle, ‚Roter Turm‘“.³ Ermittlungsverfahren leiteten Volkspolizei und Staatssicherheitsdienst nach § 215 StGB (Strafgesetzbuch) der DDR („Rowdytum“) gegen acht Personen ein.

Nach Beantragung von Haftbefehlen gegen die acht „Rowdys“ erfolgte am 8. Oktober 1989 gegen 13.00 Uhr die Überführung der zumeist Jugendlichen in die UHA (Untersuchungshaftanstalt) des MfS „Roter Ochse“. Gegen zwei weitere männliche Personen beantragte das MfS nach erfolgter „Befragung“ ebenfalls Haftbefehl nach § 215 StGB der DDR. Diese wurden direkt in die UHA „Am Kirchtor 20“ zugeführt, heißt es in einem Dokument der Abteilung IX der MfS-Bezirksverwaltung (BV) Halle. Den Verhafteten wurde dabei u.a. vorgeworfen, durch Rufe wie „Wir bleiben hier!“ die Stimmung bewusst angeheizt zu haben.⁴

Am 9. Oktober 1989 eskalierte abends die Situation. Einsatzkräfte von Polizei und MfS gingen gewaltsam gegen die Demonstranten vor und trieben diese mit Hunden und Schlagstöcken über den Marktplatz. Wegen des doppelten Einschließungsringes konnte das zur Falle gewordene Terrain von den Bürgern nicht verlassen werden. Dutzende wurden ergriffen und auf bereitstehende LKW gestoßen und „zugeführt“. Im ZPP hatten sich die Zustände gegenüber dem 7. Oktober nicht geändert. „Am Abend des 9. Oktober“, stellte der Abschlussbericht fest, „befanden sich diese Garagen also im gleichen menschenunwürdigen Zustand wie zwei Tage zuvor.“⁵ Eine vom MfS auf dem Halleschen Marktplatz durchgeführte Aktion zur Installation von Video-Überwachungskameras sollte strafrechtliche Beweise für ein späteres Vorgehen der Untersuchungsorgane im „Roten Ochsen“ im Bild festhalten. Die heute noch vorhandenen, zum Teil jedoch gesäuberten Videobänder zeigen vor allem eines: die praktizierte Gewalt durch Sicherheitskräfte. In den digitalen Zeiteinblendungen finden sich heute keine Nachweise mehr über den Ablauf der Ereignisse zwischen 19.22 Uhr und 20.26 Uhr – eine ganze fehlende Stunde also, über die Betroffene übereinstimmend von staatlichen Übergriffen berichten.

Im Zentralen Zuführungspunkt wurden alle Festgenommenen unter Druck gesetzt, „eine vorbereitete Erklärung zu unterschreiben, in der sie sich selbst einer Tat bezichtigten,



Zellentür aus dem Untersuchungshafthaus des MfS „Roter Ochse“ (1990er Jahre).

die sie gar nicht begangen hatten: Teilnahme an einer illegalen Demonstration.“⁶ Diese „Verhöre“ und „Belehrungen“ wiederholten das Muster vom 7. Oktober 1989.

Reflexionen über die Haftanstalt „Roter Ochse“ und über andere Strafvollzugseinrichtungen und Jugendhäuser im Bezirk Halle

Im Oktober 1989 wurde das Thema „Anwendung von Gewalt“ im Bereich Strafvollzug und Untersuchungshaft vor allem hinsichtlich des Einsatzes der Deutschen Volkspolizei (DVP), der Zivilverteidigung und Kampfgruppen sowie des MfS gegen die eigene Bevölkerung bis in die Familien hinein heftig und kontrovers diskutiert. Weiterhin aktenkundig ist in den Unterlagen des MfS eine angekündigte Gefangenenevolute in einer halleischen Haftanstalt, inszeniert durch verurteilte Republikflüchtige nach § 213 StGB der DDR (ungesetzlicher Grenzübertritt). Die geforderten „verstärkten Sicherungsmaßnahmen“ in der betreffenden Strafvollzugseinrichtung (StVE) und Untersuchungshaftanstalt lässt auf den „Roten Ochsen“ schließen, wo eine Gefangenenevolute „mit Geiselnahme“, wie es heißt, offenbar geplant worden sei. Die Gefangenen fühlten sich gegenüber den über die Prager Botschaft ausgereisten DDR-Bürgern ungerecht behandelt.

Eine Sachbearbeiterin der Bezirksbehörde der DVP (BDVP) in Halle kritisierte heftig das „ungerechtfertigte und blinde Vorgehen“ der Polizei gegen Demonstranten. Weitere Kritik an der Partei- und Staatsführung der DDR vor allem hinsichtlich der Wirtschafts- und Bildungspolitik schätzte das MfS als „festgestellte Wirkungsweise der PID [politisch-ideologische Diversion]“ ein. Damit sei die BDVP-Angehörige zu einem „Sicherheitsrisiko“ geworden und unter operative Kontrolle zu stellen. Der Informationsbericht vom 25. Oktober 1989 nennt auch die Ausführungen der Ehefrau eines Hauptmanns im Strafvollzug, die erklärte, „dass sie im Falle des Einsatzes ihres Ehemannes gegen Demonstranten die Ehe mit ihm nicht fortsetzen wolle. Er habe sich dann zwischen ihr und der Uniform zu entscheiden. Einen analogen Standpunkt vertrat ebenfalls ihr Sohn.“⁷ Weiterhin sei inoffiziell bekannt geworden, dass Kampfgruppenangehörige, die in Halle auf dem Markt zum Einsatz kamen, in ihren Betrieben bedroht wurden. Das MfS kritisierte, dass die verantwortlichen Parteifunktionäre sich derartigen Informationen gegenüber zunehmend gleichgültig verhielten, so auch in Halle-Ammendorf.

Eine Reihe von „Informationsberichten“, abgelegt im Bestand der MfS-Abteilung VII – zuständig für die Überwachung der DVP und des Strafvollzugs in der DDR – handeln von Ereignissen in Haftanstalten, die im Zuständigkeitsbereich der MfS-Bezirksverwaltung

Halle liegen, darunter die StVE in Volkstedt, Raßnitz, Thale, Naumburg oder Dessau. Der grundlegende Tenor ist hier seit Mitte Oktober 1989 übereinstimmend: Strafgefangene verweigerten vielfach die Arbeitsaufnahme und mitunter die Nahrung. In den letzten Tagen, heißt es in einem Bericht der Abteilung VII vom 25. Oktober 1989, sei ein Anstieg von Schreiben durch Strafgefangene an staatliche Organe festzustellen, worin diese ihre Haftentlassung forderten. „Unter Berufung auf die Rede des Genossen Krenz vor der Volkskammer am 23.10.1989 vertraten diese Strafgefangenen den Standpunkt, dass sie unrechtmäßig in Haft wären.“ Im Bericht der Abteilung VII heißt es hierzu abschließend: „Nach einer Belehrung gemäß § 236 StGB durch den stellv. Leiter der StVE Thale“, dies der Ort des Geschehens, „nahmen die Strafgefangenen die Arbeit wieder auf.“ Inoffiziell sei bekannt geworden, dass die Gefangenen eine „positive Entscheidung“ der SED-Führung über ihr Anliegen abwarten wollten.⁸

Am 27. Oktober 1989 erfolgte eine Information des MfS über den bisherigen Stand der Entlassungen gemäß Beschluss des Staatsrates der DDR zur Durchführung einer Amnestie.

Von insgesamt 1.698 Strafgefangenen wurden seit Beginn der Amnestie aus den StVE, Jugendhäusern (JH) und UHA 343 Personen im Zuständigkeitsbereich der MfS BV-Halle entlassen.⁹

Stimmungsberichte über den Amnestiebeschluss liegen auch für die StVE Naumburg vor, die übrigens mit denen über das JH Halle, Dessau o.a. StVE nahezu übereinstimmen und von gleichem Tenor sind. Es gab Unzufriedenheit unter den Gefangenen, da es sich um keine allgemeine Amnestie handelte.

November 1989: Mobilmachung durch das MfS

„Müssen uns auf Angriff einstellen.“ Dieser Vermerk findet sich in den namentlich nicht gekennzeichneten Mitschriften eines MfS-Offiziers über eine Leiterberatung am 11. November 1989 unter Genosse Oberst Schöppe. „Die Lage ändere sich fast stündlich.“¹⁰ Vier Tage zuvor legte ein „Einsatzplan“ der MfS-Abteilung XIV im „Roten Ochsen“ unter Leitung von Oberstleutnant Konrad und dessen Stellvertreter, Hauptmann Moczall, die sofortige Bereitstellung von Schutzmasken und Stahlhelmen fest, die Wachtürme wurden mit Maschinengewehren ausgerüstet, die Tore zusätzlich mit Vorlegebalken verriegelt. Das Anwachsen der Demonstrationen in Halle und „allen Teilen des Landes“ wird als „konterrevolutionäre Situation“ gewertet. Resigniert wurde bereits Anfang Novem-

ber festgestellt, dass ein militärisches Vorgehen gegen die Demonstranten auf Grund der gebildeten Masse nicht mehr möglich sei. Der Bericht der Abteilung VII des MfS stellte heraus, dass sich die Staatsmacht nur noch auf die DVP und das MfS wirklich verlassen könne.

Am 3. November 1989 legte das MfS in einem 4-Punkte-Plan das Vorgehen des Geheimdienstes gegen die Demonstranten in Halle und deren „Angriffe gegen das MfS“, wie es hieß, fest. Zentrale Methode: verstärkter Einsatz von Informanten und Spitzeln. Anfang November 1989 erreichte eine weitere Weisung der MfS-Abteilung Nachrichten die Diensteinheit im „Roten Ochsen“. Die Haftanstalt war im Bereich der MfS-Untersuchungshaftanstalt an das so genannte abhörsichere Regierungsnetz, das Wtsch-Netz angeschlossen. „Offener UKW-Verkehr ist nur im äußersten Notfall zulässig“ heißt es in dem Schreiben über die „Sicherheit der Nachrichtenübermittlung“. ¹¹ „In erster Linie sind die gedeckten Nachrichtenverbindungen, wie: 1. Wtsch-Verbindungen, 2. Chiffrierverbindungen, 3. Kurzwellenfunkverbindungen zum Nachrichtenaustausch zu nutzen.“ ¹² In diesen ereignisreichen Tagen, wenige Zeit vor dem Fall der Berliner Mauer, appellierte Stasi-Chef Erich Mielke persönlich an alle MfS-Mitarbeiter und rief dazu auf, durchzuhalten, standhaft zu bleiben und noch enger zusammen zu stehen. Das Schreiben erreichte auch den „Roten Ochsen“. „Ich bin gewiss“, führt Mielke aus, „dass Ihr Euch in dieser großen Bewährungsprobe für unsere Partei, für die Arbeiter- und Bauernmacht und für unser Ministerium für Staatssicherheit auch weiterhin mit politischer Standhaftigkeit und Leidenschaft für unsere Sache einsetzt – so, wie wir das als Tschechen immer getan haben.“ ¹³

Nach der Umbenennung von MfS in AfNS (Amt für Nationale Sicherheit), legte die Abteilung Kader und Schulung des Bezirksamtes in Halle – dem alten Selbstverständnis folgend am 21. November 1989 „Maßnahmen“ fest, die auf eine Durchdringung verschiedener operativ relevanter Bereiche durch Stasimitarbeiter abzielten. Unter Punkt 3 ist festgehalten: „Die Übernahme von Angehörigen des MfS in die DVP u.a. Organe des Mdl der DDR [Ministerium des Innern] wird zentral durch die Abteilung Kader und Schulung in Abstimmung mit den Kaderorganen der BDVP realisiert.“ ¹⁴ Ein Papier von weit reichender Konsequenz. Immerhin strebte der Geheimdienst nicht weniger an, als den zivilen gesellschaftlichen Bereich noch intensiver zu durchdringen.

Es war dann auch die BDVP, die im Dezember 1989 den Einsatzbefehl zur Absicherung der Haftanstalt „Roter Ochse“ erhielt, um die Entnahme und Vernichtung von Akten-



Zur Vernichtung bereitstehende Akten aus der MfS-Bezirksverwaltung Halle „Am Gimritzer Damm“, 1990.

beständen zu verhindern. Hatten die Befehlsgeber damit quasi den „Bock zum Gärtner“ gemacht? Die Geheimdienstmitarbeiter behielten demnach in Halles Haftanstalt den kontrollierenden Durchblick.¹⁵

Aktenvernichtung in den letzten Zügen:

Das konspirative Herrschaftswissen ist zum Greifen nahe

Die Aktenvernichtung lief im „Roten Ochsen“ nach Auskunft von Zeitzeugen auf Hochtouren, wenn auch Generalmajor Schmidt am 5. Dezember 1989 alle Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit aufforderte, die Mitarbeiter darüber zu informieren, die Mitnahme von Schriftgut außerhalb der Dienstobjekte zu untersagen. Volkspolizisten sei es gestattet, Fahrzeuge und Behältnisse von Mitarbeitern zu kontrollieren, betonte Schmidt vorsorglich. Dennoch: „Für die unmittelbare Aufgabenerfüllung nicht benötigte Unterlagen sind grundsätzlich in den Panzerschränken aufzubewahren. Diese sind verschlossen zu halten“, heißt es abschließend in dem Papier.¹⁶

In einem MfS-internen Papier wird am 15. November 1989 ein Vorschlag von Hans Modrow als Vorsitzender des Ministerrates der DDR „zur grundsätzlichen Neubestimmung

der Aufgaben und zur Reorganisation des Ministerrates, der einzelnen Ministerien und weiterer staatlicher Organe und Einrichtungen“¹⁷ angekündigt und damit auch die Bildung eines „Amtes für Nationale Sicherheit“ in Erwägung gezogen. Die Abteilung VII der MfS-Bezirksverwaltung Halle informierte über die „Durchsetzung des Amnestiebeschlusses vom 27.10.1989“. Hierin heißt es: „Im Ergebnis bisher durchgeführter Gespräche in Vorbereitung und im Rahmen der Durchführung (ab 01.11.1989) der Maßnahmen zum Amnestiebeschluß kann eingeschätzt werden, dass ein ordnungsgemäßer Ablauf durch das Organ Strafvollzug gesichert ist.“¹⁸ Auch „auf Grund der Regelungen hinsichtlich der Botschaftsbesetzer und der Zusicherung von Straffreiheit für Rückkehrer“ sei, so der Bezug in einem MfS-Bericht auf Meinungsäußerungen unter Strafgefangenen in den StVE und JH des Bezirkes Halle, eine „Amnestie zu erwarten“¹⁹ gewesen. Ein Befund, der nur wenige Wochen zuvor noch hätte ganz anders ausfallen können. „Züge aus Botschaften gleich in die StVE’n durchfahren lassen, Rädelsführer herauslösen, erschießen.“²⁰ Dies war eine allen Ernstes diskutierte Variante im Umgang mit den Ausreiseantragstellern und Botschaftsflüchtlingen.

Die Mitarbeiter des MfS/AfNS, erinnern sich Zeitzeugen, nahmen die Anwesenheit von Vertretern des Bürgerkomitees Halle in ihren Diensträumen sehr gelassen. Im Dezember 1989 fand auch eine Begehung der UHA des MfS „Roter Ochse“ statt. Der gesamte Komplex „Am Kirchtor“ unterstand seit dem 11. Dezember 1989 der BDVP. Nach Auflösung der MfS-Kreisdienststellen war das dort noch vorhandene Schriftgut flächendeckend aus dem gesamten Bezirk Halle in den „Roten Ochsen“ transportiert worden. Es wurde vorgesehen, das „Zwischenlager“ von MfS-Hinterlassenschaften im „Roten Ochsen“ bis Ende März 1990 aufzulösen. Doch bis dahin wurden weiterhin Akten vernichtet; die „Reißwölfe“ liefen heiß.

Der amtierende Militärstaatsanwalt Wolf verfügte noch am gleichen Tag die Versiegelung der Aktenbestände in den genannten Einrichtungen. Ein wohl notwendiger Schritt, der die Geheimdienstler jedoch kaum beeindruckte. „Wir haben die Versiegelungen später wieder geöffnet und Aktenmaterial weiter vernichtet“, berichtet einer der damals beteiligten Stasi-Offiziere. „Und als die Bürger später erneut die Räume inspizierten, da waren die Versiegelungen natürlich alle in Takt, wenn auch die Unterlagen nicht mehr so vollständig waren. Hatte jemand Zweifel, dann hatte er sich eben getäuscht. So einfach war das.“²¹ Ein Zeitzeuge erinnerte sich bereits ein Jahr nach den „Versiegelungsaktionen“: „Man stelle sich das vor. Das Material über aktive IM blieb uneingeschränkt



Nach Auflösung des im November 1989 in Amt für Nationale Sicherheit umbenannten MfS im Dezember 1989, plante die Modrow-Regierung in der DDR, einen neuen Nachrichtendienst und einen Verfassungsschutz aufzubauen. Das Neue Forum befestigte an einem Zaun der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung Halle ein Plakat mit der Aufschrift: „Noch räumen wir den alten Schmutz – Kommt ja nicht mit Verfassungsschutz“.

zugänglich. Die Staatsanwaltschaft hatte uns nachdrücklich deutlich gemacht, dass es um die Versiegelung der Archive, nicht aber um die Versiegelung operativen Materials gehe. Und wir braven Bürger von der Straße, die wir nicht die Mechanismen kannten und nicht wussten, welchen Schaden wir anrichten, beugten uns.“²²

In den Monaten des Jahres 1990 traten Überlegungen in den Vordergrund, wie die entsprechenden Stasi-Objekte zu beräumen sind. Am 20. Februar 1990 erfolgte ein Protokollvermerk, wonach Räumungsbeginn nunmehr auch „Am Kirchtor“ für die in der Haftanstalt agierenden geheimdienstlichen Abteilungen sei. Der Abtransport des dort eingelagerten MfS-Schriftgutes aus den Objekt- und Kreisdienststellen des MfS/AfNS erfolgte ab 6. März 1990 (Abschluss bis 31. März) in das Objekt der ehemaligen Bezirksverwaltung des MfS am Gimritzer Damm. Bis zu diesem Zeitpunkt, dem 13. März 1990 waren die meisten MfS-Mitarbeiter entlassen worden. Für den Auflösungsprozess selbst standen noch 80 hauptamtliche MfS/AfNS-Mitarbeiter zur Verfügung.

Anmerkungen

- 1 Abschlussbericht der zeitweiligen Kommission zur Untersuchung von Willkür und Gewalt im Zusammenhang mit dem Demokratisierungsprozess in Halle 1989/1990, S. 14.
- 2 Nachlass Dietmar Webel, Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale).
- 3 Ebenda.
- 4 Nachlass Dietmar Webel (wie Anm. 2).
- 5 Abschlussbericht (wie Anm. 1), S. 15.
- 6 Ebenda, S. 14.
- 7 BStU, MfS, BV Halle, Abt. VII, Sachakten Nr. 843, S. 55.
- 8 Ebenda, S. 59.
- 9 Vgl. BStU, MfS, Sekr. Neiber, Nr. 636, S. 3.
- 10 BStU, MfS, BV Halle, Abt. XIV, Sachakten Nr. 626, S. 11.
- 11 Ebenda, Abt. VII, Sachakten Nr. 1692, S. 46.
- 12 Ebenda, S. 48.
- 13 Ebenda, S. 51.
- 14 Ebenda, Abt. VII, Sachakten Nr. 1700, S. 10.
- 15 „Es wurde geklaut und abtransportiert [...]. Man hat gesehen, aber nichts unternommen. Ich kenne viele in heutigen Positionen, auch in Parteien, die zugelangt haben – auch als Bürgerbewegte! Und nicht zu knapp. Taschen und Kisten voll bepackt mit Sachzeugen, Schriftgut, Uniformen, neuester Bürotechnik, Ehrendolchen und Waffen aller Art. Die Panzerschränke waren gefüllt. Vieles ist bares Geld wert.“
Notizen über ein Gespräch mit Herrn R., Polizeidirektion Dreyhauptstrasse am 03.09.1998. (Gursky 1998).
- 16 Ebenda, S. 2.
- 17 Ebenda, S. 11 ff.
- 18 BStU, MfS, BV Halle, Abt. VII, Sachakten Nr. 1185, S. 7.
- 19 Ebenda, S. 3.
- 20 Ebenda, Abt. VII, Sachakten Nr. 844, S. 248.
- 21 Notizen über ein Gespräch mit einem ehemaligen Offizier aus der MfS-Bezirksverwaltung Halle (Gursky 1996); Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle.
- 22 Vor einem Jahr – Die Entmachtung der Stasi in Halle. Rainer Butzke im Gespräch mit Dietmar Webel (Manuskriptausdruck).

Von einer Grab- zu einer Gedenkstätte. Die Entstehung einer Gedenkstätte am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers Langenstein-Zwieberge*

Nicolas Bertrand

In den Tagen vom 18. bis zum 20. April 1945 holten amerikanische Sanitäter die letzten kranken Überlebenden aus den Baracken des gerade befreiten Außenlagers Langenstein-Zwieberge. Sie brachten sie in ein Feldlazarett, das die US-Armee in Halberstadt eingerichtet hatte. Zunächst hieß es, dass alle Baracken in den darauffolgenden Monaten abgebaut worden seien¹. Ein Beitrag der lokalen Zeitung Volksstimme jedoch zeigt, dass die letzten massiv errichteten Baracken erst im September 1948 abgerissen wurden: „Männer und Frauen aus Langenstein sind gerade dabei, die großen Trichter, die von der Sprengung der Baracken herrühren, zuzuschütten. Die letzten Ruinenreste werden von Arbeitern mit der Spitzhacke bearbeitet, um ihr Material auszuwerten“². Vom Außenlager Langenstein-Zwieberge war 1948 offenbar kaum etwas übrig geblieben. „Längst [war] diese Fläche wieder in fruchtbares Ackerland verwandelt worden.“³ Neben wenigen baulichen Überresten und Barackenfundamenten blieben auf dem Gelände nur noch die Hinrichtungsstätte „Todeskiefer“ und an zwei Orten Massengräber erhalten.

Als ab Mitte März 1945⁴ die Leichen der Häftlinge nicht mehr zur Einäscherung in das Städtische Krematorium von Quedlinburg gebracht wurden, ließ die SS auf einem Hügel nördlich des Barackenlagers (vermutlich vier) Massengräber anlegen. In diesen Massengräbern ruhen bis heute die 761 Häftlinge, die ab Mitte März bis zur Evakuierung des Lagers am 9. April 1945 starben.

Während die SS am Abend des 9. April 1945 3.000 noch „gehfähige“ Häftlinge auf einen Marsch trieb, blieben nahezu 1.400 Häftlinge im Lager zurück. Für die Toten unter diesen Häftlingen wurde nach der Evakuierung des Lagers ein weiteres Massengrab, diesmal innerhalb des Lagers, angelegt und dafür ein vorhandener Löschteich genutzt. Dieses sogenannte südliche Massengrab wirft auch heute noch viele Fragen auf: Warum wurden die Massengräber außerhalb des Lagers nicht weiter genutzt? Ab welchem Tag genau und von wem wurden die ersten Leichen in den Löschteich gelegt? Auch



Detail des 1949 errichteten Denkmals. Nicht 1943, sondern 1944 wurde das Lager errichtet. Am Fuß der Säule wurden Namenstafeln angebracht, vermutlich von Angehörigen ehemaliger Häftlinge (Foto ohne Datum, vor 1967).

wenn die Beschriftung eines Bildes der amerikanischen Armee vom 18. April 1945 angibt, dass im „südlichen“ Massengrab 237 Leichen⁵ ruhen, kann die Zahl der dort begrabenen Opfer nur geschätzt werden. Aus der Zeit von 18. April 1945 bis zum Sommer 1948 gibt es leider keine Dokumente, aus denen ersichtlich wird, wie die Massengräber an beiden Orten beschaffen waren.

I. Bemühungen um eine würdige Gestaltung der Massengräber

Auch wenn 1948 die letzten baulichen Überreste des ehemaligen Lagergeländes beseitigt waren, sorgte man sich doch um eine würdige Gestaltung der Gräber. Mit einem Schreiben vom 27. April 1948 bestellte das Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt den Oberbürgermeister von Halberstadt zu einer „Besprechung mit Regierungsvertretern, den Landräten von Wernigerode, Blankenburg und Quedlinburg (...) sowie den beteiligten Kreisleitern der VVN [Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes] und dem Landesvorstand der VVN“⁶ beim Landrat in Wernigerode ein. Gegenstand dieses am 7. Mai 1948 stattfindenden Termins war die Gestaltung der „künstlerische[n] Anlage der Opfer des Faschismus (OdF)-Gedächtnisstätte Langenstein und deren Finanzierung“⁷, inklusive einer Besichtigung des Ortes in Langenstein-Zwieberge. Im Anschluss daran wählten die Teilnehmer einen Ausschuss, „der verantwortlich für den Bau der Gedächtnisstätte sein soll[te]“⁸. Der Grund für die Errichtung eines Mahnmals in Langenstein wird im Protokoll der Kreistagssitzung des Kreises Wernigerode vom 11. Mai 1948 explizit erläutert. Es sollte in erster Linie darum gehen, „den dort liegenden Toten durch die Errichtung eines Mahnmals die ihnen gebührende Ehrung zuteilwerden zu lassen“⁹. Im Rahmen der geplanten Baumaßnahme sollten die Gräber (sowohl Massen- als auch Einzelgräber) eingefasst werden. Der Antrag zur Bewilligung der dafür erforderlichen Zuschüsse in Höhe von 5.000 RM wurde vom Kreistag des Kreises Wernigerode einstimmig angenommen, nachdem der Kreistagsvorsitzende erklärt hatte: „Weitere Ausführungen erübrigen sich hier wohl, denn wir alle wissen, daß wir in der Nazizeit eine große Anzahl Ausländer beschäftigt haben, so daß wir auch dem Ausland gegenüber in dieser Hinsicht beweisen, daß wir gewillt sind, alles zu tun, um zu verhindern, daß solche Vorgänge, wie sie in der Nazizeit üblich waren, sich wiederholen“¹⁰. Dem Protokoll zufolge haben sich bei dieser Besprechung die umliegenden Kreise Halberstadt, Blankenburg, Oschersleben und Quedlinburg ebenfalls dazu verpflichtet, jeweils 5.000 RM bereit zu stellen. Im Protokoll der Kreisratssitzung des Landkreises Blankenburg/Harz

am 12. Mai 1948 hieß es zur Finanzierung: „Die mit etwa 20.000,00 bis 30.000,00 RM veranschlagten Kosten soll[t]en zu 3/5 von den Nachbarkreisen und zu 2/5 von der Landesregierung getragen werden.“¹¹ Zu einer Abstimmung über die Gewährung des Zuschusses kam es bei dieser Sitzung nicht, denn der Betrag sollte „aus dem Wiedergutmachungsfonds“ bereitgestellt werden. Am 3. August 1948 herrschte im Stadtkreis Halberstadt noch große Unsicherheit bezüglich der Kosten und der finanziellen Beteiligung. Nur das Ziel stand fest: „in Langenstein auf dem KZ-Friedhof einen Gedenkstein für die OdF zu errichten“¹³.

Bis zum 10. September 1948 sollte die Errichtung der Gedenkstätte abgeschlossen sein, „und alsdann eingeweiht werden“¹⁴. Aus unbekannten Gründen wurde dieser Zeitplan nicht eingehalten. Im Sommer 1948 wurden erste Planierungsarbeiten im Auftrag des Landkreises Wernigerode ausgeführt. Diese Arbeiten sollten ausländischen Gästen ermöglichen, die im Aufbau befindliche Gedenkstätte zu besuchen¹⁵. Am „Tag der Opfer des Faschismus“ 1948, das heißt am 12. September, sollten „Vertreter aus allen europäischen Ländern (...) erscheinen und während ihres Aufenthaltes die bedeutendsten Grabstätten von Angehörigen ihrer Länder besichtigen“¹⁶. Aus diesem Grund „[mussten] die Grabstätten bis zu diesem Zeitpunkt in bester Ordnung sein“¹⁷. Dass die Mehrheit der begrabenen KZ-Häftlinge aus dem Ausland stammte, schien ein Grund mehr für die Ausführung dieses ersten Abschnitts der Umgestaltung der Massengräber zu sein, die vermutlich sowohl die Massengräber innerhalb als auch außerhalb des Lagers betraf.¹⁸

Auch wenn im ehemaligen Außenlager Langenstein-Zwieberge keine öffentliche Veranstaltung anlässlich des „Tages der Opfer des Faschismus“ 1948 stattfand, war dieser Tag dennoch vom Rückblick auf die Lagergeschichte geprägt. Das Ministerium des Innern der Landesregierung Sachsen-Anhalt bat die Räte der Kreise, Städte und Gemeinden darum, „mit Hilfe der VVN im Kreis oder in der Gemeinde alles bedeutsame Material über den Kampf der Widerstandsgruppen und Personen zusammenzutragen“¹⁹. Dieses Material sollte am Tag der Opfer des Faschismus 1948 in Gedenkreden Verwendung finden und den Schulen als Unterrichtsmaterial dienen. Das Nachrichtenamt der Stadt Halberstadt erstellte ein umfangreiches Manuskript, in dem allein die Hinrichtungsstätte „Todeskiefer“²⁰ eine ganze Seite einnahm. Außerdem fand eine von drei Kranzniederlegungen am Sonntag, dem 12. September 1948, auf dem „KZ Friedhof vor den Spiegelsbergen“²¹ statt.

II. Eine Einweihung unter der Leitung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes Deutschlands

Ursprünglich war die Einweihung der Gedenkstätte in Langenstein „als Auftakt für die Woche des Friedens“²² vom 1. bis 11. September 1949 geplant und zur gleichen Zeit sollten drei weitere Kundgebungen stattfinden: in Torgau in der Nähe des ehemaligen Konzentrationslagers Lichtenburg, in Gardelegen am Ort des Massakers während des Todesmarsches und an der Begräbnisstätte der bei Zerbst aufgefundenen KZ-Häftlinge.²³ Keinen Monat vor der geplanten Veranstaltung wurde der für die Einweihung festgelegte Termin vom 4. September²⁴ auf den 11. September verschoben, einer Mitteilung zufolge war die Verlegung „erforderlich, da am 3.9. ein grosses (das 1.!) Autorennen der Ostzone stattfindet“²⁵.

Sowohl die Woche des Friedens als auch die vier Kundgebungen wurden vom Landesverband Sachsen-Anhalt der VVN organisiert²⁶ und finanziert²⁷. Zusammen mit der Stadtverwaltung Halberstadt war der Kreisvorstand Halberstadt der VVN für die Organisation der Einweihung der Gedenkstätte in Langenstein zuständig. Aus den Kreisen Wernigerode, Blankenburg, Quedlinburg und Halberstadt wurden ad hoc zwei Ausschüsse gebildet: ein Ausschuss für Organisation und ein Ausschuss für Propaganda.²⁸ Der Oberbürgermeister von Halberstadt wurde zum Vorsitzenden des Organisationsausschusses und der Stadtverwaltungsdirektor, der gleichzeitig auch Kreisvorsitzender der VVN war, zum Vorsitzenden des Ausschusses für Agitation und Propaganda. Das Arbeitsgebietskomitee Halberstadt koordinierte die Organisation der verschiedenen teilnehmenden Kreise²⁹, in denen ebenfalls ein Organisationsausschuss und ein Propaganda- und Agitationsausschuss gebildet wurde³⁰, „dem Vertreter der Blockparteien, der Massenorganisationen, der Landräte und ggf. der Bürgermeister, des Kreisausschusses des Volkskongresses, des Kreissportausschusses beigegeben werden“³¹ sollten. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kreisvorständen der VVN setzten sich auch die VVN-Ortsgruppen für die Organisation der Veranstaltung ein³², halfen bei der Verteilung von Eintrittskarten und organisierten die Beförderung von Personen nach Langenstein. Erklärtes Ziel der Schaffung dieser zahlreichen Strukturen war es, „eine Massenbeteiligung an der Großkundgebung“³³ zu erreichen.

Die Finanzierung der Kundgebung in Langenstein sollte unter den verschiedenen Kreisen aufgeteilt werden. Der Rat der Stadt Halberstadt hatte die Kosten für die Veranstaltung bevorschusst und als tragender Kreis seinen Zuschuss in Höhe von 4.500 DM

bereits ausgezahlt.³⁴ Von den insgesamt zwölf beteiligten Kreisen hatten jedoch am 5. Dezember 1949 erst vier Kreise ihren Zuschuss gezahlt. Auch wenn beispielsweise der Kreistag des Landkreises Wernigerode den von der VVN beantragten Finanzzuschuss bis 1.000 DM bereits am 30. Juli 1949 einstimmig bewilligt hatte³⁵, war dieser Betrag am 5. Dezember immer noch nicht ausgezahlt³⁶. Erst Ende Dezember 1949, nachdem alle Kreise ihre Beträge überwiesen hatten und der Landesvorstand Sachsen-Anhalt der VVN den noch offenen Restbetrag beglichen hatte, bekam die Stadt Halberstadt ihre ausstehenden Kosten erstattet.³⁷

III. Die Einweihung der Gedenkstätte als politische Veranstaltung in der sowjetischen Besatzungszone

Wenn in der Anfangszeit die Notwendigkeit einer würdigen Gestaltung als Anlass für die Errichtung des Mahnmals auszureichen schien, kam ein Jahr später in einer amtlichen Bekanntmachung des Rates der Stadt Halberstadt die politisch erwünschte Einheit Deutschlands als Begründung hinzu. „Als Mahnmal soll es die Erinnerung an die hier begangenen Verbrechen wachhalten und uns verpflichten, alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens und die Einheit Deutschlands einzusetzen.“³⁸ Die ideologische Prägung durch den Landesvorstand Sachsen-Anhalt der VVN kommt im Wortlaut seiner Losungen zum Ausdruck, die für die „Kampftage des Friedens vom 1. – 11. September propagiert werden soll[t]en“³⁹. Diese an alle Kreisvorstände der VVN verschickten 19 Losungen enthielten überwiegend Begriffe, die mit dem proklamierten Anspruch auf Frieden und die Einheit Deutschlands verbunden waren. Der Antisemitismus wird nur einmal auf Platz 17 erwähnt, und auch nur in Verbindung mit dem Hauptthema Frieden: „Antisemitismus ist Kriegshetze!“ Dass der Antisemitismus erst am Ende der Liste thematisiert wurde, geschah ganz bewusst, da „die Losungen [...] ungefähr in der Reihenfolge ihrer Bedeutung aufgeführt [waren]“⁴⁰.

Der Wortlaut der „Gruß- und Widmungsentschlissungen“⁴¹ verrät, dass die Einweihung des Mahnmals einer starken Ideologisierung unterworfen war. So wurde beispielsweise im Kreis Wernigerode im Rahmen der Kreistagsvorstandssitzung am 30. August 1949 eine Botschaft verfasst, deren Text Nationalsozialismus und Kapitalismus verband: „Zwölf Jahre haben die faschistischen Hetzer die Völker aufs grausamste unterdrückt, haben sich angestrengt, die Ziele des Monopolkapitalismus zu verwirklichen“⁴². „Die Macht der imperialistischen Kräfte“ sollte „endgültig gebrochen werden“⁴³. Auch eine

klare Positionierung für die sowjetische Besatzungsmacht wurde immer wieder eingefordert: „Über die Nationale Front aller Deutschen wollen wir uns in die Friedensfront der friedliebenden Völker, an deren Spitze die Sowjet-Union [SU] steht, mit einreihen“. ⁴⁴ Der „Kampf für den Frieden“ bedeutete im Gegenzug „Haß allen imperialistischen Mächten“ und erfolgte auf der Grundlage der „Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Völkern“ und der „Freundschaft mit den Völkern der Sowjet-Union“ ⁴⁵. Im Entwurf eines Aufrufs an die Bevölkerung Halberstadts wurden die Opfer des Faschismus sogar mit der Treue zur Sowjetunion in Verbindung gebracht: „Die Opfer des Faschismus müssen uns Mahnung und Verpflichtung sein im demokratischen Lager des Friedens, an dessen Spitze die SU. steht alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens einzusetzen“ ⁴⁶. Und in diesem Sinne sollte die Massenbeteiligung an der Woche des Friedens „einheitlich und überzeugend“ dokumentieren, „dass der Wille des gesamten Volkes auf die demokratische Einheit Deutschlands und den Weltfrieden gerichtet ist“ ⁴⁷.

So entstand im Verlauf der Vorbereitungen für die Einweihung am Ort des ehemaligen Außenlagers Langenstein-Zwieberge ganz allmählich eine Gedenkstätte für Kämpfer gegen den Faschismus. Alle Opfer wurden als Widerstandskämpfer deklariert, „die sich unerschrocken dem faschistischen Terror widersetzt und in dem ehem. KZ.- Lager Zwieberge/Langenstein ihr Leben für ihr Volk und die ganze Welt geopfert haben“ ⁴⁸. Eine Untersuchung der einzelnen Schicksale zeigt jedoch, dass die Inhaftierungsgründe sehr verschieden waren, vor allem für die Mehrheit der Häftlinge aus der ehemaligen Sowjetunion und Polen. Diese pauschale Kategorisierung der unterschiedlichen Häftlingsschicksale kam auch in einem Schreiben der VVN an den stellvertretenden Kreis schulrat im Kreis Halberstadt zum Ausdruck, denn anlässlich der Einweihung eines Ehrenmals „für die im ehem. KZ Lager Langenstein ums Leben gekommenen Antifaschisten“ ⁴⁹ sollten am Tag vor der Einweihung „besondere Schulfeiern“ in den Schulen organisiert werden.

Diese propagandistische Vereinnahmung verband sich zudem mit einem politischen Geltungsanspruch in Richtung Westdeutschland, denn es wurde angestrebt, dass auch westliche Gemeinden an der Kundgebung in Langenstein teilnehmen ⁵⁰. „Die Anregung, mit Freunden der Westzone Verbindung aufzunehmen, damit sie an der Kundgebung teilnehmen“ sei „zur Stärkung der nationalen Front außerordentlich wichtig“ ⁵¹. Die Berichterstattung über die Großkundgebung in Langenstein bestätigt, wie wichtig die Anwesenheit westdeutscher Vertreter für die DDR-Propaganda war. „Ein

Widerstandskämpfer“ aus der englischen Zone, „der mit 350 Delegierten aus Wolfenbüttel die Zonengrenze überschritten hatte, überbrachte unter stürmischem Beifall die Kampfesgrüße aller Antifaschisten Westdeutschlands“⁵². Am Tag der Einweihung wurden auch zahlreiche Postkarten nach Westdeutschland verschickt. Dafür wurde vor Ort „ein fliegendes Postamt“⁵³ eingerichtet, in dem speziell für diesen Tag herausgegebene Postkarten verkauft wurden, die, mit einem Sonderpoststempel versehen, auch gleich abgeschickt werden konnten.⁵⁴ Erklärtes Ziel war, „daß möglichst viele Postkarten mit einem Friedensgruß nach dem Westen abgesandt werden“⁵⁵. Diese Aktion schien so wichtig gewesen zu sein, dass „die Kraftfahrer dafür unterwegs schon Propaganda machen [sollten]“⁵⁶ und sogar „entsprechende Hinweisschilder“⁵⁷ angefertigt wurden.

IV. Eine politische Massenveranstaltung

Für die Veranstaltungen der Woche des Friedens wurde im Rahmen der damals vorhandenen Mittel auch Werbung gemacht. „Sämtliche Lichtspielhäuser in Sachsen-Anhalt wie auch die Wanderkinos [waren] mit je zwei Diapositiven anlässlich der Kampftage für den Frieden vom 1. – 11. September vom Landesvorstand der VVN Sachsen-Anhalt beliefert worden.“⁵⁸ Der Rat der Stadt Halberstadt wies sogar das Personal der städtischen Dienststellen und Betriebe an, an der Veranstaltung teilzunehmen.⁵⁹ Auf ähnliche Art und Weise wurden im Vorfeld von der VVN auch die Kränze für die Kundgebung organisiert. Die VVN des Kreises Halberstadt schrieb der Stadtverwaltung Halberstadt, dass sie „dankbar“ wäre, „wenn [s]ie sich mit einem Kranz [i]hres Betriebes daran beteiligen würd[e]“⁶⁰. Das gleiche Schreiben wurde an das Volkspolizeiamt, den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, die Halberstädter Fleischwarenfabrik Venag und das Reichsbahn-Ausbesserungswerk geschickt.⁶¹ Die VVN wollte offenbar auf diesem Wege verhindern, dass zu wenige Kränze „während der Musikaufführung der ‚Eroika‘ niedergelegt werden“⁶².

Zur Großkundgebung in Langenstein wurde die Beteiligung aller erwartet. Der Rat der Stadt forderte die Halberstädter auf: „Schmückt Häuser und Wohnungen mit Fahnen und Tannengrün!“⁶³ „Ausschmückung mit Transparenten usw. soll[t]en die Betriebe usw. wie zum 1. Mai vornehmen“⁶⁴. Selbst die Halberstädter, die nicht an der Kundgebung in Langenstein teilnehmen konnten, waren aufgerufen, „ihre Verbundenheit durch Aufstellen an den Straßen und Plätzen, insbesondere auf dem Fischmarkt, zum Ausdruck zu bringen“⁶⁵.

Um eine hohe Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen, war für die Organisation der Großkundgebung in Langenstein die Frage der Beförderung von zentraler Bedeutung. Von den ursprünglich 20 von der Reichsbahn in Aussicht gestellten Sonderzügen⁶⁶ konnten laut Protokoll der Arbeitsbesprechung vom 30. August 1949 nur fünf Sonderzüge für den 11. September eingeplant werden, dazu kamen 635 Autobusse und LKW⁶⁷. Zwei Sonderzüge aus Halle und drei weitere aus Sangerhausen, Aschersleben und Wanzleben sollten den Bahnhof Langenstein anfahren⁶⁸ und dank einer Fahrpreisermäßigung von 50 %, die zum Teil von der VVN getragen wurde⁶⁹, gut gefüllt sein. Da somit nur eine kleine Zahl von Sonderzügen zur Verfügung stand, wurde es erforderlich, „dass ein erhöhter Einsatz von Kraftfahrzeugen stattfindet“⁷⁰ und dies führte zu besonderen Maßnahmen. „Die Betriebe [sollten] gebeten werden, ihre Wagen an dem Tage zur Verfügung zu stellen, auch PKWs [sic!].“⁷¹ Alle vorhandenen Fahrzeuge sollten zum Einsatz kommen und wenn sie nicht für den Personenverkehr zugelassen waren, musste eine Zulassung vom zuständigen Kreispolizeiamt erwirkt werden.⁷² Die Versorgung der Fahrzeuge mit Treibstoff war in der Nachkriegszeit mit Schwierigkeiten verbunden: „Auf dem Kundgebungsplatz w[u]rden Treibstoffmarken ausgegeben“⁷³. Geplant war auch, dass der Landesvorstand der VVN für „sämtliche Fahrzeuge“⁷⁴ die Versicherung übernimmt. Darüber hinaus wurden alle Fahrzeuge „mit Transparenten, Fahnen etc.“⁷⁵ geschmückt. Hinzu kam, dass die Organisation der Beförderung für die Gäste nicht nur logistischer Natur war, denn der Oberbürgermeister von Halberstadt bat darum, „unbedingt über Halberstadt zu fahren, damit die Teilnehmer die kriegszerstörte Stadt Halberstadt sehen und einen Eindruck bekommen, welchen Schaden der Krieg angerichtet hat“⁷⁶.

Der Marsch zur Weihe des Mahnmals in Langenstein wurde als ein „Friedensmarsch“⁷⁷ organisiert, der durch eine „Friedensstafette“⁷⁸ erweitert wurde, deren Sportlerinnen und Sportler Resolutionen und Grußbotschaften mit nach Langenstein nahmen. Alle teilnehmenden Betriebe und Organisationen wurden zudem gebeten, Fahnen und Transparente mitzuführen.⁷⁹

Entgegen allen Erwartungen wurde aber keine große Beteiligung von ausländischen Vertreterinnen und Vertretern erreicht, so dass am 30. August 1949 bei einer Arbeitsbesprechung festgestellt wurde, dass „mit ausländischen Delegationen [...] nicht zu rechnen [war]“⁸⁰. Dessen ungeachtet hielt ein französischer Widerstandskämpfer bei der Einweihung des Mahnmals eine Rede und beteuerte, die Sowjetunion sei „das mächtigste Bollwerk des Friedens“⁸¹.

Die Aktenperspektive zeigt eindeutig, dass die Einweihung der Gedenkstätte für die politischen Zwecke der damaligen Zeit instrumentalisiert wurde. Historische Ereignisse und auch die Schicksale der Häftlinge des Außenlagers Langenstein-Zwieberge gerieten in den Hintergrund. Aus den Akten ergibt sich jedoch kein Hinweis darauf, welche innere Einstellung die Menschen hatten, die an der Kundgebung teilnahmen. Diese Perspektive bleibt bis heute unerforscht. Aus heutiger Sicht kann man nur vermuten, dass jeder seinen eigenen Bezug zum Gedenkort entwickelt hat. Bei manchen mag die staatliche Propaganda auf Widerwillen und Ablehnung gestoßen sein. Gewiss wird die Teilnahme vielfach aber auch vom echten Willen getragen worden sein, dass sich die – teilweise noch kurz zuvor selbsterlebten – Grausamkeiten des Krieges und auch die unmenschliche Behandlung der Häftlinge in Langenstein nie wiederholen.

Anmerkungen

- * Herzlicher Dank gilt Gesine Daifi, pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte, für ihr aufmerksames Lektorat dieses Beitrags.
- 1 Stahl, Andreas: NS-Baracken – Unbequeme und vergessene Artefakten deutscher Vergangenheit. Ergebnisse einer Provinzenforschung zum KZ-Außenlager Langenstein-Zwieberge bei Halberstadt, in: Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt 2/2015, S. 70 – 72.
- 2 KZ Langenstein. Eine Landschaft ändert ihr Gesicht, in: Volksstimme, Halberstadt, vom 12.09.1948.
- 3 Ebenda.
- 4 Da das Einäscherungsverzeichnis der Friedhofsverwaltung Quedlinburg zwischen dem 15.03.1945 und dem 04.04.1945 nicht mehr geführt wurde, ist es nicht auszuschließen, dass Leichen von Häftlingen aus dem Lager Langenstein-Zwieberge auch nach Mitte März 1945 noch in Quedlinburg eingeäschert wurden.
- 5 Sammlung Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge.
- 6 Schreiben vom 27.04.1948 an den Herrn Oberbürgermeister in Halberstadt, Historisches Stadtarchiv Halberstadt, Rat der Stadt (im Folgenden HSH, RdS), 90, Bl. 197.
- 7 Ebenda.
- 8 Verfügung vom 12. Mai 1948, HSH, RdS, 90, Bl. 196.
- 9 Protokoll über die 11. Tagung des Kreistages am 11. Mai 1948, Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg (im Folgenden LASA), K 13 Wernigerode, Nr. 9.
- 10 Ebenda.

- 11 Niederschrift über die am 12. Mai 1948 stattgefundene Kreisratssitzung des Landkreises Blankenburg/Harz, LASA, K 13, Blankenburg, Nr. 100, Bl. 196 f.
- 12 Ebenda.
- 13 Verfügung vom 03.08.1948, HSH, RdS, 90, Bl. 270 f.
- 14 Niederschrift über die am 12. Mai 1948 stattgefundene Kreisratssitzung des Landkreises Blankenburg/Harz (wie Anm. 12).
- 15 Protokoll über die am 19.07.1948 stattgefundene Kreisratssitzung des Landkreises Wernigerode, LASA, K 13 Wernigerode, Nr. 51, Bl. 94.
- 16 Ebenda.
- 17 Ebenda.
- 18 In der Volksstimme vom 12.09.1948 wurde berichtet, dass die im Wald liegenden Massengräber, das heißt eindeutig das südliche Massengrab, „wieder in einen würdigen Zustand versetzt worden sind“, vgl. KZ Langenstein. Eine Landschaft ändert ihr Gesicht (wie Anm. 3).
- 19 Schreiben der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Minister des Innern, vom 12.07.1948, HSH, RdS, 90, Bl. 267.
- 20 „Den Toten zur Ehre. Den Lebenden zur Mahnung. Berichte und Dokumente aus der Halberstädter Widerstandsbewegung im illegalen Kampf gegen den Nazismus, zusammengestellt vom Nachrichtenamt Halberstadt, August 1948“, HSH, RdS, 90, Bl. 246 u. 264.
- 21 Verfügung vom 07.09.1948, HSH, RdS, 90, Bl. 278. Der KZ-Friedhof lag an der Nordseite der Spiegelsberge zwischen der Westerhäuserlandstraße und dem Spiegelsbergweg, „ein KZ-Friedhof mit 80 Gräbern, darunter 10 Gräbern von Deutschen“, HSH, RdS, 90, Bl. 268. Dieser Friedhof unterscheidet sich vom russischen Friedhof unterhalb des Bismarckturmes, ebenso vor den Spiegelsbergen, wo russische KZ-Häftlinge ruhen (Ebenda). Zum Gedenktag der „Opfer des Faschismus“ am 14.09.1947 wurde bereits ein Kranz im Namen des Rates der Stadt Halberstadt auf dem KZ-Friedhof niedergelegt, HSH, RdS, 90, Bl. 241.
- 22 Schreiben der VVN Kreisvereinigung Mansfelder Gebirge vom 03.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 126 f.
- 23 Schreiben des Landesvorstandes Sachsen-Anhalt der VVN an alle Kreisvorstände vom 02.07.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 63-64.
- 24 Rundschreiben Nr. 3 des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der VVN vom 28.07.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 91-94.
- 25 „Bericht von der Arbeitsbesprechung der VVN Sachsen-Anhalt in Halle am 10.8.1949 im VVN-Haus“, HSH, RdS, 90, Bl. 133. Für den 11.09.1949 waren ursprünglich Veranstaltungen lokalen Charakters geplant, vgl. Rundschreiben Nr. 3 des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der VVN vom 28.07.1949 (wie Anm. 25).

- 26 Schreiben des Landesvorstandes der VVN Sachsen-Anhalt an alle Kreisvorstände vom 02.07.1949 (wie Anm. 24). Vgl. ebenso Rundschreiben Nr. 3 des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der VVN vom 28.07.1949 (wie Anm. 25).
- 27 Verfügung vom 22.07.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 54.
- 28 HSH, RdS, 90, Bl. 80. Vgl. Organigramm der Komitees, HSH, RdS, 90, Bl. 60 u. 85.
- 29 Schreiben des Kreisvortandes der VVN in Oschersleben an das Arbeitsgebietskomitee Halberstadt vom 16.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 135.
- 30 Schreiben des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsvorstand Halberstadt, an das Gebietskomitee der VVN in Halberstadt vom 04.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 124. Siehe ebenso, Verfügung vom 05.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 115 und Einladung vom 05.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 110. Für die Organisationsarbeit zur Großkundgebung in Langenstein wurden zum Beispiel im August 1949 im Kreis Oschersleben nach dem Muster von Halberstadt zwei Ausschüsse aus Vertretern verschiedener Organisationen und Behörden gegründet, vgl. Schreiben des Kreisvorstandes der VVN in Oschersleben an das Arbeitsgebietskomitee Halberstadt vom 16.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 135.
- 31 Verfügung vom 05.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 115.
- 32 Schreiben der VVN-Ortsgruppe Cochstedt vom 03.09.1949, LASA, K 13 Quedlinburg, Nr. 229.
- 33 Verfügung vom 05.08.1949 (wie Anm. 32).
- 34 Verfügung vom 04.11.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 45f.
- 35 „Protokoll über die 22. Tagung des Kreistages des Landkreises Wernigerode am 30. Juli 1949“, LASA, K 13 Wernigerode, Nr. 11, Bl. 347.
- 36 Verfügung vom 04.11.1949 (wie Anm. 35).
- 37 Verfügung vom 02.02.1950, HSH, RdS, 90, Bl. 31.
- 38 „Amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Halberstadt“ vom 01.09.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 166.
- 39 Rundschreiben Nr. 4 des Landesvorstands Sachsen-Anhalt der VVN vom 16.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 161.
- 40 Ebenda.
- 41 Schreiben des Deutschen Volkskongresses, Kreisvolksausschuss Wernigerode-Harz an den Herrn Vorsitzenden des Kreistages des Landkreises Wernigerode, LASA, K 13 Wernigerode, Nr. 2, Bl. 57. Der Landesvolksausschuss Halle bat die Kreis- und Gemeindeparlamente solche Grußbotschaften vorzubereiten.
- 42 Protokoll über die Kreistagsvorstandssitzung am 30.08.1949, LASA, K 13 Wernigerode, Nr. 2, Bl. 54 u. 56.
- 43 Ebenda.
- 44 Ebenda.

- 45 Ebenda.
- 46 „Die Opfer von Zwieberge mahnen. Aufruf an die Bevölkerung Halberstadts“, Entwurf, HSH, RdS, 90, Bl. 146.
- 47 Schreiben des Landesvorstandes Sachsen-Anhalt der VVN an alle Kreisvorstände vom 02.07.1949 (wie Anm. 24).
- 48 „Amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Halberstadt“ vom 01.09.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 166.
- 49 Verfügung, An den stellvertretenden Kreisschulrat Herrn Rektor Triebe“, vom 20.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 165.
- 50 Protokoll der „Kommissionssitzung am 26.7.1949“, LASA, K 13 Wernigerode, Nr. 11, Bl. 371.
- 51 „Niederschrift über die vom Landesvorstand der VVN für den 20. Juli 1949 einberufene Sitzung der Vertreter der Kreise (...) für die Vorbereitungen zur Großkundgebung im ehem. KZ-Lager Zwieberge bei Halberstadt am 4. September 1949“, HSH, RdS, 90, Bl. 74 f.
- 52 Unsere Toten sind nicht vergessen, in: Volksstimme, Magdeburg, vom 12.09.1949.
- 53 „Niederschrift über die Arbeitsbesprechung am 30.08. aus Anlaß der Großkundgebung am 11.9.1949 mit den VVN Kreisen und dem Gebietsausschuß“, HSH, RdS, 90, Bl. 172.
- 54 Verfügung vom 19.08.1949, An das Postamt Halberstadt, HSH, RdS, 90, Bl. 148. Geplant war auch die Aufstellung eines öffentlichen Fernsprechers auf dem Kundgebungsplatz.
- 55 „Niederschrift über die Arbeitsbesprechung am 30.08.“ (vgl. Anm. 54).
- 56 Ebenda.
- 57 Ebenda.
- 58 Schreiben des Landesvorstandes Sachsen-Anhalt der VVN an den Kreisvorstand Halberstadt der VVN vom 25.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 183.
- 59 Verfügung vom 07.09.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 178. Für „Beinbeschädigte“ war der Transport mit einem LKW vorgesehen.
- 60 Schreiben des Kreises Halberstadt der VVN an die Stadtverwaltung Halberstadt vom 05.09.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 176.
- 61 Verfügung vom 05.09.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 174.
- 62 Ebenda.
- 63 „Amtliche Bekanntmachungen des Rates der Stadt Halberstadt“ (wie Anm. 39).
- 64 „Bericht von der Arbeitsbesprechung der VVN Sachsen-Anhalt in Halle am 10.8.1949 im VVN-Haus“, (wie Anm. 26).
- 65 „Großkundgebung für den Weltfrieden“, HSH, RdS, 90, Bl. 180.
- 66 Protokoll der „Kommissionssitzung am 26.7.1949“ (wie Anm. 51).

- 67 „Niederschrift über die Arbeitsbesprechung am 30.08.“ (vgl. Anm. 54).
- 68 Rundschreiben Nr. 5 des Landesverbands Sachsen-Anhalt der VVN vom 13.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 136 – 141.
- 69 „Niederschrift über die Arbeitsbesprechung am 30.08.“ (vgl. Anm. 54).
- 70 Rat der Stadt Halberstadt, Schreiben vom 12.08.1949, HSH, RdS, 90, Bl. 175.
- 71 Protokoll der „Kommissionssitzung am 26.7.1949“ (wie Anm. 51).
- 72 Schreiben des VVN Kreisvorstands an das Straßenverkehrsamt und Volkspolizeiamt vom 07.09.1949, LASA, K 13 Quedlinburg, Nr. 229. Zur Zuständigkeit der Straßenverkehrsämter in dieser Angelegenheit, vgl. „Niederschrift über die Arbeitsbesprechung am 30.08.“ (vgl. Anm. 54).
- 73 „Niederschrift über die Arbeitsbesprechung am 30.08.“ (vgl. Anm. 54). Der Kreisverband der gegenseitigen Bauernhilfe Quedlinburg beantragte zum Beispiel Benzin bei der VVN Quedlinburg, vgl. Schreiben vom 03.09.1949, LASA, K 13 Quedlinburg, Nr. 229.
- 74 „Niederschrift über die Arbeitsbesprechung am 30.08.“ (vgl. Anm. 54).
- 75 Hier für die Gemeinde Königsau im Kreis Quedlinburg, Schreiben des VVN Kreisvorstands an das Straßenverkehrsamt vom 07.09.1949, LASA, K 13 Quedlinburg, Nr. 229.
- 76 „Niederschrift über die Arbeitsbesprechung am 30.08.“ (vgl. Anm. 54).
- 77 „Großkundgebung für den Weltfrieden“ (wie Anm. 66).
- 78 Ebenda. Vgl. auch Rundschreiben Nr. 5 des Landesverbands Sachsen-Anhalt der VVN (wie Anm. 69, Bl. 137).
- 79 Ebenda.
- 80 „Niederschrift über die Arbeitsbesprechung am 30.08.“ (vgl. Anm. 54).
- 81 Unsere Toten sind nicht vergessen (wie Anm. 53).

Das ehemalige Strafgefangenenlager „Elberegulierung“ Griebö. Zum aktuellen Forschungsstand

Johanna Keller

In der Forschung zum nationalsozialistischen Lagersystem haben Strafgefangenenlager bisher wenig Beachtung gefunden. Allein über die „Emslandlager“ ist in den 1980er und 1990er Jahren eine Reihe von Publikationen, angefangen mit Erich Kosthorst und Bernd Walter und zum Teil unterstützt durch das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager, erschienen.¹ Zwar handelte es sich bei den Emslandlagern um den größten und prominentesten Komplex von Strafgefangenenlagern, jedoch können von ihnen ausgehend keine für diese Lagerart spezifischen Aussagen abgeleitet werden. Ihre Entstehung und Struktur sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Inhaftierten waren von der Vornutzung als Konzentrationslager und durch die Bewachung mithilfe von SA-Wachmannschaften beeinflusst.² Daher unterschieden sich die Strafgefangenenlager im Emsland stark von den übrigen Strafgefangenenlagern, die ausschließlich durch das Reichsjustizministerium geleitet und von Vollzugsbeamten bewacht wurden. Neben den Emslandlagern (Niedersachsen) gehörten die Lager in Rodgau (Hessen), Griebö (Sachsen-Anhalt), in Gütersloh (Nordrhein-Westfalen) und in Bernau (Bayern) zu den fünf großen Strafgefangenenlagern im nationalsozialistischen Deutschland.³ Während sich Heidi Fogel⁴ mit dem Strafgefangenenlager in Rodgau auseinandersetzt und Jörg van Norden⁵ sowie Karina Isernhinke⁶ zum Strafgefangenenlager „Oberems“ bei Gütersloh forschten und publizierten, liegen zum ehemaligen Lager in Bernau und dem Strafgefangenenlager „Elberegulierung“ Griebö bisher noch keine veröffentlichten Forschungsergebnisse vor.⁷

Der ehemalige Lagerstandort Griebö wird namentlich unter anderem bei Nikolaus Wachsmann⁸ und Martin Weinmann⁹ erwähnt, aber inhaltlich nicht weiter ausgeführt. Die einzige bekannte Publikation, die sich intensiver dem Lageralltag in Griebö widmet, ist das 1979 in Bratislava herausgegebene Buch „Plamienky šťastia. Venované pamiatke Ruženy Jilemnicej“ („Flämmchen des Glücks. Gewidmet der Erinnerung an Ružena Jilemnická“). In ihm sind Briefe in slowakischer Sprache veröffentlicht, die der

slowakische Schriftsteller Peter Jilemnick seiner Ehefrau im Zeitraum von Dezember 1943 bis März 1945 an der Lagerzensur vorbei aus der Haft schrieb.¹⁰

Entstehung des Lagers

Die im Zweiten Vierjahresplan von Oktober 1936 durch Autarkie und Aufrüstung angestrebte Ertüchtigung der deutschen Wirtschaft für den Krieg schloss den Ausbau der Infrastruktur und damit der Binnenschifffahrt auch auf der Elbe ein. Im Sinne dieser neuen Wirtschaftsprogrammatik gab der damalige Reichsjustizminister Franz Gürtner bereits einige Monate zuvor im Mai 1936 den Erlass Nr. III s2 3503 heraus, nach dem in der Nähe des Zuchthauses Coswig (Anhalt) „...der Versuch gemacht werden [sollte], ob es möglich ist, die Niedrigwasserregulierungsarbeiten an der Elbe mit Strafgefangenen durchzuführen.“¹¹ Die hierfür geplanten 400 Gefangenen unterstanden dem Reichsjustizministerium und wurden von Strafvollzugsbeamten bewacht, ihre Arbeitskraft jedoch wurde gänzlich der von der Anhaltischen Wasserbauverwaltung beauftragten Baufirma zur Verfügung gestellt.¹² Da die Kapazität des Zuchthauses für eine so große Anzahl zusätzlicher Strafgefangener nicht ausreichte, wurden diese in einer leerstehenden Fabrik unter dem Namen „Strafgefangenenlager Elbebogen bei Coswig“ am Rand der Stadt Coswig (Anhalt) inhaftiert.¹³ Verschiedene Korrespondenzen belegen, dass das Lager über den gesamten Zeitraum seiner Existenz und zwei Standortwechsel hinweg bis April 1945 der Leitung Ernst Baums unterstand, zu dessen Person bisher keine weiteren Angaben ermittelt werden konnten.

Bereits im Mai 1937 wurde das Lager zur nächsten Arbeitsstelle an der Elbe in das etwa 14 Kilometer entfernte Roßlau verlegt. Da sich Unterbringung und Bewachungssituation in der großräumigen Coswiger Fabrik als ungünstig erwiesen hatten, wurden auf Anweisung des dem Reichsjustizministerium (RJM) unterstehenden „Büro Marx“¹⁴ transportable Holzbaracken aufgestellt und zudem ein ehemaliges Kreuzfahrtschiff zum Gefangenenschiff „Biber“ umgerüstet, das für die Aufnahme zusätzlicher 150 Häftlinge ausgelegt war.¹⁵ Entwürfe für das für eine Belegfähigkeit von 400 Personen konzipierte Strafgefangenenlager „Elberegulierung“ Dessau-Rosslau in der Nähe des Industriehafens an der Biethe befinden sich im Landesarchiv Sachsen-Anhalt am Standort Dessau.¹⁶ Diesbezügliche Korrespondenzen des Reichsjustizministeriums zeigen, dass den Plänen über fünf Mannschaftsbaracken für jeweils rund 80 Häftlinge und zugehörigen Wirtschafts- und Arrestbaracken stattgegeben wurde.¹⁷

Das Gefangenenschiff „Biber“ diente vorrangig dazu, an entlegene Baustellen auf bzw. an der Elbe zu gelangen. Hier wurden Sand und Kies aus dem Flussbett entnommen und Reparaturen an Bühnen und Deckwerk durchgeführt. Die Kabinen des 1924 gebauten vormaligen Kreuzfahrtschiffes „Baldur“, das zuvor im Auftrag des Vereins „Grüne Heimat Berlin“ auf den Berliner Seen, auf Spree, Oder und Elbe unterwegs war und Arbeiterfamilien eine preiswerte Urlaubsfahrt ermöglichte¹⁸, wurden beim Umbau zum Gefangenenschiff „Biber“ durch Mannschaftszellen ersetzt.¹⁹

Im August 1939 erfolgte die Verlegung des Strafgefangenenlagers zur Baustelle des am Elbekilometer 225/227 bei Griebö gelegenen Haldengeländes der Bayerischen Stickstoffwerke Piesteritz. Diese Gegend zeichnete sich durch Elbnähe, Abgeschiedenheit zwischen den Gemeinden Griebö und Apollensdorf sowie einen vorhandenen Gleisanschluss aus.²⁰ Der Vorstand des Lagers Baum forderte im Auftrag von Reichsjustizministerium und Reichsverkehrsministerium die Verpachtung eines bereits umzäunten, 25.000m² großen Teils des Geländes südlich der Halde für die Dauer von vorerst zwei Jahren. Subtil setzte er die Stickstoffwerke unter Druck: Es gäbe in der Umgebung keinen anderen Ort, an dem das Strafgefangenenlager aufgebaut werden könne und es müsse im Fall einer Absage anderswohin verlegt werden, sodass „...für die Grieböer Baustelle freie Arbeiter eingesetzt werden [müssten], die der Industrie entzogen werden.“²¹ Nicht nur die Aussicht, möglicherweise Arbeitskräfte zu verlieren, mag das Unternehmen bewogen haben, einer Verpachtung an das Reichsjustizministerium zuzustimmen, sondern auch die sich frühzeitig abzeichnende Möglichkeit, Strafgefangene aus dem Lager für das eigene Werk einsetzen zu können. Schon im ersten Monat nach der Verlegung nach Griebö im August 1939 waren 30 Strafgefangene für die Bayerischen Stickstoffwerke tätig.²² Für die meisten der rund 550 zu Zuchthausstrafen verurteilten Gefangenen im Barackenlager und auf dem Gefangenenschiff bestand weiterhin Arbeitszwang im Rahmen der Elberegulierung – dies änderte sich erst in den Jahren 1940 und 1941, als immer mehr Häftlinge in kriegswichtigen Betrieben eingesetzt wurden.

Erweiterung des Barackenlagers

Die drei größten kriegswichtigen Betriebe der Region waren die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Actien-Gesellschaft (WASAG) Hauptwerk Reinsdorf, die Bayerischen Stickstoffwerke Piesteritz sowie die Junkers Flugzeug- und Motorenwerke Dessau. Nach Kriegsbeginn nahmen die Unternehmen durch die zunehmenden Einberufungen ihrer

Mitarbeiter zur Wehrmacht bei gleichzeitig geforderter Produktionssteigerung immer stärker die billige Zwangsarbeit der Strafgefangenen in Anspruch. Ab 1941 wurde das Strafgefangenenlager „Elberegulierung“ Griebö daher mit erheblicher Unterstützung dieser drei Betriebe sukzessive ausgebaut, sodass das Lager spätestens ab 1942 für 1.400 bis 1.500 Inhaftierte²³ ausgelegt war.

Das Betriebsarchiv der Bayerischen Stickstoffwerke befindet sich im Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Merseburg und offenbart, inwieweit das Unternehmen in das Strafgefangenenlager – und damit in eine Quelle für billige Arbeitskräfte – investierte. Für den Bau von zwei Mannschaftsbaracken (wahrscheinlich für insgesamt 200 Häftlinge) und einer Abortbaracke zahlte das Unternehmen 95.158 RM an das Reichsjustizministerium. Es verpflichtete sich in einem Vertrag vom Juli 1941 zudem zur Bereitstellung von Betten und Matratzen bzw. Strohsäcken, von Bettwäsche, Handtüchern, Bestecken und Essnapfen, Spinden, Tischen, Stühlen bzw. Schemeln und Öfen sowie auch dazu für die räumliche Unterbringung der zusätzlichen Aufseher zu sorgen. Des Weiteren kam das Werk für die Vergrößerung der Lagerumzäunung, die Versorgung mit elektrischem Licht, einen Fernsprechanschluss, eine Wascheinrichtung mit fließendem Wasser und die Erweiterung der Küche auf.²⁴

Auch die Junkers Flugzeug- und Motorenwerke schlossen 1941 einen Vertrag über den erhöhten Einsatz von Gefangenen in ihrem Betrieb ab. Dieser garantierte die dauerhafte Bereitstellung von 430 Häftlingen. Diesbezüglich wurde die Unterbringung in zwei eigens von den Junkerswerken errichteten und ausgestatteten Baracken (ebenfalls für insgesamt 200 Gefangene) geregelt. Sie sollten gemäß Punkt 2 der Vereinbarung nach Amortisierung des Unternehmens an das Reichsjustizministerium übergeben werden.²⁵

Eine amerikanische Luftbildaufnahme (siehe nebenstehende Abbildung) aus dem Jahr 1944 zeigt unter anderem das Haldengelände und das Strafgefangenenlager „Elberegulierung“ Griebö. Darauf sind Baracken zu sehen, die wie für Barackenlager üblich einen Innenhof bilden. Auf der rechten Seite des Lagers sind allerdings vier weitere, von den Maßen zu den übrigen abweichende, Baracken erkennbar. Es ist anzunehmen, dass es sich hierbei um die nachträglich hinzugefügten Baracken dieser beiden Unternehmen handelte. Ein genauer Blick an den rechten Rand des Fotoausschnittes zeigt auch zwei zwischen den ersten Häusern der Gemeinde Apollensdorf stehende Baracken. Sie bildeten die Frauenabteilung des Lagers. Personal- und Häftlingsakten sowie die Bezeichnung „Frauenabteilung Reinsdorf“²⁶ legen nahe, dass die inhaftierten



Ausschnitt einer Luftbildaufnahme aus dem Jahr 1944. Links das Strafgefangenenlager „Elberegulierung“ unterhalb des Haldengeländes; rechts oberhalb ein „Ostarbeiterlager“; rechts daneben das Bereitschaftslager der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-Actien-Gesellschaft (WASAG); im Bild darunter die zwei Baracken der Frauenabteilung des Strafgefangenenlagers umgeben von Wohnhäusern.

Frauen für die WASAG Reinsdorf tätig waren. Es ist anzunehmen, dass die Baracken ebenfalls für 200 bis 400 Personen ausgelegt waren.

Die Gefangenen des Strafgefangenenlagers „Elberegulierung“ Griebö

Da keine Listen existieren, die Auskunft über Namen und Anzahl der ehemaligen Häftlinge geben würden, und die jeweiligen Häftlingsakten nach der Entlassung oder dem Tod des jeweiligen Gefangenen an das zuständige Gericht – oder in einigen Fällen auch an die vorherige Haftanstalt – zurückgesandt wurden, können nur exemplarisch und unter Vorbehalt Aussagen über Lagerinsassen getroffen werden.

Alein im Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Dessau befindet sich ein größeres Konvolut von Häftlingsakten. Diese stammen von deutschen und tschechischen, ausschließlich männlichen, Insassen, die aufgrund von Lagerunfähigkeit in das Zuchthaus Coswig verlegt worden waren. Unter den deutschen Häftlingen finden sich einige, die auch nach heute geltendem Recht als „Kriminelle“ gelten würden – solche etwa, die wegen Se-

xual- oder Eigentumsdelikten verurteilt wurden. Des Weiteren sind einige Inhaftierte darunter, die u. a. wegen „Schwarzschlachtungen“ gegen die Kriegswirtschaftsverordnung verstoßen hatten und zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Daneben ist eine geringere Anzahl von politischen Häftlingen nachweisbar, die wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt worden war. Unter ihnen ist der Anteil an Tschechen verhältnismäßig hoch.²⁷

Die einzige bisher eingesehene Akte einer weiblichen Insassin wurde von einer Angehörigen zur Verfügung gestellt. Die Originalakte befindet sich im Sächsischen Staatsarchiv in Leipzig. Nach einem außerehelichen Verhältnis zu einem französischen Kriegsgefangenen wurde die darin angeklagte junge Mutter „wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen“ nach § 4 der Wehrkraftschutzverordnung vom 25. November 1939 zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren verurteilt.

Neben den bisher eingesehenen Akten deutscher und tschechischer Häftlinge finden sich – etwa durch die Anfragen von Angehörigen ehemaliger Häftlinge – Hinweise auf polnische, niederländische, belgische, französische und österreichische Gefangene.

Der Lageralltag

In einem in „Flämmchen des Glücks“ veröffentlichten Brief vom Dezember 1943 schrieb Peter Jilemnick seiner Frau, er werde täglich zwischen vier Uhr und halb fünf geweckt und müsse schnell aufstehen. Danach gäbe es Frühstück und um fünf Uhr erfolge der morgendliche Appell, bei dem Meldung gemacht werden müsse. Anschließend werde er in einen Transporter gedrängt und zu seiner rund 30 Kilometer entfernten Arbeitsstelle, einem Flugplatz der Firma Junkers unweit von Dessau, gebracht. Dort müsse er Eisenbahnwagons mit Schotter befüllen. Die Arbeit sei ermüdend und die Verpflegung schlecht. Zum Mittag gäbe es eine dünne Suppe und das Abendessen bestünde aus zwölf bis vierzehn Kartoffeln.²⁸ Im September 1944 teilte er in einem seiner Briefe mit, er und seine Kameraden müssten täglich zwölf Stunden arbeiten und sich langen Anreisen in Bussen unterziehen, wobei es oft zu Pannen käme. Häufig schliefen sie nur vier Stunden.²⁹

Regelmäßig wurden zudem „...[stramme] Marsch-, Ordnungs- und Freiübungen...“³⁰ vorgenommen, die die Disziplin im Lager wahren sollten. „Dabei [wurden] lasche, widerspenstige und schlappe Gefangene in einer Strafabteilung zusammengezogen und dann strenger und länger als die übrigen Gefangenen bewegt [...]“³¹

Die harte Arbeit im Freien oder mit Chemikalien, mangelhafte Ernährung und körperliche Züchtigungen führten dazu, dass einige Häftlinge erkrankten und damit lagerunfähig wurden. Sie wurden zum Teil dem Zuchthaus Coswig überstellt, wie der Fall von Heinrich Sch. nahe legt. Gezeichnet durch die Untersuchungshaft und mit einem Gewicht von 52 kg bei einer Größe von 1,68 m wurde dieser im Mai 1942 ins Strafgefangenenlager nach Griebow gebracht. Nach rund vier Monaten Lagerleben und einer Durchfallerkrankung wog Sch. nur noch 44 kg, woraufhin er am 9. September 1942 nach Coswig überführt wurde. Wie aus seiner Akte im Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Dessau hervor geht, erlag er zwei Wochen später im Alter von 34 Jahren einem Nervenleiden, einer Lungenentzündung und allgemeiner Körperschwäche.³²

Die Arbeitsverhältnisse der Häftlinge in den Betrieben sollen hier am Beispiel der Bayerischen Stickstoffwerke Piesteritz skizziert werden. In der Regel erfolgte der Transport zur Arbeitsstelle über die Werksbahn vom betriebseigenen Gleisanschluss aus. In den Stickstoffwerken angekommen wurden die Strafgefangenen den jeweiligen Arbeitskommandos zugeteilt. Neben der Bewachung durch die Justizvollzugsbeamten und den Werksschutz sollte sich „jeder Gefolgsmann“, d.h. jeder reguläre Werksangehörige, auf Anweisung von Lagerleiter Baum mitverantwortlich für die Aufsicht über die Gefangenen fühlen.³³ Um gegen persönliche Kontakte zu Häftlingen vorzugehen, wurden Disziplinarmaßnahmen für die Belegschaft getroffen. Anfang 1943 etwa wurden vier Straftaten, begangen von deutschen Arbeitern beim Umgang mit Strafgefangenen, im Rahmen von Appellen bekannt gegeben.³⁴ Die „Gefolgschaftsmitglieder“ hätten Pakete mit Nahrung oder Geldsendungen an Strafgefangene weitergegeben, die sie von deren Angehörigen erhalten hatten oder hätten Gespräche mit ihnen vermittelt. In einem Fall sei dadurch sogar eine Flucht möglich gewesen. Die Arbeiter wurden dafür gerichtlich belangt. Bei den Urteilen habe es sich um Geld- und Haftstrafen bis zu 28 RM bzw. drei Wochen Haft gehandelt.³⁵ Solche abschreckenden Maßnahmen isolierten die Häftlinge am Arbeitsplatz. In den Bayerischen Stickstoffwerken folgte der Gefangeneneneinsatz dem dortigen Schichtsystem. Die Häftlinge waren in drei zwölf-Stunden-Schichten eingesetzt: von 6 bis 18 Uhr, von 18 bis 6 Uhr und noch einmal von 6 bis 18 Uhr.³⁶ So begann die Arbeit für den Strafgefangenen wie auch für den freien Arbeiter um 6 Uhr – wobei der Strafgefangene zuvor bereits langwierige Zählappelle im Lager absolviert hatte.

Darüber hinaus geht aus einer Auflistung vom Juni 1943 hervor, dass die meisten der zu diesem Zeitpunkt im Werk eingesetzten 362 Strafgefangenen in den besonders ge-

sundheitsgefährdenden Arbeitsbereichen, dem Absacken und Verladen von Chemikalien oder im Ofeneinsatz, beschäftigt waren.³⁷ Die Arbeit mit Chemikalien – bei ohnehin unzureichenden hygienischen Bedingungen im Lager – hatte gesundheitliche Folgen für viele Häftlinge. Durch unmittelbaren Kontakt zu Kalkstickstoff- und Rußerzeugnissen bestand ein erhöhtes Risiko für Hauterkrankungen wie Ekzeme.³⁸

Zugleich verschaffte die Tätigkeit bei den Stickstoffwerken aber auch Zugang zu einer besseren medizinischen Versorgung, die Strafgefangenen an anderen Einsatzorten verwehrt blieb. Der gut ausgebildete Werksarzt, der für die gesamte Belegschaft der Stickstoffwerke zuständig war, bot eine fachkundigere medizinische Versorgung als das Lazarett im Strafgefangenenlager. Jedoch war der Zugang zur ärztlichen Versorgung von der Willkür der Vorarbeiter abhängig, denen die Strafgefangenen unterstanden. Während ein Häftling aufgrund einer schweren Erkrankung mithilfe eines Kraftfahrzeugs aus dem werkseigenen Fuhrwerk in das Paul-Gerhard-Stift in Wittenberg gefahren wurde,³⁹ wurde ein anderer nach einem Arbeitsunfall von seinem Vorarbeiter nicht zum Werksarzt vorgelassen, sodass ihm in der Folge ein Finger amputiert werden musste.⁴⁰

Daneben stellte der Arbeitsplatz bei den Bayerischen Stickstoffwerken eine Quelle für von den Häftlingen dringend benötigten Materialien dar. So versuchten einige Gefangene Kohle zum Beheizen ihrer Baracken zu stehlen⁴¹ und im Juni 1942 entwendete ein Häftling eine Lederschürze, um sich Schuhe daraus zu fertigen.⁴² Wieder Andere zerschnitten im selben Jahr einen Triebriemen, um Teile des Leders bei freien Arbeitern gegen Tabak und Nahrung zu tauschen.⁴³

Eine Reihe von Fragen bleibt auch nach intensiver Untersuchung des Betriebsarchivs offen, z. B. die Auszahlung von Löhnen an Strafgefangene. Unklar ist, ob es sich bei den vertraglich vereinbarten Tageslöhnen von 4,00 RM bzw. 4,50 RM, die an das Reichsjustizministerium zu zahlen waren, um reale Löhne handelte, die den ehemaligen Inhaftierten bei der Entlassung in vollem Umfang ausgezahlt wurden, oder ob Abzüge erfolgten.

Mahnmal und Erinnerungsarbeit

An das Strafgefangenenlager „Elberegulierung“ Griebö und die umliegenden Barackenkomplexe, etwa ein „Ostarbeiterlager“, das sich nordöstlich des Strafgefangenenlagers (siehe Abbildung) befand, erinnert noch heute der sogenannte Ausländerfriedhof in

Apollensdorf-Nord. Im April 1943 war der kommunale Friedhof der Gemeinde Apollensdorf⁴⁴ unter anderem aufgrund der vielen Toten aus den Lagern, deren Insassenzahlen die Zahl der Einwohner bei weitem übertraf, so sehr überlastet, dass der Ortschaftsrat beschloss, einen Friedhof für Ausländer anlegen zu lassen.⁴⁵ Zu den über 400 hier beigesetzten Personen sollen rund 150 Strafgefangene zählen.⁴⁶ Der dortige Ehrenhain ist heute als Kriegsgräberstätte ausgewiesen.

Obwohl mehrere Augenzeugen über Begräbnisse von Strafgefangenen auf dem Kirchfriedhof der Gemeinde Apollensdorf berichten, sind diese anhand der Kirchenbücher nicht belegbar. Auch die Tatsache, dass sterbende Gefangene zum Teil in andere Haftanstalten wie das Zuchthaus Coswig verlegt wurden und dort verstarben oder dass Verstorbene von ihren Angehörigen in die Heimat überführt worden, erschwerte die Suche nach ihrem Verbleib.

Das ehemalige Lagergelände ist heute mit einer Halde überformt. Allein ein im Mai 2015 eröffnetes Mahnmal unterhalb des Haldengeländes am Europäischen Elbe-Radwanderweg erinnert an dieser Stelle an das Strafgefangenenlager „Elberegulierung“ Griebow.

Die bisherigen Forschungsergebnisse stützen sich vor allem auf die erhaltenen Betriebsarchive, interne Korrespondenzen der Justizverwaltung oder der Gemeindeverwaltung sowie eine geringe Anzahl von Häftlingsakten. Sie legen insbesondere die Beziehung zwischen dem Reichsjustizministerium und den ansässigen Unternehmen offen. Den Lageralltag sowie die Begräbnissituation betreffend bestehen erhebliche Forschungslücken, die in regelmäßigen Anfragen von Angehörigen ehemaliger Strafgefangener ihren Ausdruck finden.

Anmerkungen

- 1 Kosthorst, Erich / Walter, Bernd: Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Emsland 1933–1945. Zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz, Düsseldorf 1985; Suhr, Elke: Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung des emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933–1945, Bremen 1985; Heeren, Heinrich: Der Postverkehr mit den emsländischen Konzentrations-, Strafgefangenen- und Kriegsgefangenenlagern 1933–1945 (Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (Papenburg) kleine Reihe, Heft 1), Papenburg 1997.

- 2 Vgl. Kosthorst, Erich / Walter, Bernd: Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Emsland (wie Anm.1), S. 317 f.
- 3 Vgl. Norden, Jörg van: Das Strafgefangenenlager Oberems bei Gütersloh, in: Historischer Verein für die Grafschaft Ravensburg e.V. (Hrsg.): 96. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensburg (Jg. 2011), Bielefeld 2011, S. 99.
- 4 Fogel, Heide: Das Lager Rollwald. Strafvollzug und Zwangsarbeit 1938 bis 1945, hrsg. von Förderverein für die historische Aufarbeitung der Geschichte des Lagers Rollwald e.V., Rodgau 2004.
- 5 Norden, Jörg van: Das Strafgefangenenlager Oberems (wie Anm. 4).
- 6 Isernhinke, Karina: Das Strafgefangenenlager Oberems. Das nationalsozialistische Lagersystem im Gebiet des heutigen Kreises Gütersloh (Veröffentlichungen aus dem Kreisarchiv Gütersloh, Bd. 13), Bielefeld 2015.
- 7 Vgl. Norden, Jörg van: Das Strafgefangenenlager Oberems (wie Anm. 4), S. 128 f.
- 8 Wachsmann, Nikolaus: Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006.
- 9 Weinmann, Martin (Hrsg.): Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt a.M. 1990.
- 10 Pavelek, Juraj (Hrsg.): Plamienky štastia. Venované pamiatke Ruženy Jilemnickej, Bratislava 1979.
- 11 Bundesarchiv (im folgenden: BArch), R2/27611, Bl. 12.
- 12 Vgl. ebenda.
- 13 Vgl. ebenda, Bl. 13.
- 14 Rudolf Marx war von 1935 bis 1943 im Reichsjustizministerium für den Strafvollzug zuständig und direkter Untergebener von Wilhelm Cohn, dem Chef der Abteilung III (Strafrecht und Strafvollzug). Vgl. Wachsmann, Nikolaus: Gefangen unter Hitler (wie Anm. 8), S. 66 ff.
- 15 Vgl. BArch, R 3001/10008, u. a. Bl. 27, zitiert nach Ahrberg, Edda / Fuhrmann, Alexander / Preiß, Jutta: Das Zuchthaus Coswig (Anhalt) (Schriftenreihe des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 61), Magdeburg 2007, S. 37.
- 16 Vgl. Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Dessau (im folgenden: LASA DE), Z 261, Nr. 1 und Nr. 2.
- 17 Vgl. BArch, R2/27611, Bl. 29.
- 18 Jüngel, Karl: Mit den ersten „Kreuzfahrtschiffen“ auf der Elbe. Bequemer und gefahrloser als mit der Postkutsche, in: Magdeburger Lokalanzeiger vom 18.12.2013, S. 11.
- 19 Vgl. BArch, R2/27611, Bl. 3 ff.
- 20 Vgl. Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg (im folgenden: LASA MER), I 526, Nr. 81, Bl. 266.
- 21 Ebenda, Bl. 229.
- 22 Vgl. ebenda.
- 23 Vgl. LASA DE, Z 259, Nr. 97.
- 24 Vgl. LASA MER, I 526, Nr. 81, Bl. 73 ff.

- 25 Vgl. BArch, DO/1, Nr. 32647, Blatt 74.
- 26 Vgl. Kreisarchiv Wittenberg, Ap 33, unpag.
- 27 Vgl. LASA DE, Z 259.
- 28 Vgl. Pavelek, Juraj (Hrsg.): Plamienky šťastia. Venované pamiatke Ruženy Jilemnickej, Bratislava 1979; S. 111 ff.
- 29 Vgl. ebenda.
- 30 BArch, R2, Nr. 27611, Bl. 18.
- 31 Ebenda, Bl. 18 f.
- 32 Vgl. LASA DE, Z 259, Nr. 2339.
- 33 Vgl. LASA MER, I 526, Nr. 81, Bl. 42.
- 34 Vgl. ebenda, unpag.
- 35 Vgl. ebenda, unpag.
- 36 Vgl. ebenda, Nr. 29, Bl. 24.
- 37 Vgl. ebenda, Nr. 81, Bl. 25.
- 38 Vgl. ebenda, Nr. 216, unpag.
- 39 Vgl. LASA DE, Z 259, Nr. 276.
- 40 Vgl. ebenda, Nr. 1860.
- 41 Vgl. LASA MER, I 526, Nr. 81, unpag.
- 42 Vgl. ebenda, Bl. 60.
- 43 Vgl. ebenda, Bl. 58.
- 44 Das Gelände, auf dem sich das Lager befand, wurde im Jahr 1941 verwaltungsmäßig von der Gemeinde Griebö an die Gemeinde Apollensdorf übertragen. Die Bezeichnung „Strafgefangenenlager ‚Elberegulierung‘ Griebö“ wurde jedoch weiterhin bis zur Liquidierung des Lagers im April 1945 gebraucht. Vgl. Kreisarchiv Wittenberg, Ap 33, unpag.
- 45 Vgl. ebenda, Ap 2, unpag.
- 46 Vgl. Städtische Sammlungen der Lutherstadt Wittenberg/Ratsarchiv, LN 6067.

100 Jahre Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Jan Scherschmidt

Der vor 100 Jahren gegründete Verein „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.“ ist heute ein anerkannter Träger der Erinnerungs- und Gedenkkultur, Akteur in der internationalen Jugendbildungsarbeit und Initiator verschiedener Projekte zur historisch-politischen Bildung sowie der Friedenserziehung. Er pflegt und erhält 832 Kriegsgräberstätten in 46 Staaten mit etwa 2,8 Millionen Kriegstoten im Ausland. Insbesondere die Etablierung der Kriegsgräberstätten als Lernorte und der Geschichtsvermittlung ausgehend vom Kriegsgrab ist ein Ansatz des Volksbundes, der ihn von anderen Bildungsträgern abhebt. Bis dahin war es ein langer und steiniger Weg: von der Gründung nach dem Ersten Weltkrieg, der Aufbauphase in der Weimarer Republik, der Verstrickung mit dem NS-Staat, dem Grauen des Zweiten Weltkrieges, der Wiederaufnahme der Arbeit ab 1946 im Westen Deutschlands und in Westeuropa und später nach 1989 in Osteuropa, bis hin zum Leitbild des Volksbundes vom 23. September 2016, in dem die drei Arbeitsschwerpunkte der Kriegsgräberfürsorge in Gegenwart und Zukunft beschrieben sind.

„Kriegsgräberfürsorge umfasst die Sorge um die Gräber aller Toten von Krieg und Gewaltherrschaft, Soldaten wie Zivilisten, das öffentliche Erinnern, Gedenken und Mahnen für den Frieden sowie die auf Friedensfähigkeit und Verständigungsbereitschaft zielende Jugend-, Schul- und Bildungsarbeit. Sie geschieht auf der Grundlage des humanitären Völkerrechts und aus der Perspektive der im Grundgesetz und der Europäischen Grundrechtecharta verankerten Werte. Kriegsgräberfürsorge steht immer in internationalem Kontext.“¹

In der ebenfalls am 23. September 2016 durch den Bundesvertretertag des Volksbundes verfassten sogenannten Göttinger Erklärung heißt es zudem: „Die Gräber der Kriegstoten sind Orte individueller Trauer. Dort gedenken Menschen ihrer verstorbenen Angehörigen. Aber die Gräber dienen auch der kollektiven Erinnerung, sie sind Ausdruck der Gedenkkultur unseres Landes. Sie können wegen des Charakters des Zweiten Weltkrieges niemals Ort nationalistischer Heldenverehrung sein.“



Internationale Jugendbegegnung auf der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen, 2018.

Die Arbeit des Volksbundes an den Soldatengräbern ergänzt die von zahlreichen anderen Organisationen und Institutionen getragene Arbeit an den Gedenkstätten und Opferorten. Sie nimmt dabei die komplexe Erinnerung mit in den Blick, die sich aus der Tatsache ergibt, dass Soldaten im Einsatz Opfer, Täter oder beides zugleich gewesen sein können. Die Kriegsgräberstätten und Gedenkstätten sind für uns Deutsche nach dem von Deutschland mitverantworteten Ersten Weltkrieg und dem durch das nationalsozialistische Deutschland verschuldeten Angriffs- und im Osten als Vernichtungskrieg geführten Zweiten Weltkrieg Orte erhöhter gedenk- und erinnerungspolitischer Verpflichtung und Aufklärung. Der Volksbund wendet sich in Übereinstimmung mit der Auffassung des Deutschen Bundestages gegen pauschale Schuldzuweisungen. Er orientiert sich in seinen Präsentationen und seiner Bildungsarbeit an der historischen Forschung und wirkt daran mit, Schuld und Verantwortung in ihren historischen und politischen Zusammenhängen herauszuarbeiten. Die Tätigkeit des Volksbundes konzentriert sich nicht auf die Vergangenheit. Sie ist darauf ausgerichtet, ein Lernen für die Zukunft zu ermöglichen und zu fördern.“²

Von der Gründung bis zum Fall der Mauer

Es war das Trauma des Ersten Weltkrieges, welches vor 100 Jahren zur Gründung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. führte. Im Angesicht des bis dahin unvorstellbaren Ausmaßes an Zerstörung und Leid sollte eine Organisation ins Leben gerufen werden, die sich um die „fern der Heimat“ liegenden Gräber der mehr als zwei Millionen Gefallenen kümmert und deren Angehörige unterstützt.

Der Anstoß wurde von ehemaligen Gräberoffizieren der Reichswehr gegeben, die sich während des Ersten Weltkrieges um die Bestattung der toten Gefallenen kümmerten. Die staatliche Kriegsgräberfürsorge in Form des Zentralen Nachweisamtes für Kriegsverluste und Kriegsgräber war in der noch jungen Weimarer Republik nicht in der Lage, sich der immensen Aufgabe zu stellen, die Millionen von Kriegstoten zu bergen, zu identifizieren, zu bestatten und die Angehörigen zu betreuen. So unterstützte die staatliche Stelle die Idee zur Gründung einer privaten Organisation als Ergänzung bei der Umsetzung der Aufgaben.

Den Gründungsauftrag aus dem Jahr 1919 unterschrieben 92 Persönlichkeiten aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Kunst, Geistlichkeit und Militär und bekundeten in einer pazifistischen Grundhaltung „gemeinsame Totenehrung jenseits allen Völkerhasses“.

Überall im damaligen Reichsgebiet gründeten sich Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände, um dem in der breiten Bevölkerung angelegten Wunsch nachzukommen, an die Toten zu erinnern sowie die im Ausland gefallenen Soldaten zu bergen und Friedhöfe anzulegen. Viele Kriegstote konnten jedoch nicht gefunden beziehungsweise identifiziert werden, so dass sie kein eigenes Grab erhielten. Auch deshalb errichteten die Heimatgemeinden ihnen ein Denkmal. In vielen Kirchen wurden Gedenktafeln mit den Namen der Gefallenen angebracht.

Auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts gründeten sich in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zunächst mehrere Orts- und Kreisverbände des Volksbundes, wie zum Beispiel in Magdeburg, Aschersleben, Merseburg, Weißenfels und Wittenberg. 1925 gründete sich der Landesverband Anhalt, mit Sitz in Dessau. 1928 schlossen sich die Orts- und Kreisverbände der preußischen Provinz Sachsen mit den damaligen Bezirken Magdeburg und Merseburg zu einem Provinzialverband Sachsen zusammen, dessen



Denkmal des Krieges im Dom zu Magdeburg (Magdeburger Ehrenmal) von Ernst Barlach.

Sitz in Magdeburg angesiedelt wurde. Den Verbänden standen vornehmlich ehemalige Militärs, Lehrer, Geistliche oder Lokalpolitiker vor.

Der Umgang mit den Soldatengräbern in der Zeit der Weimarer Republik ist einerseits geprägt von der Trauer und dem Schmerz der Angehörigen, aber auch politischen Perspektiven. Das Spektrum der politischen Lager reichte von der pazifistischen Haltung: „Nie wieder Krieg!“ bis hin zur nationalistisch-konservativen Forderung, die „Schmach von Versailles“ zu tilgen und „das Werk der getöteten Helden“ zu vollenden. Nationalistische Töne traten innerhalb des Volksbundes Mitte der zwanziger Jahre zunehmend in den Vordergrund.

Es ist zu vermuten, dass die Führungsfiguren des Provinzialverbandes Sachsen der nationalistisch-konservativen Klientel angehörten. Am Volkstrauertag und auf Mitgliederversammlungen des Volksbundes in Magdeburg sprach Ende der zwanziger Jahre mehrfach Domprediger Ernst Martin, der dem nationalistisch-revanchistischen „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ nahestand. Ernst Martin propagierte dabei den „Opfertod“ und das „Heldentum“ für die toten Soldaten. Er war scharfer Kritiker des berühmten Ehrenmals für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges von Ernst Barlach im Magdeburger Dom und letztlich auch beteiligt an dessen Entfernung 1931.³ Ab 1933 wurde im gesamten Volksbund das sogenannte „Führerprinzip“ eingeführt. Die demokratisch gewählten Vereinsstrukturen wurden abgeschafft und die Führungspositionen in den nun zu Gauen gegliederten Verbänden vom Bundesführer in Berlin bestimmt. Der Bereich der preußischen Provinz Sachsen wurde mit Teilen Thüringens zum Gau Mitteldeutschland. Der bisherige Landesverband Anhalt gehörte von da an zum Gau Niedersachsen-Süd. Aus dem 1922 eingeführten Volkstrauertag wurde 1934 der „Heldengedenktag“, der nicht mehr als Tag der Trauer und Ausdruck des Schmerzes der Hinterbliebenen dienen sollte, sondern der Verherrlichung des „heldenhaften Kampfes für ein neues Deutschland“. Anders als viele andere Vereine entging der Volksbund der Vereinnahmung durch die NSDAP und behielt formell seine Eigenständigkeit. Ihm war es sogar weiterhin gestattet Sammlungen durchzuführen. In den folgenden Jahren stieg die Zahl der Neugründungen von Orts- und Kreisverbänden stark an. Häufig übernahmen die Landräte den jeweiligen Kreisvorsitz.

Nach 1945 wurde der Volksbund in der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR verboten. Im Gegensatz zu den westlichen Besatzungszonen, wo der Volksbund 1946 seine Tätigkeiten wieder aufnehmen konnte. In der DDR waren Nachforschun-

gen beim Volksbund von Angehörigen über den Verbleib der Toten nur über die Kirchen möglich. Die Friedhofsanlagen der in den Weltkriegen gefallenen deutschen Soldaten verwahrlosten größtenteils. In der Ideologie der DDR wurden die Kriegstoten hierarchisiert, wobei im Vordergrund die „Opfer und Kämpfer gegen den Faschismus“ standen.

Im Rahmen der Gründung des Volksbund-Landesverbandes in Sachsen-Anhalt 1991 versammelte man sich ganz bewusst am Barlach-Denkmal im Magdeburger Dom, welches 1955 dort wieder aufgestellt wurde und auch Ausgangspunkt der friedlichen Proteste in der Wendezeit 1989 in Magdeburg war. Sich dort zu versammeln war also sowohl ein Zeichen der Abkehr von früheren nationalistisch-konservativen Denkmustern der Weimarer Republik, die zu dieser Zeit auch im Volksbund weit verbreitet waren. Es war aber auch ein Zeichen dafür, dass im Gedenken an die Kriegstoten der beiden Weltkriege ein „Heldengedenken“, wie in der Zeit des Nationalsozialismus keinen Platz mehr hat und die Auseinandersetzung mit der Geschichte eine ganz wichtige Rolle im Umgang mit den Kriegstoten spielt.

Bildungsarbeit des Volksbundes in Sachsen-Anhalt

Der Landesverband Sachsen-Anhalt wurde 1991 gegründet. Erster Vorsitzender war der damalige Sozialminister Werner Schreiber, ihm folgte 1994 Oberkonsistorialrat i.R. und ehemaliger Magdeburger Stadtratspräsident Konrad Mieth. Die Aufbauarbeit Anfang der 1990er Jahre wurde insbesondere durch den Landesverband Niedersachsen unterstützt, eine Geschäftsstelle in Magdeburg wurde eingerichtet und erste Mitarbeiter eingestellt. In vielen Landkreisen bildeten sich ehrenamtliche Kreisverbände, erste Workcamps in Magdeburg und Frankreich wurden durchgeführt sowie der Kontakt zu Schulen gesucht. Von nun an fanden regelmäßig internationale Workcamps in Magdeburg und Fortbildungsfahrten für Lehrerinnen und Lehrer statt. Davon profitiert der Landesverband noch heute. Viele Schulen besuchen mit Gruppen die Begegnungsstätten des Volksbundes im Ausland. An einigen Schulen sind diese jährlichen Fahrten zur festen Tradition geworden.

Seit 2003 steht Landtagspräsident a.D. Dieter Steinecke an der Spitze des Landesvorstandes. Für ihn ist die Begegnung und Verständigung zwischen Jugendlichen verschiedener Nationen ein Herzensanliegen. Der Landesverband geht 2002 partnerschaftliche Beziehungen zu den Kriegsgräberstätten in Dagneux (Frankreich) und Daugavpils



Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer auf der Kriegsgräberstätte Lommel (Belgien).

(Lettland) ein, wo Jugendbegegnungen stattfinden. Die Landeshauptstadt Magdeburg tritt 2008 dem Riga-Komitee bei, in Erinnerung an die Deportation und Ermordung deutscher Juden in Riga (Lettland) in den Jahren 1941/1942. Im Jahr 2012 wird in Magdeburg das erste Symposium des Riga-Komitees mit Vertretern der inzwischen über 50 Mitgliedsstädte durchgeführt, wo man sich über Projekte und den Forschungsstand austauscht.

Die Bildungsarbeit ist heute einer der Schwerpunkte der Arbeit des Landesverbandes, der in verschiedenen Netzwerken und Dachverbänden im Bereich der außerschulischen und schulischen Jugendarbeit sowie in der Erwachsenenbildung vertreten ist. Eine intensive Zusammenarbeit besteht dabei mit den Ministerien, der Landeszentrale für politische Bildung, der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und vielen weiteren Vereinen und Institutionen.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Arbeit im Bereich des Gedenkens und Erinnerns an die Kriegstoten dar. Hierzu zählt zum einen die beratende Funktion für Kommunen und Behörden, immer dann, wenn eine der über 900 Kriegsgräberanlagen mit ca. 70.000 Kriegstoten in Sachsen-Anhalt instandgesetzt werden muss oder wenn



Jugendliche der deutsch-französischen Jugendbegegnung in Dagneux (Frankreich) bei einer Zeremonie im Gedenken an die Kriegstoten beider Nationen (2009).

noch vermisste Kriegstote der Weltkriege gefunden werden. Im Jahr 2014, anlässlich des Beginns des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, brachte das Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt, mit Unterstützung des Volksbundes und der Landeszentrale für politische Bildung, eine Übersicht der im Bundesland befindlichen Kriegsgräberstätten des Ersten Weltkrieges heraus.

Der Volkstrauertag, der Gedenktag an die Opfer von Krieg- und Gewaltherrschaft, wird seit vielen Jahren im Plenarsaal des Landtages durchgeführt. Die jeweiligen Präsidentinnen und Präsidenten des Landtages übernehmen zudem die Schirmherrschaft über den Landesverband Sachsen-Anhalt. An vielen Orten finden Zeremonien und Kranzniederlegungen an den offiziellen Gedenktagen auf Landes- und Regionalebene statt.

Starke Partner im Bundesland sind die Bundeswehr und der Reservistenverband, sie unterstützen den Volksbund nicht nur bei der jährlichen Haus- und Straßensammlung, sondern auch durch Arbeitseinsätze auf Kriegsgräberstätten im In- und Ausland und bei der Durchführung der Workcamps. Mit Unterstützung von Bundeswehrorchestern und vor allem dem Landespolizei-Orchester Sachsen-Anhalt werden jährlich mehrere Benefizkonzerte durchgeführt, um Spenden für die Arbeit des Volksbundes zu erhalten.

Mit der Stiftung Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt bestehen enge Berührungspunkte mit dem Volksbund. Auf einigen der Gedenkstätten der Stiftung befinden sich Kriegsgräber. So besucht seit vielen Jahren das internationale Workcamp des Volksbundes in Magdeburg die Gedenkstätte Feldscheune Isenschneibbe Gardelegen, um vor Ort Geschichte vermittelt zu bekommen und an den Gräbern der Toten des Massakers Pflegearbeiten durchzuführen. Mit der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge wurde zum Beispiel im Jahr 2013 ein deutsch-französisches Fahrrad-Camp veranstaltet, bei dem die Jugendlichen entlang der Route des Todesmarsches der Häftlinge fuhren und an verschiedenen Stationen mit Zeitzeugen sprachen. Im Rahmen der Bildungsarbeit an Schulen und in außerschulischen Projekten bezieht der Volksbund die Gedenkstätten ebenfalls mit ein und folgt dem gemeinsamen Ansatz, Geschichte an Orten des Gedenkens und der Erinnerung zu vermitteln.

Die Jugend- und Bildungsarbeit des Landesverbandes richtet den Blick zudem ganz bewusst in die Zukunft und stellt die Frage: Was bedeutet Frieden für den Einzelnen und was muss man dafür tun? Derzeit beteiligen sich über 2.000 Menschen am partizipativen Kunst- und Bildungsprojekt Peace Monument „Floris Pax“, wobei ein Mahnmal für den Frieden entsteht, welches im Jahr 2021 in Magdeburg errichtet werden soll.

Der Ansatzpunkt, von dem aus der Volksbund Jugend- und Bildungsarbeit betreibt, ist, dass Gedenken auch Wissen verlangt. Daraus folgt ein Bildungsauftrag, der vor dem Hintergrund, dass sich das historische Wissen junger Menschen in Deutschland zunehmend verringert, umso wichtiger erscheint. Gedenken lässt sich nicht verordnen, es erreicht Menschen oder es erreicht diese nicht. Daher ist es umso wichtiger, gerade mit Jugendlichen an Gedenk- und Erinnerungsorte zu gehen und sich hierfür Zeit zu nehmen.

Gedenken braucht Räume, sowohl in zeitlicher als auch lokaler Hinsicht. Die Jugendbegegnungen des Volksbundes führen Jugendliche aus ganz Europa zusammen, um sie „über den Gräbern“ ins Gespräch über die Geschichte, die Gegenwart und die Zukunft, über Krieg und Frieden, über Trennendes und Verbindendes zu bringen. Wobei Wert auf eine eigenständige und kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Weltkriege und der Geschichte des Nationalsozialismus gelegt wird.⁴

Anmerkungen

- 1 Auszug aus dem Leitbild des Volksbundes vom 23.09.2016, online unter: <https://www.volksbund.de/volksbund/leitbild/leitbild-des-volksbundes.html> [Stand vom 5.9.2019].
- 2 Auszug aus der Göttinger Erklärung des Bundesvertretertages des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., 23.09.2016, online unter: <https://www.volksbund.de/mediathek/mediathek-detail/goettinger-erklaerung.html> [Stand vom 5.9.2019].
- 3 Vgl. dazu Hattenhorst, Maik: Magdeburg 1933 – Eine Stadt wird braun, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2010, S. 64.
- 4 Vgl. dazu Beitrag von Rey, Thomas / Köhler, Nils: Historisch-politische Bildung als Beitrag zur Sicherung und Bewahrung des Gedenkens am Beispiel der Arbeit der Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm. Aus der Reihe VolksbundForum, Gemeinsam erinnern, Beiträge aus dem Workshop „Gedenkkultur und Zukunftsperspektiven im Bereich der universitären Ausbildung“ in Wolgograd, 25. Juni 2009, hrsg. vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Kassel 2010, S. 11 ff.

„Auf dem rechten Auge blind“: Der Film „Affaire Blum“ – ein Spiegel politischer Justiz in der Weimarer Republik

Stephan Meder

Ort der Handlung ist Magdeburg: Im Jahre 1925 gerät der jüdische Unternehmer Dr. Jacob Blum ins Visier einer Justiz, die sich mit aller Kraft gegen die Erkenntnis stemmt, dass ein Ganove namens Gabler sie hinters Licht zu führen sucht. Blum wird des Mordes an seinem Buchhalter Platzer bezichtigt und aus diesem Grund nahezu zwei Monate in Untersuchungshaft festgehalten. Die Ermittlungsbehörden möchten unbedingt einen jüdischen Täter präsentieren, der dazu noch Republikaner ist.¹ Weder das erdrückende Belastungsmaterial noch die eindeutigen Spuren, die allesamt zu Gabler führen, vermögen Kriminalkommissar Schwerdtfeger, Untersuchungsrichter Konrad und seinen Vorgesetzten, Landgerichtsdirektor Hecht, umzustimmen. Beklemmend wird geschildert, wie eine voreingenommene Justiz dem wirklichen Täter goldene Brücken baut, um den verhassten Juden ans Messer liefern zu können. Dies geschieht mit Unterstützung der rechtskonservativen Presse, die mit einseitiger Vorverurteilung und antisemitischer Polemik die Stimmung in der Bevölkerung anheizt. Nur durch das beherzte Eingreifen des republiktreuen Regierungspräsidenten Wilschinsky, des Magdeburger Rechtsanwalts Dr. Wormser und des findigen Berliner Kriminalkommissars Bonte gelingt es im letzten Moment, den wahren Täter Gabler zu überführen. So blieb der Justiz nur noch der Versuch, den skandalösen Fall totzuschweigen.

Die „Affaire Blum“ ist ein DEFA-Spielfilm aus dem Jahre 1948, der darauf zielt, den Magdeburger Justizskandal von 1925/26 authentisch wiederzugeben. Die Grundlage liefert der gleichnamige Roman von Robert A. Stemmle, der auch das Drehbuch geschrieben hat.² Regie führte Erich Engel, der in den 1920er Jahren als Dramaturg an verschiedenen Theatern tätig war und seit 1930 auch Filme zu inszenieren begann.³ Auf den ersten Blick handelt es sich um einen ganz normalen Kriminalfilm mit den im Prinzip immer gleichen Ingredienzen – einer Bluttat, einem Mord und einer Leiche, wobei die filmische Handlung sich dann um die Suche nach dem wahren Täter dreht. Von diesem Muster weicht die „Affaire Blum“ in doppelter Hinsicht ab: Erstens ist der Täter dem Publikum schon von Anfang an bekannt und zweitens ist das Schema eines Krimi-



„Auf dem rechten Auge blind“: Der Film „Affaire Blum“ – ein Spiegel politischer Justiz in der Weimarer Republik.

nalfilms Anlass für die Erhellung politischer Hintergründe, aus denen sich mosaikartig ein kritisches Bild der bürgerlichen Gesellschaft im Deutschland der Weimarer Epoche zusammenfügt.

Waren die ‚zwanziger Jahre‘ des vorigen Jahrhunderts wirklich so ‚golden‘, wie es oft behauptet wird?

Worum genau geht es in dem Film? Eine Antwort gibt der Autor Stemmle selbst, und zwar am Ende seines Romans, wo er die Magdeburger Ermittlungen im Rahmen eines Ausblicks mit den Worten kommentiert: „Eine furchtbare Justizwillkür, gesetzlich geschützt, brach in den kommenden Jahren über das Land herein.“⁴ Damit ist die Justiz im Dritten Reich – mit ihren ‚furchtbaren Juristen‘ – gemeint. Stemmle will also zeigen, dass diese Entwicklung in der Weimarer Epoche schon angelegt, dass das Muster schon vorgeprägt war – dass sich schon um die Mitte der 1920er-Jahre die Vorboten jener grausamen Welle andeuteten, die in den Jahren nach 1933 barbarisch aufbrannte, um dabei alles in ihren gewaltigen Sog zu ziehen und unerbittlich in einem großen Inferno enden zu lassen.⁵ Das Happy-End, der vorläufige Sieg der Gerechtigkeit beziehen sich also nur auf den konkreten Fall der Affäre Blum, „nicht auf den Fall der deutschen Justiz“. ⁶ Die Frage ist nun: Hat der Film diese Vorboten – das Bild von den Ermittlungsbehörden, von der Justiz und den Richtern in der Weimarer Epoche korrekt gezeichnet?

Die Antwort muss lauten: leider „ja“!⁷ Es gab in der Weimarer Republik antirepublikanische Tendenzen in der Justiz, eine eindeutige Milde gegen rechts und eine rigide Härte gegen links, also eine Justiz, die auf dem „rechten Auge blind war“. So kam es bereits im Zeitraum von 1919 bis 1922 zu 376 politisch motivierten Morden, von denen 354 dem rechten und nur 22 dem linken Spektrum zuzuordnen waren. Und während für die von rechts verübten Morde nur in einem Fall eine lebenslange Freiheitsstrafe verhängt wurde, lautete die Strafe für die von links begangenen Taten: 10 Erschießungen und dreimal lebenslänglich.⁸ Die neuere Forschung hat zwar zeigen können, dass Gerichte in der Weimarer Zeit bisweilen auch republikfreundliche Entscheidungen getroffen haben.⁹ Aufs Ganze gesehen sind diese, jedenfalls in der Strafjustiz, aber in der Minderheit geblieben.¹⁰

Wo liegen die Gründe für die Republikfeindlichkeit der Justiz?

Es gibt ein ganzes Bündel von Ursachen, die das politische Verhalten der Justiz und die Einseitigkeiten der Richterschaft erklären mögen. Die Weimarer Republik war von Anfang an mit dem Makel der Niederlage im Ersten Weltkrieg belastet. Ihren meist sozialdemokratischen Politikern wurde vorgehalten, sie hätten den Versailler Vertrag mit seinen gigantischen Reparationsforderungen unterzeichnet, was als nationale Demütigung empfunden wurde. Die Ablehnung des Friedensvertrags manifestierte sich in der sogenannten „Dolchstoßlegende“ – einer Art Verschwörungstheorie, welche die Schuld an der Niederlage im Ersten Weltkrieg auf demokratische Politiker und das „internationale Judentum“ abwälzte. Danach habe das im Ersten Weltkrieg „im Felde unbesiegt“ deutsche Heer durch „vaterlandslose“ Oppositionelle einen „Dolchstoß von hinten“ erhalten. Die Legende diente vor allem deutschnationalen und völkischen Kreisen zur Propaganda gegen die Auflagen des als „Schandfrieden“ bezeichneten Versailler Vertrags.¹¹

Andererseits bedeuteten die Reparationen tatsächlich eine große Belastung, die durch die Wirtschaftskrise mit bislang unbekannter Hyperinflation und Massenarbeitslosigkeit ins Unerträgliche gesteigert wurde. So konnten in den durch Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Ballungszentren auf der Straße Personen mit Schildern ange-
troffen werden: „Suche Arbeit um jeden Preis“. Es gab Menschen, die nach billigen Schlafplätzen für Stunden Ausschau hielten, weil sie sich keine dauerhafte Unterkunft zu leisten vermochten. Andere drängten in die Wärmehallen, weil sie nicht imstande waren, Geld für Heizmaterial aufzubringen. „Erst Brot, dann Reparationen“, lautete die Devise.¹² Die aus Freude, Eifer und Willfährigkeit gemischten Reaktionen des Mordopfers Platzer auf die „Stellenanzeige“, die Gabler im „Magdeburger Generalanzeiger“ aufgegeben hatte, zeugen davon, wie schwierig die ökonomische Lage schon vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise am Schwarzen Donnerstag der New Yorker Börse im Oktober 1929 gewesen ist. Man wird den Mord an Platzer, so der Gerichtskritiker Sling, in die „Symptome der gesteigerten Kriminalität nach dem Kriege“ einordnen müssen, „die gerade unter jungen, vielleicht nicht unbegabten Menschen ihre Träger suchten. Leichte Hemmungslosigkeit, gesteigerter Geltungstrieb, aber auch materielle Not haben ihre Wirkung auf viele ausgeübt.“¹³ Auf dem Boden von wirtschaftlicher Not und überhöhtem Geltungsbewusstsein konnte eine nationale Gesinnung gut gedeihen, die



Der zu Unrecht des Mordes beschuldigte Fabrikant Dr. Jakob Blum (Kurt Ehrhardt) im Polizeigewahrsam. Spielfilmszene aus „Affaire Blum“.

auch den Richtern, wie der Film zeigt, wichtiger als Verfassungstreue war. Das Problem lag darin, dass in der Verwaltung und in der Rechtspflege nach 1919 praktisch keine demokratischen Reformen stattgefunden haben. In den letzten Jahren des Kaiserreichs war bei Beamten, Staatsanwälten und Richtern – und zwar sowohl während der Ausbildung als auch bei der Einstellung – auf eine monarchisch-patriotische Orientierung besonders geachtet worden. Da demokratische Kräfte in dieser Zeit noch keine wichtigen Posten in der Verwaltung und in der Rechtspflege übernehmen konnten, musste sich die politische Führung des Weimarer Staats weiterhin auf ein Personal stützen, das die Republik und die Demokratie überwiegend ablehnte. Die politisch motivierten Urteile der Justiz hingen also auch mit der einseitigen Rekrutierung der Richter aus dem Kaiserreich, aus dem wilhelminischen Deutschland, zusammen.¹⁴ Die Richter waren zumeist Anhänger der Monarchie und hofften auf nationalen Wiederaufstieg. Sie befürworteten eine Aufhebung des Versailler „Schandfriedens“ und eine illegale Aufrüstung des Militärs.¹⁵ Daher führte der Weg zur sozialen Geltung häufig über das Militär, wobei in der Justiz der Dienstgrad des Reserveoffiziers den Maßstab bildete. Dass Kriminalkommissar Schwerdtfeger und Richter Konrad den Aussagen Gablers so sehr Glauben

schenkten, hängt auch damit zusammen, dass Gabler behauptete, im Pionierbataillon und im Freikorps als Soldat gedient zu haben.

„Was hier geschieht, geschieht alles nach dem Gesetz!“

Nach außen hin waren diese Zusammenhänge nicht immer leicht zu erkennen. Denn die Richter legten großen Wert auf formaljuristische Korrektheit und gaben vor, nur das Gesetz anwenden zu wollen. In Wirklichkeit aber distanzieren sie sich vom Willen der Legislative, um ihre untergründigen politischen Einstellungen zur Geltung zu bringen.¹⁶ So begründet auch Kommissar Schwerdtfeger seine Zurückweisung der von Frau Blum rührend vorgetragenen Bitte, ihren Mann in der Untersuchungshaft doch endlich besuchen zu dürfen, mit der Bemerkung: „Was hier geschieht, geschieht alles nach dem Gesetz!“ Ähnlich betont Landgerichtspräsident Hecht in seiner Rede vor dem Richterverein: „Wir sind nur dem Gesetz unterworfen, sonst Niemandem!“ Die richterliche Unabhängigkeit gehört gewiss zu den wichtigsten rechtsstaatlichen Prinzipien, die Autokraten immer wieder zu unterlaufen suchen. In der Affaire Blum dient sie aber lediglich als Vorwand, um Kommissar Bontes Ermittlungen zu behindern. So kontert Richter Konrad Blums Forderung nach Aufklärung der wahren Umstände denn auch mit dem Ausruf: „Wissen Sie, was Sie hier reden, Mensch! Sie stehen hier vor einem deutschen Gericht.“ Blum lässt sich mit hohlen Phrasen aber nicht abspeisen und pocht auf Verfassungstreue: „Deutsch? Die Wahrheit, Herr Richter, ist nicht deutsch. Es gibt auf der ganzen Welt nur *eine* Wahrheit“.

Die Fortsetzung der Affaire Blum

Engels Film mangelt es wahrlich nicht an Spannung. Gleichwohl geschehen nach 1926 und insbesondere nach dem Zusammenbruch im Mai 1945 Dinge, welche die Sensationen der Affaire Blum noch zu übertreffen scheinen. Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Wormser, der den Justizmord hatte verhindern helfen, flieht 1933 ins Saargebiet, wo er als Redakteur für die Magdeburger Volksstimme tätig ist. 1935 flieht er nach Frankreich und 1940 über Casablanca nach Großbritannien. 1945 wird Dr. Wormser (Dr. Heinz Braun), die Namen sind im Film natürlich geändert worden, Berater der britischen Anklagebehörde in den Nürnberger Prozessen gegen Göring und andere NS-Größen. Seit 1947 amtiert er als Justizminister in der Regierung des Saarlandes.¹⁷ Kriminalkommissar Bonte (Otto Busdorf) war Ende der 1920er Jahre eine Berühmtheit

geworden. Die NSDAP-Parteizeitung „Der Angriff“ warnt 1929 vor ihm. So nimmt es nicht wunder, dass Bonte nach der Machtergreifung 1933 Probleme hatte, seine bisher so erfolgreiche Karriere fortzusetzen.¹⁸ Ende März 1934 wird er als „unzuverlässig“ aus dem Polizeidienst entlassen, 1937 für vier Monate im KZ Sachsenhausen interniert, nach dem Mai 1945 als Verfolgter des NS-Regimes anerkannt und durch die DDR-Führung rehabilitiert. Die DEFA engagierte Bonte bei der Verfilmung der Affaire Blum als Berater.¹⁹ Während der Dreharbeiten wird er Anfang 1948 wegen des Verdachts an einer Beteiligung an der Köpeniker Blutwoche in Haft genommen und im Mai 1949 wieder auf freien Fuß gesetzt. Im Sommer 1950 verurteilt ihn das Ost-Berliner Landgericht zu 25 Jahren Zuchthaus. 1957 stirbt er im Alter von fast 80 Jahren im Zuchthaus Brandenburg-Görden. 1992 beantragen seine Nachkommen gemeinsam mit der Berliner Staatsanwaltschaft beim Kammergericht die Aufhebung des Urteils von 1950. Der Antrag wird abgelehnt. Die Entscheidung ist bis heute umstritten.

Bemerkenswert ist auch das Schicksal des Magdeburger Kommissars Schwerdtfeger (Tenholt). Er muss sich 1926 einem Disziplinarverfahren stellen, 1933 setzt ihn Göring als Gestapochef in Recklinghausen ein, 1949 wird er vor dem Strafgericht in Recklinghausen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in 46 Fällen zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt und 1955 begnadigt.²⁰ Landgerichtsdirektor Hecht (Hoffmann) und Landgerichtsrat Konrad (Kölling) kommen ebenfalls mit (milden) Disziplinarstrafen davon, die ihrer Karriere keinen Abbruch tun.²¹ Im Gegenteil: Für die Nationalsozialisten war es „Ehrensache“, diejenigen zu belohnen, die den Juden Blum zur Strecke bringen wollten. Hecht wird Landgerichtspräsident in Berlin und Konrad, seit 1931 Mitglied der NSDAP, zunächst Landgerichtsdirektor in Magdeburg und 1937 Landgerichtspräsident in Aurich. Konrad geht 1939 in Ruhestand und stirbt 1953, ohne jemals zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Unabhängig von allen wissenschaftlichen Debatten über die politische Justiz in der Weimarer Republik bestätigen schon die Aktivitäten des Trios nach 1933 nicht nur das Bild, das der Film von den Ermittlungen zeichnet, sondern auch seine düsteren Verheißungen: Eine furchtbare Willkür, „gesetzlich geschützt, brach in den kommenden Jahren über das Land herein“.²² Jacob Blum (Rudolf Haas) erhält vom preußischen Justizministerium eine Haftentschädigung und begeht nach der Machtergreifung 1933 mit seiner Frau Selbstmord.²³ Der Mörder Karlheinz Gabler (Richard Schröder) wurde 1926 zunächst zum Tode verurteilt und kurz darauf von der



Christina Burmann (Gisela Trowe) nimmt im Gefängnis Abschied von ihrem ehemaligen Verlobten Karlheinz Gabler (Hans Christian Blech), dem tatsächlichen Mörder des Buchhalters Wilhelm Platzer. Spielfilmszene aus „Affaire Blum“.

preußischen Regierung begnadigt.²⁴ 1945 empfängt er die ahnungslosen Siegermächte im Zuchthaus mit offenen Armen, um sie als „Befreier“ zu feiern. Das phantasiereiche „Opfer nationalsozialistischen Unrechts“ wird sofort aus der Haft entlassen. Auf dem Weg zurück in die Magdeburger Börde stiehlt Gabler einem gefallenem Marineoffizier die Papiere und nimmt dessen Identität an. Der ehemalige Reichswehrsoldat und rechtsnationale Waffennarr, der sich mit dem Rasiermesser einen Schmiss beigebracht hat, tritt in die Kommunistische Partei Deutschlands ein und lebt fortan in Bahrendorf nahe Magdeburg. Damit ist die Geschichte aber noch nicht zu Ende.

In Bahrendorf treibt Gabler als Haupt einer Räuberbande sein Unwesen und macht dem um den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Wiederaufbau bemühten Bürgermeister des kleinen Orts das Leben zur Hölle. Trotz aller Anstrengungen will es nicht gelingen, ihn zu identifizieren, bis der Bürgermeister, der inzwischen einen Nervenzusammenbruch erlitten hat, im Krankenhaus zufällig Slings Buch in die Hand nimmt und das Kapitel über Gabler liest.²⁵ So kommt er auf die Idee, der Marineoffizier könne Gabler sein. Der Bürgermeister verlangt nach einem Foto, und obwohl dieses schon

über zwanzig Jahre alt ist, vermag er den Bahrendorfer Räuberchef sofort zu erkennen. Gabler wird verhaftet und 1947 verurteilt, seine lebenslange Strafe weiter abzusitzen.

Resümee

So endet eine Geschichte, die vielleicht noch heute andauert. Der Film zielt darauf, den Fall als Vorläufer nationalsozialistischer Justiz zu begreifen. Tatsächlich haben die Magdeburger Ermittlungsbehörden wohl (noch) nicht in der bewussten Absicht gehandelt, einen republikanischen Juden falsch zu verdächtigen. Von hier aus fällt zugleich ein Licht auf die Frage, die in der Neuen Züricher Zeitung 1949 aufgeworfen wurde: Konnten Gerichtsverfahren in der Weimarer Republik wirklich „so nachlässig und in falscher Richtung unternommen [werden], so daß es einem einfachen Kriminalisten möglich war, die Tatsachen aufzudecken“?²⁶ Die Aktivitäten des Trios Schwerdtfeger, Konrad und Hecht in der Zeit von 1933 bis 1945 dürften hier eine klare Antwort liefern.

Und was sagt uns der Film über die politische Justiz von Weimar heute? Gegenwärtig ist häufiger von Vollbeschäftigung und Fachkräftemangel als von Massenarbeitslosigkeit und mehr von Nullzinspolitik als von Inflation die Rede, es sei denn, sie ist zu niedrig. Vorschnelle Parallelen sollten freilich nicht nur aus diesem Grund vermieden werden. Andererseits wird auch aktuell wieder darüber diskutiert, ob Behörden auf dem „rechten Auge blind“ sein können, ob es sich bei aus dem rechten Spektrum verübten Verbrechen um Einzeltäter oder organisierte Gruppen, um spontane oder langfristig geplante Taten handelt. Der Fall Lübcke, die Drohbriefe, die eine Frankfurter Rechtsanwältin aus Polizeikreisen erhalten hat, oder die Ungereimtheiten im NSU-Prozess sind nur einige Beispiele, welche die Öffentlichkeit aktuell beschäftigen. So fern die Zustände von Weimar heute auch sein mögen so nah sind uns doch noch immer viele Themen, von denen die Affäre Blum handelt.

Anmerkungen

- 1 Dass Blum politisch dem demokratischen Lager nahestand, ist in der Literatur wiederholt betont worden, siehe nur Bornstein, Josef: Der Mordfall Helling-Haas, in: Das Tagebuch 7 (1926), S. 1061 – 1071; Kempner, Robert M.W.: Das Ende der „Affaire Blum“. 25 Jahre deutsche Geschichte im Mikrokosmos eines Kriminalfalls, in: Aufbau, Vol. XV (No. 48), New York, 2. Dezember 1949; ders. (Hg.), Sling (Schlesinger, Paul), Richter und Gerichtete. Gerichtsreportagen aus den zwanziger Jahren, Berlin 1929 (mit einem Vorwort von Gustav Radbruch), Neuausgabe, München 1969, S. 110 (Blum war ehrenamtlicher Kassierer im 1924 in Magdeburg gegründeten republikanischen Verein „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und sein Schwager ein führendes Mitglied der Organisation, die 1933 durch die Nationalsozialisten verboten und 1958 als „Bund aktiver Demokraten“ neu gegründet wurde).
- 2 Stemmler, Robert A.: Affaire Blum, Deutscher Filmverlag GmbH, Berlin 1948.
- 3 Im Vorwort zu seinen Schriften „Über Theater und Film“ heißt es: „Schon seit Mitte der zwanziger Jahre war Engel von Brechts Schaffen so fasziniert, daß er sein werkgetreuester Regisseur und der stärkste Vorkämpfer für sein dramatisches Genie wurde“, vgl. Engel, Erich: Schriften. Über Theater und Film, Berlin 1971, S. 5.
- 4 Stemmler, Robert A.: [Affaire Blum] (wie Anm. 2), S. 189.
- 5 Vgl. die Formulierungen von Stemmler, Robert A.: [Affaire Blum] (wie Anm. 2), S. 189.
- 6 Siehe Renate Biehl, Affaire Blum, in: Habel, Frank-Burkhard (Hrsg.): Das große Lexikon der DEFA-Spielfilme, Bd. I (Berlin 2017), S. 26–28, 28 (mit weiteren Nachweisen). Vgl. ferner Nau, Peter: Kritik: Affaire Blum, in: Filmkritik 229 (1976), S. 47–48.
- 7 Diese Auffassung teilt die Mehrheit filmkritischer Rezensionen, die im Anschluss an die Uraufführung im Berliner Kino „Babylon“ (am 3. Dezember 1948) publiziert wurden. Doch gibt es auch Ausnahmen. So äußert sich ein Autor 1949 mit den Worten: „Nur ein intensives Quellenstudium könnte die Frage klären, ob ein Gerichtsverfahren in der Weimarer Republik wirklich so nachlässig und in falscher Richtung unternommen wurde, so daß es einem einfachen Kriminalisten möglich war, die Tatsachen aufzudecken.“ In einer anderen Quelle, worauf der Autor sich beruft, heißt es: „So glänzend die einzelnen Gestalten jener Tage charakterisiert sind, so scheinen doch die Richter verzeichnet und wirken wie von 1905, aber nicht von 1926. Überhaupt ist dieses erregende Zeitdokument, so packend es gestaltet ist, nicht ganz frei von Ressentiments, die man für längst begraben hielt“ (Neue Züricher Zeitung vom 1. Juni 1949).
- 8 Gumbel, Emil Julius: Vier Jahre politischer Mord, Berlin-Fichtenau 1922 (ND Heidelberg 1980), S. 73–81.
- 9 Vgl. Kraft, Ingo: Politische Strafprozesse vor dem Reichsgericht. Kaiserreich und Weimarer Republik im Brennspeigel historisch bedeutsamer Strafverfahren, in: JZ 74 (2019), S. 213–224, 216f. Hinzu kommen in der älteren Literatur verbreitete Stimmen, die auf die negative Wirkung der zeitgenössischen Justizkritik

hinweisen und den Akzent auf die Belastung der Richter durch die politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in der Folge der Errichtung der Weimarer Republik legen, siehe hierzu die Nachweise und Kritik bei Jasper, Gotthard: Justiz und Politik in der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), S. 167–208, 169 f.

- 10 Diese Feststellung darf in der Wissenschaft heute als herrschend bezeichnet werden, vgl. nur Kraft, Ingo: [Politische Strafprozesse vor dem Reichsgericht] (wie Anm. 9), S. 215–223; Wilke, Malte: Staatsanwälte als Anwälte des Staates? Die Strafverfolgungspraxis von Reichsanwaltschaft und Bundesanwaltschaft vom Kaiserreich bis in die frühe Bundesrepublik (2016), S. 63–140. Soweit ersichtlich, existiert noch keine Studie, die republikfreundliche oder rechtspolitisch fortschrittliche Entscheidungen der Weimarer Epoche zu ihrem Gegenstand gewählt hat.
- 11 Siehe nur Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg (1914–1933), Düsseldorf 2003, S. 444–463.
- 12 Winkler, Heinrich August: Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998, S. 187.
- 13 Sling (Schlesinger, Paul): [Richter und Gerichtete] (wie Anm. 1), S. 118.
- 14 Siehe die Nachweise bei Wilke, Malte: [Staatsanwälte als Anwälte des Staates?] (wie Anm. 10), S. 73.
- 15 Jasper, Gotthard: [Justiz und Politik in der Weimarer Republik] Justiz und Politik in der Weimarer Republik (wie Anm. 9), S. 196 („illegal“ deshalb, weil der Versailler Vertrag Deutschland nicht nur zu beträchtlichen Reparationszahlungen und Gebietsabtretungen an die Siegermächte, sondern auch zu einer massiven militärischen Abrüstung verpflichtet hat).
- 16 Daher war den Versuchen der Republik, die Rechtsprechung über Gesetzgebung zu steuern, wenig Erfolg beschieden. Dazu näher Jasper, Gotthard: [Justiz und Politik in der Weimarer Republik] (wie Anm. 9), S. 181, 186 f., 193 f., 203: Zwar kleidete das Reichsgericht „seine Spruchpraxis in eine fein zisierte positivistische Gesetzesauslegung, doch faktisch vollzog sich hier eine klare Distanzierung vom eindeutig bekundeten politischen Willen des Parlaments“ (S. 181). Dem kann nur beigespflichtet werden. Doch liegen die Dinge in Wirklichkeit noch komplizierter: So standen z.B. die Verfasser des Bürgerlichen Gesetzbuchs von 1900 dem politischen Voluntarismus (Wille des Gesetzes bzw. des Gesetzgebers) mit guten Gründen zurückhaltend gegenüber und haben bewusst sowohl Rechtsprechung als auch Wissenschaft erheblichen Spielraum bei der Rechtsfindung eingeräumt. Vor Fehldeutungen des Verhältnisses von Gesetz und Recht ist daher zu warnen. Es gibt mehr „demokratische“ Elemente im Kaiserreich, als so manche Studie zur politischen Justiz in der Weimarer Republik vermuten lässt (Einzelheiten können hier freilich nicht ausgeführt werden).
- 17 Kempner, Robert M.W.: [Das Ende der „Affaire Blum“] (wie Anm. 1). Als die Affaire Blum begann, war

- Dr. Wormser erst seit einem Jahr (1924) als Rechtsanwalt in Magdeburg tätig. Auch er gehörte dem Vorstand des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ an, den er als Syndikus vor Gericht vertrat.
- 18 Siehe hierzu und zum Folgenden Hillebrand, Peter: Der Kommissar aus Köpenik. Otto Busdorf – eine Polizistenkarriere vom Kaiserreich bis zur DDR, 8. Februar 2015 (Transkription als pdf, abgerufen am 10. Juli 2019). Vgl. auch Bornstein, Josef: [Der Mordfall Helling-Haas] (wie Anm. 1), S. 1066–1070 (mit einer detaillierten Schilderung von Bontes Recherchen in der Affaire Blum (Mordfall Helling-Haas) ab dem 1. Juli 1926.
 - 19 Vgl. Kempner, Robert M.W.: [Das Ende der „Affaire Blum“] (wie Anm. 1), auf dem Stand von 1949: Bonte wurde während der Aufnahmen „jedoch wieder verhaftet und ist jetzt verschwunden“.
 - 20 Hierzu und zum Folgenden Kempner, Robert M.W.: [Das Ende der „Affaire Blum“] (wie Anm. 1); Bernd Kaufholz, Affaire Blum in der Börde, online unter [www/Volksstimme.de./sachsen-anhalt/kriminalfaelle-affaire-blum-in-der-boerde](http://www.Volksstimme.de./sachsen-anhalt/kriminalfaelle-affaire-blum-in-der-boerde) [Stand vom 10. Juli 2019].
 - 21 Siehe hierzu und zum Folgenden die Kommentierung von Kempner, in: Sling (Schlesinger, Paul): [Richter und Gerichtete] (wie Anm. 1), S. 121.
 - 22 Stemmler, Robert A.: [Affaire Blum] (wie Anm. 2), S. 189. Damit dürfte zugleich die von der Neuen Züricher Zeitung im Jahre 1949 (Anm. 7) aufgeworfene Frage beantwortet sein, worauf noch einmal zurückzukommen ist.
 - 23 Stemmler beendet seinen Roman (Anm. 2) mit einem Abschnitt: „Und wie geht die Geschichte weiter?“ (S. 189–194). Die Ausführungen lassen erkennen, dass er über das Geschehen nach 1926 und 1945 nicht oder nur unzureichend informiert war.
 - 24 Hierzu und zum Folgenden Kempner, Robert M.W.: [Das Ende der „Affaire Blum“] (wie Anm. 1); Kaufholz, Affaire Blum in der Börde (wie Anm. 20).
 - 25 Es trägt den Titel: „Der Raubmörder Schröder“, vgl. Sling (Schlesinger, Paul): [Richter und Gerichtete] (wie Anm. 1), S. 110–122.
 - 26 Siehe die Kritik in der Neuen Züricher Zeitung (wie Anm. 7).

Politische Verfolgung und Widerstand an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in SBZ und DDR.

Ansprache im Rahmen der Veranstaltung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zum Gedenken an die zwischen 1945 und 1989 Politisch Verfolgten aus den Reihen der Universität am 17. Juni 2019*

Friedemann Stengel

I

Heute vor 66 Jahren, am Morgen des 17. Juni 1953, zogen 2.000 Waggonbauer aus Ammendorf los in die Innenstadt. Am damaligen Thälmannplatz waren es schon 8.000, am Abend fand auf dem Hallmarkt eine Kundgebung mit etwa 60.000 Menschen statt.¹ Nicht nur zahlreiche Studenten hatten sich angeschlossen, auch Professoren. Gerhard Schmidt, ein Doktorand der Agrarwissenschaften, wurde am „Roten Ochsen“ durch einen Schuss der Gefängniswachen tödlich getroffen.² Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), nach dem 17. Juni zum Staatssekretariat herabgestuft, notierte die Anwesenheit der Professoren Herbert Grötsch, Franz Runge, Max Schneider, Hans Haußherr, die sich „sonst“ bei „Kundgebungen und Demonstrationen“ entschuldigen ließen.³ Am 17. und 18. Juni wurden fünf Studenten verhaftet, vier von ihnen, Studenten an der Fakultät für Landwirtschaft, wurden zu Zuchthaus zwischen einem und drei Jahren mit anschließendem befristeten Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt, darunter Herbert Priew, der heute hier anwesend ist. Manche sind verstorben, für die diese Feier eine Gedenkveranstaltung ist, wie Hans-Georg Isermeyer.⁴

II

Der 17. Juni 1953 ist in der Geschichte *ein*, aber nicht *der* Höhepunkt der politisch begründeten Verfolgung an der Universität. Allein zwischen 1946 und 1961 sind 168 Angehörige, das heißt Mitarbeitende, Hochschullehrende und Studierende bekannt, die verhaftet und häufig zu Haftstrafen von mehr als zwei Jahren verurteilt worden sind,

* Kooperationsveranstaltung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg u.a. mit der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

allein 40 von ihnen zu 25 Jahren, jeweils drei zu 15 und 20 Jahren und 16 zu zehn Jahren Haft, insgesamt 2.000 Jahre Zuchthaus. Von allen Universitäten der DDR hatte Halle nach Berlin mit deutlichem Abstand die meisten Verhaftungen aufzuweisen. Zu diesen 168 gehören sieben Studenten und Mitarbeiter, die zum Tode verurteilt worden sind, alle zwischen 1949 und 1953.⁵ Zwei von ihnen, Karl Schönmuth und Helmut Huwe, wurden 1951 und 1952 in Moskau wegen angeblicher Spionage hingerichtet, Kurt Böhme⁶ starb vermutlich vor seiner Hinrichtung im Haftkrankenhaus, vier andere wurden zu 25 Jahren Zwangsarbeit in Workuta, Taischet und anderswo „begnadigt“, wenn man das so sagen kann. In sowjetischer und DDR-Haft verstorben sind außerdem mindestens noch der Assistenzarzt Ernst Langlet 1949 und die Studenten Jochen Schierandt und Josef Barduhn 1950.⁷ Nicht mitgezählt ist die bislang nicht genau bekannte Zahl von Exmatrikulationen, Relegationen und Fluchten allein vor dem Mauerbau. Denn die meisten von denen, die wieder frei kamen, flohen aus der DDR, besonders in der Zeit des Kampfes der SED gegen die Evangelische und die Katholische Studentengemeinde (ESG und KSG) und gegen die Junge Gemeinde (JG) 1952 und 1953 und dann wieder 1957/58.⁸ Lebendige Menschen stehen hinter diesen Zahlen, lebendige Menschen und eben auch das Schicksal einer Institution.

III

Sieht man in dieses große Auditorium, so scheint das alles sehr bewusst zu sein. Doch nach wie vor und immer wieder besteht der Eindruck, dass diese Menschen und die Kontexte der politischen Verfolgung und des Widerstands in der DDR in Vergessenheit geraten sind und in den Debatten nicht vorkommen. Die Gesellschaft nicht nur zwischen Ost und West, sondern insbesondere auch innerhalb der ehemaligen DDR scheint genau in dieser Frage gespalten zu sein. Juristische und auch finanzielle Rehabilitierungen sind weitgehend geschehen, obwohl es immer noch offene Felder gibt wie die bestimmt im fünfstelligen Bereich liegenden Fälle von Schülerinnen und Schülern, denen meist wegen ihrer konfessionellen und sozialen Herkunft in der DDR höhere Bildungswege versperrt worden sind. Zwar ist juristisch und finanziell rehabilitiert worden, aber ein offener Diskurs in der Mehrheitsgesellschaft scheint nicht richtig angekommen und geführt worden zu sein. Rührt von hier das Drängen auch der politisch Rehabilitierten nach Anerkennung und nach Öffentlichkeit? Ein bekannter Historiker, Theologe und Psychologe hat vor mehr als 23 Jahren diagnostiziert, dass es bisher

nicht gelungen sei, einen gesellschaftlichen Konsens über die zweite deutsche Diktatur und deshalb auch über die zweite deutsche Demokratie zu finden und dass es darum gehe, nicht durch das „hektische Beschwören der ‚christlich-abendländischen‘ Kultur“, sondern durch einen gesellschaftlichen Selbstverständigungsdiskurs einen „konstruktiven Kompromiß“ herzustellen.⁹ Über die Generationen hinweg und quer durch die Landesteile Ost und West findet man Unkenntnis über die Geschichte von Verfolgung und Widerstand in der DDR. Zuweilen scheint der SED-Staat wie eine Bagatelldiktatur betrachtet zu werden, und manchmal wird in diesem Zusammenhang auf die horrenden Schrecken des Nationalsozialismus verwiesen, denen gegenüber jedes andere Unrecht und Verbrechen geradezu marginal erscheine. Bekommen wir es hin, als Gesellschaft und gesellschaftstragende Institutionen, an die Akteure und verfolgten Opfer zu erinnern, ohne zu relativieren und ohne menschliche Schicksale und Leben so zu quantifizieren und einzuordnen, dass der Eindruck entsteht, es gäbe verschiedene Klassen von Opfern und vielleicht sogar bloße Kollateralschäden?

Mir scheint, es spielt auch eine Rolle, dass die mitlaufende oder eben auch mittragende Mehrheitsgesellschaft des Ostens nicht an ihr Versagen erinnert werden will, an ihr Wegsehen oder an ihre mangelnde Solidarität. Und von Jüngeren oder Altbundesdeutschen hört man mitunter, man wisse ja auch nicht, wie man sich verhalten hätte und werde sich kein Urteil erlauben. Mich erschreckt das Argument, das man schon lange und immer wieder hört, auch in der Altbundesrepublik habe man sich anpassen müssen. Da zeigt sich der mangelnde Konsens über die zweite Diktatur und über die zweite Demokratie. Auf der einen Seite scheint es das Bedürfnis zu geben, die Mehrheitsgesellschaft der ehemaligen DDR dadurch zu integrieren, dass man ihrer Alltagsgeschichte nach Möglichkeit eine gewisse Normalität bescheinigt und dem Vorwurf entgegentritt, die Lebensleistung der Ostdeutschen zu entwerten, von denen manche dazu tendieren, mit ihrer Lebensleistung auch das gesamte diktatorische Staatssystem gleich mit zu verteidigen. Manchmal hat man den Eindruck, dieses Bedürfnis nach Integration der Mehrheitsgesellschaft sei stärker als das Bedürfnis, dem Schicksal, dem Mut und der Lebensleistung betroffener und verfolgter Menschen nachzugehen. Da geraten die Verfolgten und die zu Opfern gemachten Akteure manchmal wieder an die Peripherie. Hier scheint mir ein Grund für den großen Zuspruch zu sein, den unsere Universität sofort erfuhr, als sie zum 17. Juni hierher einlud.

IV

Die Mehrzahl der aus politischen Gründen Disziplinierten, Verfolgten oder Verurteilten liegt in der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der Frühzeit der DDR, die ersten Fälle kurz nach Wiedereröffnung der Universität wie der genannte gerade 20jährige Josef Barduhn, der nach einem „reaktionären Gespräch“ bis 1950 in das Speziallager Sachsenhausen gebracht wurde und im selben Jahr im Zuchthaus Torgau an Tbc verstarb. Aber auch Mitglieder der früheren SPD, der CDU und LDP, die noch keine Blockparteien waren, wurden belangt. Der Wirtschaftsrechtler, Senator und Ministerialdirektor und spätere Frankfurter Oberbürgermeister Willi Brundert, als SPD-Mitglied dann auch Mitglied der SED, wurde ein paar Monate nach Gründung der DDR in einem Schauprozess zusammen mit dem CDU-Vorsitzenden Sachsen-Anhalts Leo Herwegen wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und erst 1957 entlassen.¹⁰ Studierende wurden verhaftet wegen Kritik an SED und Nationaler Front, oft unter dem Vorwurf der Spionage oder wegen des Kontakts zur sogenannten „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ und der Verbreitung von westlicher Literatur, so beim „Studentenprozess“ Anfang 1951 gegen 14 Studenten, von denen neun zu Zuchthaus zwischen zwei und 12 Jahren verurteilt wurden.¹¹ Oft waren sie gerade einmal 20 und bis Mitte 20 Jahre alt, als sie verhaftet wurden. Wo es die Akten hergaben, wurden sie nach 1990 rehabilitiert.

V

Von Beginn der DDR an und mit Höhepunkten 1952/53 und dann wieder 1957/58 verliefen die scharfen Attacken der SED und des MfS gegen die kirchlich gebundene Studierendenschaft in der Evangelischen und in der Katholischen Studentengemeinde. Immer wieder lagen bis in die oberste Parteispitze in den 1950er Jahren Beschlüsse vor, Studentengemeinden und Studentenpfarrer schlichtweg zu verbieten.¹² Der marxistisch-leninistischen Doktrin, Religion werde in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft überflüssig sein, wurde vor allem, aber nicht nur, in den 1950er Jahren brachial nachgeholfen. Im Juli 1952 beschloss die 2. Parteikonferenz der SED den beschleunigten „planmäßigen Aufbau“ des Sozialismus. Da wurden die Angriffe auf Kirchen und Christen und die atheistische Propaganda verschärft, schon zwischen Stalins Tod im März und Pfingsten 1953 wurden in der gesamten DDR Tausende Studierende und Schülerinnen und Schüler relegiert und exmatrikuliert, vielfach Mitglieder der

Studentengemeinden und Jungen Gemeinden, oft Vertrauensstudenten, die zur Elite der Studierendenschaft gehörten. Die KPdSU befahl der SED-Spitze zwar kurz vor dem Volksaufstand am 17. Juni eine Kehrtwende und manche Maßnahmen wurden rückgängig gemacht, ein Großteil der Schüler und Studierenden war da aber schon im Westen.¹³ Entlassen wurde aus mehrmonatiger Haft auch der hallesche Studentenpfarrer Johannes Hamel, einer der wichtigsten Theologen in der DDR. Rektor Leo Stern selbst hatte in einem Brief an Walter Ulbricht zu seiner Verhaftung gedrängt.¹⁴ Auch der Kirchenhistoriker Kurt Aland war wieder aus der U-Haft freigekommen. Wie Aland hatte auch Hamel dem widerständigen Flügel der Bekennenden Kirche im Nationalsozialismus angehört. Als das MfS 1958 gegen Aland und den Pädagogen Hans Ahrbeck im Zusammenhang mit dem Spirituskreis mit dem Ziel ihrer Verurteilung ermittelte, notierten die zuständigen Offiziere, Aland und Ahrbeck würden bereits über „Erfahrungen in konspirativer Arbeit“ aus ihrer Zeit in der Bekennenden Kirche verfügen.¹⁶

VI

Ein Höhepunkt der Auseinandersetzungen waren die Jahre 1957 und 1958, und es waren die Universitäten Leipzig und Halle. Ende Februar/Anfang März hatte die 3. Hochschulkonferenz der SED das Programm der „sozialistischen Universität“ beschlossen, an der der Marxismus-Leninismus die Vorherrschaft besitzen sollte. Als Voraussetzung wurde die Bekämpfung von „reaktionären Theorien und kleinbürgerlichen Auffassungen“ betrachtet.¹⁷ Während in Leipzig der Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler Ende 1957 zu fünf Jahren Zuchthaus und mit ihm zahlreiche ESG-Studierende verurteilt oder exmatrikuliert wurden,¹⁸ hatte Kurt Hager als der für Ideologie und Hochschulen zuständige Mann in der Parteiführung der SED Anfang 1958 festgestellt, die Universität Halle befinde sich „unter Führung christlich-konservativer Leute, mit denen die Auseinandersetzung bisher noch nicht erfolgt“ sei.¹⁹ Doch auch parteiintern wurde gegen abweichende oder „revisionistische“ SED-Mitglieder an der Universität vorgegangen, vor allem gegen den Pädagogen Hans Becker, den Sportwissenschaftler Gerhard Lukas und vor allem gegen den 2017 verstorbenen Historiker Günter Mühlpfordt, der aus der SED und dann aus der Universität ausgeschlossen wurde und bis zum Ende der DDR ein Berufsverbot erhielt.²⁰ Die Zerschlagung des Spirituskreises und die Entlassung des Agrarwissenschaftlers Erich Hoffmann und des Kirchenhistorikers Kurt Aland aus ihren Professuren gehört zu den einschneidendsten hochschulpolitischen Ereignissen in der

Gesamtgeschichte der DDR.²¹ Ein Kollege aus Leipzig kommentierte damals, mit der Entlassung Aland wisse man nun, dass auch die so „mächtig Schreienden gestürzt werden, wir müssen uns in acht nehmen“.²²

Das Gefühl, betroffen, gestürzt werden zu können – das war das Ziel der Aktion, die von der Parteispitze angeordnet und von Partei- und Universitätsleitung zusammen mit dem MfS organisiert worden ist. Dieses Thema ist Gegenstand des Dokudramas von Gerhard Lampe und seinem Team, aber ich möchte daran erinnern, dass aus den Familien der Professoren Kurt Aland, Erich Hoffmann, Karl Bischoff, Hans Haußherr, Bernd Lueken, Hans Gallwitz, Horst Hanson und anderen der zwölf Mitglieder des Spirituskreises viele heute hier sind.

1958 war für Halle das Schlüsseljahr. Die Universität hatte von allen Universitäten die Höchstquote an Fluchten in den Westen zu verzeichnen, schon in Leipzig hatten sich nach der Verurteilung Schmutzlers die Fluchten um 300 % erhöht.²³ Renommiertere Professoren verließen die DDR, ihre Assistenten und viele Studierende. Zu mehrjährigen Zuchthausstrafen wurden in diesen Jahren wieder viele verurteilt, darunter spätere Professoren in der Bundesrepublik wie der Biologiedidaktiker Roland Hedewig,²⁴ der Historiker Arno Seifert, der mit seinem Kommilitonen Heinrich Blobner einen privaten Diskussions- und Lektürekreis unterhielt,²⁵ und schon Jahre vorher der heute anwesende spätere Geologieprofessor Friedhelm Thiedig.²⁶ Die Jahre vor dem Mauerbau waren die Jahre der massenweisen Auswanderung von Bürgerlichen und Intellektuellen, die verfolgt wurden oder sich von Verfolgung bedroht fühlten. Es war diese Drohung, die die SED als Abwerbung durch den Westen verkaufte.

Bis hierhin, bis 1961, haben wir als Rektoratskommission für die Erforschung der Diktaturen des 20. Jahrhunderts 168 Biogramme von verfolgten und vor allem verurteilten Angehörigen der Universität gesammelt und auf einer Webseite des Universitätsarchivs hochgeladen, die ab heute freigeschaltet ist.²⁷ Sie ist auch über einen QR-Code erreichbar, der an der Gedenkstele vor dem Audimax montiert ist. Diese Biogramme entstammen zumeist dem verdienstvollen Buch von Sybille Gerstengarbe und Horst Hennig, der selbst mehr als vier Jahre Zwangsarbeit in Workuta leisten musste: Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Universität Halle.²⁸

VII

Es ist auch der Prägekraft der ESG der 1950er und 1960er Jahre zu verdanken, dass diese Veranstaltung heute stattfindet, denn eine Initiativgruppe der damaligen ESG-Mitglieder Ingeline Nielsen, Roswitha Hinz, Jürgen Runge mit dem inzwischen verstorbenen Rolf Lorenz hat wichtige Impulse gesetzt und beharrlich verstärkt, sie hat tatkräftig dabei mitgeholfen, Informationen zu sammeln. Und sie hat darauf gedrungen, dass es noch eine andere Gruppe gibt, derer heute und in Zukunft zu gedenken ist: Professorinnen und Professoren, die sich in SBZ und DDR vor ihre Studierenden und Mitarbeitenden gestellt haben, die beharrlich beim Rektor nachgefragt haben, wenn wieder Menschen spurlos verschwunden waren, die den Angehörigen geantwortet und ihnen Hilfe zugesichert haben, wenn diese sich verzweifelt an sie wandten, die Studierenden finanzielle Unterstützung zukommen ließen, wenn ihnen die Stipendien aus politischen Gründen gestrichen wurden. Es gab sogar Fälle, in denen ein Sektionsdirektor einen Verweis aussprach und dadurch eine Exmatrikulation verhindert wurde.²⁹ Diese Hochschullehrerinnen und -lehrer wurden dabei selbst bedrückt und attackiert, und es war ein Mut, sich insbesondere vor dem Mauerbau politisch zu positionieren. Wir wissen aus Protokollen abgehörter Telefonate, welche Ängste damals auch in der Professoren-schaft herrschten. Wir wissen von Professoren wie dem Dekan der Medizinischen Fakultät Erwin Reichenbach, der schwer attackiert worden ist, von Heinz Bethge, von den Mitgliedern des Spirituskreises, oder von dem prominenten Mathematiker Ott-Heinrich Keller, der es wagte, auf dem Höhepunkt des Kirchenkampfes in der Vorlesungszeit auf dem Universitätsplatz mit der Spendenbüchse für das Evangelische Hilfswerk zu sammeln und 1956 in der Vorlesung öffentlich um die Opfer der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands und zugleich des Militärschlags in Ägypten zu trauern.³⁰ Wir haben Biogramme von knapp 30 solcher Professorinnen und Professoren erarbeitet und Belege für deren Solidarisierungsaktionen erbracht, aus den Archivalien, aber auch auf Grund von Zeitzeugnissen, die von Studierenden der Universität aus den 1950er Jahren erbracht worden sind. Biogramme und Zeitzeugnisse sind auf der Webseite hochgeladen.³¹ Es hat im Vorfeld Diskussionen in der Kommission und zusammen mit der Initiativgruppe gegeben, ob man in diesem Zusammenhang auch solcher gedenken solle, die vor 1945 Mitglieder der NSDAP oder der SA gewesen sind. Das trifft auf einige der Professoren zu wie auf den späteren Leopoldinapräsidenten Kurt Mothes, der Ulbricht 1958 öffentlich entgegnetrat. Wir haben uns entschieden, dass es hier um die Nen-

nung der konkreten Solidarisierungsaktionen in konkreten Fällen geht, als Akte des Mutes, nicht um die Ehrung oder Würdigung des Gesamtlebenswerks mit allen politischen Facetten. Alle uns zugänglichen Informationen haben wir zur Verfügung gestellt – die Diskussion ist eröffnet.

VIII

Die DDR ging 1961 in ihr Mauerstadium. Und die politische Verfolgung hielt an, auch wenn man sagen muss, dass im Laufe der 1970er und auch 1980er Jahre die Disziplinarfälle zurückgingen, nicht jedoch die Zahl der Ausreiseanträge sowie der versuchten und gelungenen Fluchten aus der DDR. Sicherlich wird man nicht umhin kommen zu fragen, inwieweit die Bestrafungs- und Disziplinierungsaktionen der 1950er und frühen 1960er es bewirkt haben, dass die politischen Konfliktfälle an der Universität quantitativ abnahmen.

Wir kennen dennoch mehr als 200 Fälle von Universitätsangehörigen, die zwischen 1961 und 1989 aus politischen Gründen diszipliniert, exmatrikuliert, entlassen, verhaftet, verurteilt worden sind.³² Viele sind bekannt, beispielsweise der Geologe Frank Eigenfeld, der 1982 bei seiner Weigerung, am Zivilverteidigungslager (ZV-Lager) teilzunehmen und wegen seiner Beziehungen zur Offenen Jugendarbeit in Halle-Neustadt seine Stelle als wissenschaftlicher Assistent verlor, als Hausmeister bei der evangelischen Kirche arbeitete und erst 1990 wieder eingestellt wurde, er ist heute hier,³³ oder des habilitierten Biochemikers Peter Bohley, der ein politisch begründetes Lehrverbot erhielt und 1984 in den Westen ausreiste,³⁴ Heidi Bohley und Katrin Eigenfeld, die als Gründerinnen der bekannten halleschen „Frauen für den Frieden“ als Mitarbeiterinnen der Universitätsbibliothek Repressionen und Degradierungen ausgesetzt waren, Katrin Eigenfeld nach dreimonatiger Haft.³⁵ Auch Heidi Bohley ist heute hier. Und der Historiker Hans Krech, der 1984 nach seinem Ausschluss aus der SED die Universität verlassen musste und erst 1989 ausreisen konnte.³⁶ Das war Anfang der 1980er eine neue Eskalationsphase nach Solidarność und mit der Entstehung der kirchlichen Friedensbewegung in der DDR, gegen die die SED und in ihrem Auftrag das MfS durchgriff. Aber schon nach dem Mauerbau waren viele Studierende in der sogenannten Aktion „Störfreimachung“ belangt worden, und dann waren es meist christliche Studenten, die sich weigerten, sich freiwillig zum Dienst mit der Waffe zu verpflichten, als es noch keine Wehrpflicht gab, und die dann ab Januar 1962 den Dienst mit der Waffe verweigerten.

Die Physikstudenten Hermann Beleites und Christoph Morgeneyer gehörten wohl zu den ersten, die exmatrikuliert wurden.³⁷ Da gab es auch Verweigerer, die die Exmatrikulation in Kauf genommen und dann als Laborant gearbeitet haben. Dieses Konfliktfeld der Wehr- und Waffendienstverweigerung zieht sich durch die ganze DDR.

Es wurden Leute denunziert, deren Briefe heimlich geöffnet wurden, wegen satirischer Lieder auf Studentenbällen oder im Erntelager und wegen Verweigerungen im obligatorischen Wehrlager oder ZV-Lager. Und natürlich wurde jeder und jede, die einen Antrag auf Eheschließung in der Bundesrepublik oder einen einfachen Ausreiseantrag gestellt hatte, sofort exmatrikuliert oder entlassen, wie die Sprechwissenschaftlerin und spätere Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates der Deutschen Gesellschaft für Sprechwissenschaft und Sprecherziehung Christa Heilmann, die 1984 drei Jahre Berufsverbot erhielt, bevor sie endlich ausreisen konnte.³⁸ Jeder Fluchtversuch wurde mit Exmatrikulation und Haftstrafe geahndet, und die erfolgreich Geflohenen wurden im Nachhinein exmatrikuliert. Zwischen Mauerbau und Mauerfall wurden mindestens zehn Universitätsangehörige wegen „staatsfeindlichem Verhaltens“ und Agententätigkeit und 42 wegen Republikflucht inhaftiert, vermutlich waren es noch sehr viel mehr; dazu jeweils ungefähr 60 endgültige und 60 zeitweilige Exmatrikulationen, darunter auch von einigen ausländischen Studenten. Medizin- und Theologiestudierende lagen deutlich über dem Durchschnitt,³⁹ wobei Studierende der Theologie bei einer Exmatrikulation die Möglichkeit hatten, nach einer zeitlichen Pause an einer der drei kirchlichen Hochschulen in Leipzig, Naumburg oder Berlin weiterzustudieren und damit im Gegensatz zu den anderen Studierenden im Konfliktfall eine reale Alternative besaßen.

IX

Die zeitlichen Schwerpunkte politischen Widerstands und politisch begründeter Verfolgung lagen um 1961/62, um 1968 und Anfang der 1980er Jahre in der Zeit der Formierung der kirchlichen Friedensbewegung, wie man überhaupt sagen muss, dass es sehr häufig christliche Prägungen und Einstellungen waren, die Universitätsangehörige in Konflikt mit Staat und Ideologie führten und in die sie gebracht wurden. Als im Zuge der 3. Hochschulreform um 1970 gemusterten Bausoldaten, auch den Theologen, grundsätzlich der Zugang zu den Universitäten verweigert worden ist und schon gediente Bausoldaten dann an der Universität Waffendienst im obligatorischen Wehrlager ableisten sollten, wurden etliche Verweigerer befristet oder endgültig exmatrikuliert.⁴⁰

die Studenten der Theologie Thomas Begrich, Wolfram Tschiche, Jörg Ernst, Johannes Staemmler, Hans-Martin Ilse und der Student und spätere Professor für Statik und Dynamik Werner Schneider, der nach seinem Wehrdienst als Bausoldat sogar arbeitslos war und dem bei seiner Re-Immatrikulation zwei Jahre später mitgeteilt wurde, dass Leistungsstipendium und akademische Laufbahn für ihn ausgeschlossen seien, so dass er erst nach dem Ende der DDR eine wissenschaftliche Tätigkeit aufnehmen konnte.

Als parallel zu der kirchlichen Bewegung um den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ die kirchliche Initiative für einen Sozialen Friedensdienst bekämpft wurde, wurden 1982 sechs zum Studium der Rehabilitationspädagogik delegierte Lehrerinnen und Lehrer relegiert oder exmatrikuliert und teilweise aus dem Schuldienst entlassen. Im Herbst 1984 wurden fünf Theologiestudenten nach Verweigerungen und Konflikten im ZV-Lager exmatrikuliert (Kai Becker, Eckard Junghans, Jochen Läßig, Christian Ohm, Thomas Rudolph).⁴¹ Bis in den Herbst 1989 wurden Studierende exmatrikuliert.⁴²

X

Die Grenzen zwischen Opposition, Widerstand, Widerspruch, Nonkonformität sind oft nicht so genau zu ziehen, wie es sich ein Typologe wünscht.⁴³ Und gleichzeitig war es immer entscheidend, wie SED und MfS eine Haltung oder eine Handlung bewerteten und verfolgten. Die bloße Mitgliedschaft konnte Zeugen Jehovas in den 1950er Jahren 25 Jahre hinter Gitter bringen;⁴⁴ in den frühen 1950ern konnte die Mitgliedschaft in der ESG zur Exmatrikulation oder Verhaftung führen und darüber hinaus lebenslang Biographien beeinflussen. Manchmal blieben hingegen die Autoren scharfer Briefe, damals so genannter „Eingaben“ an die Partei- und Staatsspitze unversehrt. Es gab sogar einzelne Fälle, in denen Studierende in den 1980ern ohne Folgen ihren FDJ-Ausweis abgaben.

Das System der Verfolgung bestand in seiner Unberechenbarkeit und scheinbaren Inkonsequenz, mit der die einen belangt wurden und die anderen unbehelligt blieben. Nicht jeder Fall wurde verfolgt, aber es bestand die permanente Drohung. In vielen Fällen haben schon Schulen und Universitätsleitungen zusammen mit dem MfS die Immatrikulation kritischer, oft konfessionell gebundener Schülerinnen und Schüler verhindert, manchmal sind solche aber auch zugelassen worden. Oft ist ihnen aber schon vorher der Zugang zur Erweiterten Oberschule (EOS) und das Abitur verweigert worden. Auch um die Quote von Arbeiter- und Bauernkindern zu erhöhen, sind Kinder zu Ober-

schulen oder Studienbewerber und -bewerberinnen manchmal nicht zugelassen worden, wenn ihre Eltern Akademiker waren. Ein Zusammenhang zwischen den direkten und indirekten Folgen dieser Zulassungspolitik und der abnehmenden Zahl politischer Verfahren lässt sich nur schwer bestreiten. Aber verschwunden sind organisierter und spontaner Protest, Widerspruch, Resistenz und Verweigerung nicht. Es sind immer Einzelne, die aktiv waren, geworden sind, zu „Fällen“ gemacht wurden, auch zu Opfern, unabhängig von dem Grad ihrer Aktivität. Diktaturen stellen „Fälle“ und Minderheiten vor allem auch deshalb her, um die Mehrheit zu bändigen und der Mehrheit zu zeigen, was geschehen kann. Manchmal werden die Auffälligen, manchmal die Unauffälligen gegriffen. Verfolgt wird, um das Zentrum zu disziplinieren. Ohne die tatsächliche Verfolgung und die drohende Situation von Verfolgung lässt sich die Mehrheitsgesellschaft nicht verstehen. Macht stellt Grenzen her, um stabil zu erscheinen. Neben dem ehrenden Gedenken an die, die hiervon betroffen wurden oder sich betroffen gemacht haben, besteht wohl hierin die größte Herausforderung: die nicht oder kaum betroffene Mehrheit stellt sich den Betroffenen und Verfolgten – und damit sich selbst.

XI

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die eigentliche Stärke von Demokratien zeigt sich darin, dass sie Minderheiten, dass sie einzelne Positionen unter besonderen Schutz stellt und privilegiert. Das ist das höchste Gut. Wir brauchen die Erinnerung an Unrecht und Diktatur nicht nur, um uns auf die gegenwärtigen Herausforderungen zu besinnen, die Freiheit von Religion, Meinung, Presse, Wissenschaft und den Minderheitenschutz betreffen. Die DDR ist leibhaftig, sie wird gespürt und geschmeckt. Zeit- und Augenzeugen, Beteiligte, Akteure, Mittäter und Verantwortliche, sind unter uns und sie werden es noch lange sein. Heute stehen die Betroffenen, die Akteure und die Opfer zur Debatte. Anfangs habe ich an den, wie mir scheint, bis heute fehlenden Grundkonsens über die zweite deutsche Diktatur erinnert. Mit dem heutigen Gedenken, das auf einen Senatsbeschluss zurückgeht, hat die Universität vor Ort diesen Konsens hergestellt.

Anmerkungen

- 1 Zum Ablauf der Ereignisse vgl. André Gursky: Zivilcourage. Der 17. Juni 1953 in Halle. Die Verfolgung und Verurteilung von Teilnehmern des Volksaufstandes, dargestellt auf der Grundlage von Akten der Justiz und des Ministeriums für Staatssicherheit. Magdeburg 2003, S. 6–8; weiterführend: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale. 2., korr. Aufl. Bremen 2003; Hermann-Josef Rupieper, Daniel Bohse und Inga Grebe et al. (Hg.): „... und das Wichtigste ist doch die Einheit“. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg. Münster; Hamburg 2003; Stefanie Wahl: Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Halle. Schlaglichter. Magdeburg 2003.
- 2 Vgl. Steffen Könnau: Zwei Morde. Vor 60 Jahren wurde der Student Gerhard Schmidt in Halle von Gefängniswachen erschossen – und anschließend zum Opfer angeblicher Aufständischer umgelogen. In: Mitteldeutsche Zeitung, 24 (2013), Nr. 137 vom 15./16.5.2013, 23; Rupieper, Einheit (wie Anm. 1), S. 229; <http://www.17juni53.de/tote/schmidt.html> (Stand: 15.8.2019).
- 3 Zitiert nach Sybille Gerstengarbe und Horst Hennig: Opposition, Widerstand und Verfolgung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945–1961. Eine Dokumentation. Leipzig 2009, 378. Bemerkenswert ist die Anwesenheit Max Schneiders, der infolge einer Kinderlähmung körperbehindert war.
- 4 Zu Priel und Isermeyer vgl. Gursky, Zivilcourage (wie Anm. 1), S. 39–50; Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 3), 379–413; Herbert Priel: Impressionen politischer Haft in der DDR. In: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 11 (2002), S. 94–97.
- 5 Zu diesen Angaben vgl. Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 3), S. 603–613.
- 6 Biogramme ebd., S. 630, 647, 666, sowie 78–80, 95–98, 218–237, sowie jetzt wie Angaben zu vielen im folgenden genannten Namen bis 1961 unter: <https://www.catalogus-professorum-halensis.de/politische-verfolgung-ddr/verfolgte.htm>.
- 7 Vgl. ebd., sowie Biogramme in Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 3), S. 627, 655, 664 f.
- 8 Vgl. Christina Müller: Die Jungen Gemeinden in der DDR am Beispiel der Evangelischen Studentengemeinde Halle. In: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 13 (2003), S. 63–96; sowie Joachim Klose (Hg.): Religion statt Ideologie? Christliche Studentengemeinden in der DDR. Leipzig 2012; Peter-Paul Straube: Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale. 2. Aufl. Leipzig 1997.
- 9 Gerhard Besier: Die Einsicht in Schuld und die Freiheit, neu anzufangen. Fünf Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung. In: Heiner Timmermann (Hg.): Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert – der Fall DDR. Berlin 1996, S. 373–386, hier: S. 386.

- 10 Vgl. Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 3), S. 119–132 (Der Fall Willi Brundert), S. 631 f.; Franz-Josef Kos: Politische Justiz in der DDR der Dessauer Schauprozeß vom April 1950. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 44 (1996), S. 395–429; Willi Brundert: Es begann im Theater ... „Volksjustiz“ hinter dem eisernen Vorhang. Berlin; Hannover 1958; Günter Buchstab et al. (Hg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation Düsseldorf 1998, S. 25 f., 154.
- 11 Vgl. Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 3), S. 195–209.
- 12 Müller, *Die Jungen Gemeinden* (wie Anm. 8) und Friedemann Stengel: Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71. Leipzig 1998, S. 66–71, 238–259.
- 13 Vgl. zum Überblick über diese Vorgänge Rudolf Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990). Leipzig 2005, S. 45–50.
- 14 Andreas Thulin: Durch Verhaftung ... das Handwerk legen. Die Evangelische Studentengemeinde Halle (Saale) 1953 und die Inhaftierung von Studentenpfarrer Johannes Hamel. 2. Aufl. Halle 2004; André Gursky: Vorgang „Riga“. Die „Bearbeitung“ eines evangelischen Studentenpfarrers 1953 in Halle (Saale) durch das Ministerium für Staatssicherheit. Magdeburg 1998; Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 3), S. 340–353, Abdruck des handschriftlichen Briefes von Stern an Ulbricht ebd., S. 344f.
- 15 Vgl. Stengel, *Fakultäten* (wie Anm. 12), S. 265.
- 16 Zitiert nach ebd., S. 268.
- 17 Ebd., S. 263.
- 18 Vgl. ebd., S. 238–259: Die Bedeutung des Prozesses gegen den Leipziger Studentenpfarrer Siegfried Schmutzler für die Theologischen Fakultäten und die Fakultätspolitik der SED.
- 19 Ebd., S. 263.
- 20 Vgl. Günter Schenk und Regina Meyer: Auch das war die DDR. Zum Verbot der Wissenschaftlergemeinschaft „Spirituskreis“ vor 50 Jahren und zur Revisionismusbekämpfung 1958. Halle 2007, S. 201–268.
- 21 Vgl. Stengel, *Fakultäten* (wie Anm. 12), S. 260–294; Gerstengarbe/Hennig, *Opposition* (wie Anm. 3), S. 528–574; sowie umfassend: Schenk/Meyer, *DDR* (wie Anm. 20), S. 19–200; Günter Mühlpfordt und Günter Schenk in Verbindung mit Regina Meyer: Der Spirituskreis [1890–1958]. Eine Gelehrten-gesellschaft in neuhumanistischer Tradition. Vom Kaiserreich bis zum Verbot durch Walter Ulbricht im Rahmen der Verfolgungen an der Universität Halle 1957 und 1958. Bd. 2: 1945–1958. Halle 2004.
- 22 Stengel, *Fakultäten* (wie Anm. 12), S. 294.
- 23 Vgl. Stengel, *Fakultäten* (wie Anm. 12), S. 258, 291.

- 24 Vgl. Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 3), S. 553–584: Die Verfolgung von Roland Hedewig; Roland Hedewig: Bericht über meinen Lebensweg.
- 25 Vgl. zu beiden Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 3), S. 486–515: Die Zerschlagung eines feindlichen Debattierklubs; S. 629–630, 669.
- 26 Vgl. ebd., S. 303–331: Friedhelm Thiedig: In den Strafvollzugsanstalten Halle und Torgau in den Jahren 1952 bis 1955, S. 672.
- 27 <https://www.catalogus-professorum-halensis.de/politische-verfolgung-ddr/verfolgte.htm>.
- 28 Vgl. Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 3), S. 378 sowie Horst Hennig: Wie kommt ein Student der Martin-Luther-Universität nach Workuta, ebd., S. 145–188.
- 29 Als Ende 1980 vier Theologiestudenten den Wehrsport verweigerten, erwogen MfS und Universitätsleitung die Exmatrikulation. Nach fast einem halben Jahr Verhandlungen sprach ihnen der Sektionsdirektor Gerhard Wallis nach dem Bericht des GMS „Kurt“ (der ML-Dozent Werner Prokoph) ohne „Konsultation mit dem Rektor bzw. der Leitung der MLU“ einen Verweis aus und verabschiedete sie, so „Kurt“, „mit Handschlag wie zu einer Auszeichnung“, wodurch er nach Auffassung der Sektion die Exmatrikulation verhindert habe, vgl. Friedemann Stengel: Zur Rolle der Theologischen Fakultäten in der DDR 1980–1990. In: Kurt Nowak und Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hg.): Zehn Jahre danach. Die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft (1989–1999). Leipzig 2000, S. 32–78, 69.
- 30 Vgl. Stengel, Fakultäten (wie Anm. 12), S. 286 f.; Gerstengarbe/Hennig, Opposition (wie Anm. 3), S. 442–446; hier auch Ausführungen zu den anderen Genannten.
- 31 <https://www.catalogus-professorum-halensis.de/politische-verfolgung-ddr/profs-fuer-studies.htm>.
- 32 Vgl. vorläufige Angaben auf der Basis der derzeitigen Forschungsstandes bei Andreas Thulin: Politische Verfolgung von Studierenden und Mitarbeitenden an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg von 1961 bis 1989. In: Andreas Ranft und Michael Ruprecht (Hg.): Universität und Stadt. Sichtbarkeit, Lebensform, Transformation. Halle (Saale) 2018, S. 108–132. Vgl. auch Angaben bei Steffen Reichert: Unter Kontrolle. Die Martin-Luther-Universität und das Ministerium für Staatssicherheit 1968–1989. 2 Bde., Halle 2006.
- 33 Vgl. https://www.ddr89.de/personen/eigenfeld_f.html (Stand: 16.8.2019).
- 34 Vgl. <https://www.zeitzeugenbuero.de/index.php?id=detail&zzp=7> (Stand: 16.8.2019); Peter Bohley: Sieben Brüder auf einer fliegenden Schildkröte. 2. Aufl. Norderstedt 2005.
- 35 Vgl. Anna Kaminsky: Frauen in der DDR. 2. Aufl. Berlin 2017, S. 238–242; <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wer-war-wer-in-der-ddr-%2363%3B-1424.html?ID=696>; https://www.zeitzeugenbuero.de/index.php?id=detail&tx_zrwzeitzeugen_zeitzeugen%5Buid%5D=6&tx_zrwzeitzeugen_zeitzeugen%5Bcontroller%5D=Zeitzeugen (Stand: 16.8.2019); Helmut Müller Enbergs: Katrin Eigenfeld. In: Ilko-

Sascha Kowalczuk et al. (Hg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. Berlin 2006, S. 260–263.

- 36 Vgl. Johannes Mehlig: Wendezeiten. Die Strangulierung des Geistes an den Universitäten der DDR und dessen Erneuerung, Bad Honnef 1999, S. 181–190.
- 37 Vgl. Dieter Nover: Tagebuch 1959–1963. In: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 11 (2002), S. 98–109, hier: S. 103; Hermann-Josef Rupieper (Hg.): „Es gibt keinen Ausweg für Brandt zum Krieg“. August 1961 an der Martin-Luther-Universität, Halle 2002, S. 70–82.
- 38 Vgl. vorläufig: https://de.wikipedia.org/wiki/Christa_Heilmann (Stand: 16.8.2019).
- 39 Vgl. diese vorläufigen Angaben bei Thulin, Verfolgung (wie Anm. 32), S. 124 f.
- 40 Vgl. zu diesen Vorgängen Stengel, Fakultäten (wie Anm. 12), S. 661–668.
- 41 Vgl. vorläufig nur: Stengel, Rolle (wie Anm. 29), S. 58.
- 42 Vgl. jetzt Udo Grashoff: Studenten im Aufbruch. Unabhängige studentische Interessenvertretung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1987–1992. Halle 2019.
- 43 Vgl. etwa Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. 1. Aufl. Bonn 1997, S. 26–33.
- 44 Vgl. dazu Falko Schilling: Die Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945 bis 1951. Neuanfang, Behinderung und Verfolgung. Halle (Saale) 2014.



Pfarrer i. R. Christoph Wonneberger während der Predigt beim ökumenischen Bittgottesdienst zum Fest der Begegnung in der Gedenkstätte Marienborn am 3.10.2019.

„Wenn dein Kind dich morgen fragt...“

Ansprache zum Ökumenischen Bittgottesdienst am Tag der Deutschen Einheit, 3. Oktober 2019, in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Christoph Wonneberger

Liebe Gemeinde,
liebe Freunde!

Gestern habe ich eine kleine Radtour zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gemacht, von Schöningen nach Marienborn. Ich wollte mit dem Rad was Neues erfahren. Vor sechs Wochen erst hatte meine Tochter gefragt: „Ich würde gerne eine Fahrradtour machen, was empfiehlst du mir?“ Ich sagte: „Fahr mal entlang der früheren Westgrenze... Das ist spannend.“ – Meine Tochter ist ’89 geboren. – „...Brocken, Werra, Rhön entlang

der Ulster, Point Alpha, Weg der Hoffnung, Rennsteig, natürlich Marienborn.“ – Zwei Wochen war sie unterwegs. Jetzt ist sie wieder zu Hause. Sie hat das „Grüne Band“ erfahren.

Ich habe hier auch ein grünes Band mitgebracht: Eine Stola [umgelegt], ein Mitbringsel von einer Friedenskonferenz in Korea vor vier Jahren. Dort habe ich eine Friedensfahrt durch Nord- und Südkorea angeregt. Gelungen ist im gleichen Jahr dann lediglich eine symbolische Fahrradtour entlang dem 38. Breitengrad, leider nur auf der Südseite. Das war für Korea also noch nicht das „Grüne Band“, auch wenn wir uns viel im Grünen befanden. Die Hoffnung gebe ich aber noch nicht auf, auch die Koreaner nicht.

Wenn einer nun heute oder morgen fragt: „Was bist Du denn für einer?“ – Ich bin 1944 geboren, noch im Deutschen Reich, im sogenannten Dritten Reich, aufgewachsen in der „Zone“, dann in der Deutschen Demokratischen Republik, die ich nicht besonders demokratisch erlebt habe. Und jetzt lebe ich fast 30 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland.

„Wie war das?“

An die ersten fünf Jahre, das Dorf im Erzgebirge, kann ich mich kaum erinnern. An die Schule, die Ausbildung in Chemnitz – damals Karl-Marx-Stadt – schon besser. Beizeiten habe ich mich verweigert, mich in der damaligen täglichen Lüge einzurichten. Ich wollte nicht mit zwei Gesichtern leben und nicht mit den Wölfen heulen. Das hatte Folgen: keine Oberschule, also kein Abitur, keine freie Berufswahl. Es blieb mir aber, Theologie zu studieren. Und als Pfarrer hatte ich relativ viele Freiheiten. Ich wollte mich nie verbiegen lassen.

Ich wollte auch nichts „werden“! Ich war, ich bin so frei! Auch jetzt.

Der heutige Text ist aus dem Buch Exodus:

„Und wenn dich heute oder morgen dein Kind fragen wird: So sollst du ihm sagen: Wir waren Knechte des Pharaos in Ägypten. Und der HERR hat uns mit mächtiger Hand aus Ägypten geführt. Denn da der Pharao hart war, uns loszulassen...“

Wir waren Knechte in Ägypten, nicht frei, aber satt. Die bürgerlichen Freiheiten waren sehr beschränkt. Wir lebten viele Jahre hinter Mauer und Stacheldraht. Alle Informationen wurden zensiert. Alles unter Beobachtung.

„Der Pharao war hart, uns loszulassen...“

So viele Arbeitskräfte! In den 40 Jahren haben viele die DDR verlassen, über zwei Millionen mit und ohne Antrag.

Ich wollte nicht weg! Ich war Pfarrer in Dresden und hatte 1980 die Idee zu einem alternativen Dienst statt dem zwangsweisen Militärdienst. Ich nannte diese Initiative „Sozialer Friedensdienst“ (SoFd). Die Idee verbreitete sich schnell in den Friedensgruppen der DDR. Und darüber hinaus. Wir suchten nach einer eigenen Struktur, einer Strategie, öffentlich wirksam zu sein. Wir nannten das neue Format unverfänglich „Friedensgebet“, mehr als Arbeitstitel. Im Hinterkopf hatte ich dabei das „Politische Nachtgebet“, das von Dorothee Sölle im Jahr 1968 in der Antoniterkirche in Köln begründet wurde.

Ende 1981 verabredeten wir, solche Friedensgebete in größeren Städten regelmäßig einzurichten als ein neues Format. Wir begannen die Friedensgebete im Frühjahr 1982 in Dresden. Jede Woche. Immer am gleichen Ort. Mit selbständigen Friedensgruppen. Später folgten Friedensgebete auch in anderen Städten.

1986 übernahm ich die Friedensgebete in Leipzig. Es beteiligten sich immer mehr Basisgruppen mit ihren Schwerpunkten wie Frieden, Dritte Welt, Gerechtigkeit, Umwelt, Frauen- und Menschenrechte.

Ich habe mir viele Freiheiten genommen und zum Beispiel ein Fotolabor eingerichtet, Siebdruck gelernt, Plakate gedruckt, eine Tonanlage selbst gebaut, Druckmaschinen organisiert und benutzt, um dem staatlichen Macht- und Meinungsmonopol im öffentlichen Raum etwas entgegen zu setzen. Und dann, im Januar 1988, entdeckten die Ausreiseantragsteller, dass sie sich unter dem Dach der Leipziger Nikolaikirche mit ihren eigenen Themen und Interessen formieren konnten. Die ersten Montagsdemonstrationen wurden vor allem von sogenannten Ausreisern organisiert. Sie versammelten sich erst in und dann vor der Kirche, um die eigene Ausreise zu befördern.

Innerhalb kurzer Zeit änderte sich die Zusammensetzung der Teilnehmer. Es waren zunehmend Menschen, die die DDR nicht verlassen wollten unter den Protestierenden auf dem Nikolaikirchhof, Menschen, die im Land Veränderungen herbeiführen wollten. Die Teilnehmer der Friedensgebete entschlossen sich im September 1989 zu einer großen Demonstration. Es waren 5.000 bis 8.000 Teilnehmer!

Diese Bewegung war nicht mehr aufzuhalten. Der wichtigste Tag war der 9. Oktober – die Leipziger Montagsdemonstration mit 70 bis 100.000 Teilnehmern. Für viele waren das die ersten Schritte zum aufrechten Gang.

Konnte eine gewaltfreie Revolution gelingen? Hatte der HERR die Hände im Spiel? Oder war es nur eine Selbstbefreiung?

Ich meine: Jedenfalls war es ein Glücksfall der Geschichte.

Für mich und für viele andere stellte sich die Frage: Ist denn eine solidarische Gesellschaft ohne Bevormundung überhaupt möglich?

Ende Oktober war ich leider nicht mehr an der weiteren Bewegung beteiligt. Ich erlitt einen Schlaganfall. Den Mauerfall habe ich nur von der Intensivstation eines Leipziger Krankenhauses aus erlebt.

Eine Woche später saß ich im Auto eines Pfarrers einer Partnergemeinde in Hannover. Er ist einfach in Marienborn durchgebraust. Hier, den Grenzübergang Marienborn kannte ich schon aus der Zeit vor 1961. Aber x-mal habe ich die Passage anders erlebt, meistens im Warte-Stau, und fast immer wurde ich gefilzt.

Nach einem Jahr Therapie in Hannover ging's wieder nach Hause, nach Leipzig. Da merkte ich, ich bin zwar nach Osten gefahren und doch bin ich plötzlich im Westen gelandet, ohne es zu wollen.

Und ich merkte, dass man inzwischen die einmalige Chance verpasst hatte, dass das deutsche Volk nach der Vereinigung 1990 in freier Entscheidung eine neue Verfassung beschließt. Schade! In dieser Verfassung hätten nicht nur die bürgerlichen Freiheiten, sondern auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte als einklagbare Grundrechte verankert werden müssen.

Jetzt, nach 30 Jahren, merkt jeder: Das gelobte Land haben nur wenige erreicht. Sie haben ihre Freiheit genutzt: Eine babylonische Gefangenschaft des Geldes mit ihrem asozialen Markt zu schaffen.

Wir produzieren mit unserer Wirtschaft selbst Flüchtlinge. Weltweit! Mit unserem Rüstungsexport. Mit unserer Landwirtschaft.

Kein Wunder!

Ein neuer Exodus ist die Folge. Und was für ein Europa wollen wir? Ein Europa als Festung – oder als Fluchtort? Und noch einen zweiten Exodus sehe ich: am Freitag, „Fridays for Future“ – „Ihr klaut uns die Zukunft!“ Da ist was dran!

Liebe Erwachsene, Ihr aus dem Westen und Ihr aus dem Osten!

Meine Tochter oder Euer Sohn werden Euch heute oder morgen fragen: „Warum habt Ihr es soweit kommen lassen?“

Nutzt den Feiertag!

Liebe Freunde, das Gespräch ist dran!

Amen.

Ja, Ja.

Rezensionen



**Louis Bertrand: Nummer 85250.
Konzentrationslager Buchenwald –
Außenkommando Langenstein-Zwieberge
Erinnerungen / Témoignage
(Schriftenreihe Biographien, Erinnerungen,
Lebenszeugnisse der Stiftung Gedenkstätten
Sachsen-Anhalt, Bd. 6, Halle 2019)**

Rezensiert von Sabine Scholz, Redakteurin der
Volksstimme Investigation Harz GmbH

Langenstein-Zwieberge: Wer ist der Mann, der
nach seinem Tod 2013 unbedingt auf dem Ge-
lände des einstigen Konzentrationslagers Lan-

genstein-Zwieberge beerdigt werden wollte? Der Franzose Louis Bertrand war gewillt, „im Tode und darüber hinaus mit seinen in der Deportation gestorbenen Kameraden vereint“ zu sein. Ein Wunsch, der ihm erfüllt wurde. Regelmäßig besuchen Vertreter aus dem Département du Territoire de Belfort das Grab des lebensfrohen Familienvaters, der den Grundstein legte für die Partnerschaft der französischen Region und des heutigen Landkreises Harz.

Wer war er also? Einen kleinen Einblick in seine Art zu denken, zu kämpfen, die Welt zu sehen, gewährt sein jetzt erschienenes Buch „Nummer 85250. Konzentrationslager Buchenwald – Außenkommando Langenstein-Zwieberge. Erinnerungen“. Das von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt herausgegebene Buch ist zweisprachig. Ins Deutsche übersetzt hat es Winnie Bennedsen, mit einordnenden und erklärenden Fußnoten versehen haben die Erinnerungen Kristina Wengorz und Nicolas Bertrand. Letzterer ist nicht verwandt mit dem 1923 in Belfort geborenen Louis Bertrand, als Leiter der KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge aber selbst interessiert an dem, was die Überlebenden des Lagers zu berichten haben.

Louis Bertrand hatte 1990 begonnen, seine Erinnerungen aufzuschreiben. Der jetzt veröffentlichte Band enthält nicht nur einige Fotos, sondern auch Illustrationen, zu denen sein Schwager André Meyer nach der Lektüre der 2005 erschienenen Erstausgabe der Erinnerungen angeregt worden war. Und noch etwas ist neu an der Zweitausgabe.

Neben dem von Louis Bertrand angelegten Glossar sind Rundbriefe veröffentlicht, mit denen Jean-Paul Mattern nach der Rückkehr aus der KZ-Haft versucht hatte, Informationen über ehemalige Mithäftlinge zu sammeln, den Familien Nachrichten zukommen zu lassen und die Verbindung zu knüpfen zu weiteren Überlebenden der Hölle von Langenstein. Dass Bertrand überlebte, hat er auch Mattern zu verdanken, der ihm oft zur Seite stand in der Zeit, als sie unter unmenschlichen Bedingungen versuchten, nicht Opfer der perfiden Methode „Vernichtung durch Arbeit“ zu werden. Doch die extreme Mangelernährung bei körperlicher Schwerstarbeit, die fehlende Körperhygiene und medizinische Versorgung haben auch die Überlebenden lebenslang gezeichnet.

Bertrand schildert sachlich, was er erlebte, manches durchaus humorvoll. Er berichtet, an was er sich erinnert, wissend, dass manche Erinnerungen unscharf und verwischt sind. Aber gerade dadurch wird dieser Bericht so glaubwürdig.

Der Erinnerungsband setzt 1940 ein. Der junge Franzose ist in der katholischen Pfadfinderschaft engagiert, die während der Besatzungszeit mehr und mehr im Widerstand aktiv wird. Am 31. August 1944 wird Bertrand verhaftet, am 5. September beginnt eine mehrtägige Fahrt für die in Viehwaggons zusammengepferchten Gefangenen nach Buchenwald. Er muss es gar nicht oft selbst sagen – wie entwürdigend, demütigend und brutal die Bedingungen waren, wird in den Schilderungen sichtbar. Und doch war Buchenwald nur eine Vorstufe des Grauens, das dem jungen Franzosen noch bevorstehen sollte.

Die Sachlichkeit Bertrands hilft dem Leser, auszuhalten, was die Menschen in Zwieberge erleiden mussten, auch, weil an manchen Stellen der Humor Bertrands aufscheint. Er überlebte den Todesmarsch, extrem entkräftet und schwer krank. Mehr als zwei Jahre sollte es dauern, bis er wieder am Alltagsleben teilnehmen konnte – erst musste er noch den Kampf gegen die Ruhr, die Tuberkulose und schwere Rippenfellentzündungen gewinnen. Er gewann und hat uns ein Buch hinterlassen, das gelesen werden muss.

Aus der Arbeit der Stiftung



Neues Besucherleitsystem und Ausstellungsbereiche auf dem Gelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und am Grenzdenkmal Hötensleben

Susan Baumgartl

„Wie ein gestrandeter Wal“ liege der ehemals größte DDR-Grenzübergang an der inner-deutschen Grenze neben der Autobahn, meinte vor einigen Jahren ein Besucher der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Die bildhafte Analogie zum Meeresgiganten, der von seinem Element getrennt ist, verweist auf die isolierte Lage des einstigen Kontrollareals: Der historische Ort ist in mehrfacher Hinsicht von seinen räumlichen und funktionalen Bezugspunkten abgeschnitten. Das bis 1989/90 täglich von tausenden Fahrzeugen frequentierte Gelände besitzt keine unmittelbare Anbindung an die Autobahn. Die früheren Fahrspuren in der Ein- und Ausreise sind durch den partiellen Abriss und den Bau der benachbarten Tank- und Rastanlage verschwunden. Die erhaltenen Abfertigungsbereiche aus den 1970er Jahren sind in ihrer Architektur so modern, dass sie vom ungeübten Auge vielfach nicht als „historisch“ wahrgenommen werden. Wer die Grenzkontrollen nicht selbst erlebt hat, für den ist es schwer, sich den Ort in seiner Funktion und streng reglementierten Dynamik vorzustellen.

Vor allem für die zunehmende Zahl der Besucherinnen und Besucher, für die die Zeit des geteilten Deutschlands 1945 bis 1990 und die Grenzpassage zwischen der DDR und der Bundesrepublik nicht zur eigenen biographischen Erfahrung gehören, ist die Erkennbarkeit der Grenzübergangsstelle und die Orientierung auf dem weitläufigen Gelände mit seinen eindrucksvollen Bauzeugnissen nicht ohne weiteres möglich. Hier bedarf es verstärkter Anstrengungen, den historischen Schauplatz in seinen räumlichen und funktionalen Dimensionen sichtbar zu machen.

Diese Bestandsaufnahme war Ausgangspunkt für die Neukonzeption des Besucherleit- und -informationssystems in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und am Grenzdenkmal Hötensleben. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Erklärungsbedarfs und der Notwendigkeit einer Orientierung auf den weitläufigen Außenbereichen erarbeitete die Gedenkstätte in den Jahren 2017 bis 2019 moderne Informationselemente und neue Ausstellungsbereiche. Die feierliche Eröffnung fand am 9. November



Eröffnungsrundgang am 9. November mit Staatsministerin Prof. Dr. Monika Grütters und den Ministerpräsidenten Stephan Weil (Niedersachsen) und Dr. Reiner Haseloff (Sachsen-Anhalt).

2019 im Rahmen der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Grenzöffnung im Jahr 1989 statt.

Das Vorhaben ist eng verknüpft mit der Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung im Hauptgebäude der Gedenkstätte bis 2020. Für beide Projekte gilt der Ansatz, vom historischen Ort her zu erzählen. Vor dem Hintergrund einer pluralistischen europäischen Erinnerungskultur, neuer historischer Erkenntnisse sowie veränderter Erwartungshaltungen und Anforderungen an die Gedenkstättenarbeit infolge des gesellschaftlichen Wandels, war es erforderlich, die inzwischen in die Jahre gekommenen Informationstafeln im Außengelände und die 18 Jahre alte Dauerausstellung durch eine zeitgemäße und publikumsorientierte Repräsentation abzulösen.

Ausgehend vom konkreten Schauplatz, der Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn, und den Grenzanlagen vor der Gemeinde Hötensleben sollen Funktion und Folgen des DDR-Grenzregimes in ihren konkreten Bezügen und Wirkungsweisen erklärt und für Besucherinnen und Besucher verständlich werden. Die Ausstellungs- und Vermittlungstätigkeit der Gedenkstätte erfährt eine inhaltliche, methodische und räumliche





Im weitläufigen Außenraum der Gedenkstätte vermittelt die „Zeitschleuse“ wesentliche Fakten zur Kontrollpraxis und deren Bedeutung.

Erweiterung. Ausstellung und Besucherleitsystem sind auf eine stärkere individuelle Erfahrbarkeit des historischen Ortes und einen biographisch orientierten Zugang zu den unterschiedlichen Themenbereichen ausgerichtet. Insbesondere das Erschließen von typischen Abläufen, Alltagsrealitäten und Erfahrungen an der GÜSt soll möglichst an den konkreten Schauplätzen erfolgen. Für die stärker orts- und erfahrungsbezogene Vermittlung nutzt die Gedenkstätte den Zeugniswert der erhaltenen baulichen und außenräumlichen Strukturen der historischen Orte. So kann in Marienborn eine Brücke zwischen dem streng kontrollierten Abfertigungsreglement des vormals stark frequentierten Ortes und dem heute vielfach von der Autobahn seinen Funktionskontexten abgeschnittenen Gelände getrennten Ortes geschlagen werden. Am Grenzdenkmal Hötensleben kann der existenzbedrohende Charakter des Grenzregimes sowie die Erfahrungen der davon betroffenen Menschen aufgezeigt werden.

Die 1972 bis 1974 errichtete GÜSt Marienborn war die bedeutendste Grenzübergangsstelle an der innerdeutschen Grenze. Hier wurden die Reisenden, ihre Fahrzeuge und die transportierten Güter nahezu lückenlos kontrolliert. Ein weit in das Hinterland rei-



Die Texte auf den Informationstafeln sind auf Deutsch und Englisch verfasst.



chendes Überwachungssystem verhinderte im Zusammenspiel mit den eigentlichen Sperranlagen auf der GÜSt jeden Fluchtversuch von DDR-Bürgern. Die Besucherinnen und Besucher können das Gelände selbstständig erschließen sowie ehemalige Funktionseinheiten im Rahmen von kostenfreien Führungen besichtigen. Zusammen mit ihrer Außenstelle, dem Grenzdenkmal Hötensleben, das die gestaffelten Grenz- und Sperranlagen auf der Ausbaustufe von 1989 zeigt, stellt die Gedenkstätte ein einzigartiges Zeugnis der Spaltung Deutschlands und Europas in Ost und West von 1945 bis 1990 dar. Die erhaltenen Kontroll-, Überwachungs- und Sicherungsanlagen ermöglichen einen anschaulichen und umfassenden historischen Zugang zum Grenzregime der SED-Diktatur im Spannungsfeld zwischen systematischer Abschottung und partieller Öffnung.

Für die Realisierung des Projektes erhielt die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt eine anteilige Projektfinanzierung durch das Land Sachsen-Anhalt und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (Projektförderung nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes). Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn beteiligte sich mit zweckgebundenen Spendengeldern an den Gesamtkosten.

Ausgehend von der Kraft historischer Schauplätze kommt in der zeitgenössischen Erinnerungskultur originalen Gegenständen und Gebäuden ein hoher Stellenwert zu. Damit verbindet sich für das neue Ausstellungs- und Wegeleitsystem der Anspruch, die sinnliche Erfahrbarkeit des Ortes mit modernen Formen der Aufbereitung von zeitgeschichtlichem Wissen zu verknüpfen. Informationen sollen für den Besucher primär am Ort des früheren Geschehens erhältlich sein.

Die weithin sichtbaren Informationstafeln geben in Wort und Bild Auskunft zu den standortbezogenen Handlungs- und Interaktionsbereichen der DDR-Grenzkontrolle und des nahezu unüberwindbaren Grenzsicherungssystems an der innerdeutschen Grenze. Durch die mintgrüne Gestaltung heben sich die Informationselemente sichtbar von der Farblichkeit der historischen Orte ab. Eine Nummerierung der einzelnen Tafeln ermöglicht eine rasche Verortung auf dem Gelände, soll jedoch keine zwingende Reihenfolge des Rundgangs vorgeben.

Während in der Gedenkstätte Marienborn ein Geländeplan auf Deutsch und Englisch für den individuellen Rundgang zur Verfügung steht, halten die Informationstafeln in



Informationstafeln stehen auch auf dem südlichen Teil des Grenzdenkmals, der zur Gemeinde Hötensleben gehört.

Hötensleben eine Übersichtskarte bereit, die die Orientierung auf der Freifläche des Grenzdenkmals erleichtert.

Große Informationselemente, die sogenannten Zeitschleusen, bieten einen überblicksartigen Zugang zu den historischen Orten und ihrer Bedeutung im DDR-Grenzregime in der Zeit der deutschen Teilung. Die Besucherinnen und Besucher von Gedenkstätte und Grenzdenkmal erhalten so beim individuellen Rundgang am jeweiligen Standort Informationen über frühere Funktionsweisen der erhaltenen Strukturen sowie Einblicke in Erfahrungen der involvierten bzw. betroffenen Akteure, wie Angehörige der Kontrollorgane, Reisende oder Bewohner des DDR-Sperrgebiets. Neben der geschichtlichen Einordnung auf den Innenseiten haben sie auch eine Leitfunktion als weithin sichtbare Anhaltspunkte für die Orientierung auf dem Gelände.





Die „Zeitschleuse“ am Grenzdenkmal gibt einen Überblick über die Entwicklung der Grenzanlagen an der innerdeutschen Grenze.

Angesichts einer großen Zahl von Besuchern, die aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Alters die GÜSt Marienborn oder Grenzkontrollen nicht aus eigener Erfahrung kennen, ist nicht nur eine anschauliche Aufbereitung von zeithistorischen Informationen notwendig, um den historischen Schauplatz und die damit verbundene(n) Geschichte(n) zu vermitteln. Mit der Aufwertung der jeweiligen Eingangssituationen der Gedenkstätte und des Grenzdenkmals durch großformatige Informationselemente konnte nun eine stärkere Sichtbarkeit der historischen Orte und eine bessere Lesbarkeit im Sinne einer leicht zugänglichen Einordnung erreicht werden. Die installierten „Zeitschleusen“ wecken mit Fotos, Grafiken sowie kurzen Texten das Interesse für den historischen Ort und dienen als kompakte Sofortinformation für spontane und geplante Besuche. Insbesondere am Eingang West der Gedenkstätte ist durch den neuen Vorplatz und die zentrale Position des Eingangstores eine attraktive Außenwirkung der Gedenkstätte gelungen, die als ausgestreckte Hand für Besucherinnen und Besucher fungiert. Die bauliche und grafische Gestaltung weist eine deutliche Differenz zum benachbarten Raststättenareal auf und markiert einen klaren Übergang zum Gedenkort. In Ergänzung zur „Zeitschleuse“ auf der neu geschaffenen Freifläche zeigt ein Bronzemodell die his-



Aufwertung des Eingangs West mit Banner und der „Zeitschleuse“ auf dem neuen Vorplatz.

torischen Dimensionen der GÜSt Marienborn auf. Beide Elemente ermöglichen eine rasche Orientierung auf dem Gelände und zur Spezifik des Ortes.

Komplementär zur Informationsvermittlung auf dem Außengelände entstanden neue Ausstellungsbereiche in ehemaligen historischen Funktionseinheiten wie der Wechselstelle der DDR-Staatsbank und einer Passkontrollbaracke. Die vormals nur im Rahmen von Führungen zugänglichen Räume sind nun täglich auch für individuelle Besichtigungen geöffnet. Besucherinnen und Besucher erhalten somit Einblick in die heute noch erhaltenen Gebäude und in den Arbeitsalltag der Bankangestellten sowie in Ablauf und Hintergründe der Passkontrolle durch Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit.

Die bereits bestehende Ausstellung in den historischen Räumlichkeiten der DDR-Zollverwaltung wurde grundlegend überarbeitet und durch multimediale Informationsmodule erweitert. Hier kommen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu Wort, die Aufgaben und Auswirkungen der umfangreichen Grenzkontrollen erläutern.





Durch „Guckis“ in der Tür zum Schalteraum werden Fotos aus dem Alltag der Bankangestellten sichtbar, während der Blick durch das Türglas den historischen Raum einsehen lässt.

Die Neukonzeption der Vermittlungsarbeit versteht die erhaltenen Bauten, Funktionsbereiche und Außenräume der Gedenkstätte Marienborn wie auch des Grenzdenkmals Hötensleben als Orte, die ebenso wie konventionelle Ausstellungsbereiche in geschlossenen Räumen, historisches Lernen ermöglichen. Dieser Ansatz verbindet das Erleben der historischen Orte mit gestalterisch aufbereiteten zeithistorischen Informationen. Die deutliche Markierung und Gestaltung der Eingangsbereiche ziehen merklich mehr Besucherinnen und Besucher an, die das Gelände der Gedenkstätte erkunden. Der „gestrandete Wal“ ist in seinen räumlichen und historischen Dimensionen nun klar erkennbar – als erhaltener Schauplatz des DDR-Grenzregimes in der Zeit des Kalten Krieges sowie als lebendiger Gedenk- und Lernort.





Dr. Dietmar Sedlacek, Melanie Engler, Dr. Kai Langer und Prof. Dr. Sigrid Jacobeit im Gespräch mit dem Publikum während der Auftaktveranstaltung „Moringen – Lichtenburg – Ravensbrück“.

#80Jahredanach #AndersGedenken

„Wo Vergangenheit auf Gegenwart trifft: Das Frauen-KZ Lichtenburg – 80 Jahre danach“ | 9. Mai – 18. Juni 2019

Melanie Engler

„[...] Wir werden zur Lichtenburg gebracht. Die Lichtenburg ist Torgaus alte Feste, eine mittelalterliche mächtige Burg mit vielen Türmen, weiten Höfen, dunklen Verliesen und endlosen Sälen, ein beängstigender Riesenbau mit machtvollen Mauern, keine lichte Burg, sondern das ideale KZ. [...]“¹, erinnert sich die ehemalige Inhaftierte Lina Haag².

Im Herbst 1937 hatte die Inspektion der Konzentrationslager (IKL), eine Verwaltungszentrale der SS, ihre Bemühungen zur Einrichtung eines zentralen Frauenkonzentrationslagers in Prettin intensiviert. Zwischen Dezember 1937 und März 1938 wurden die weiblichen Gefangenen der Schutzhaftabteilung des Provinzialwerkhäuses Moringen in das Schloss Lichtenburg verlegt, das damit zum ersten zentralen Frauenkonzentration-

onslager für das gesamte Reichsgebiet unter der Leitung der IKL werden sollte.

Insgesamt wurden 1.415 Frauen im KZ Lichtenburg erfasst – Menschen, die von den Nationalsozialisten markiert und aus unterschiedlichen Gründen systematisch aus der von ihnen konstruierten Volksgemeinschaft ausgeschlossen wurden.

Zum 15. Mai 1939 erfolgte die Auflösung des Frauen-KZ Lichtenburg: Etwa 960 Inhaftierte sowie Teile des Lagerpersonals wurden in das KZ Ravensbrück verlegt, das zuvor am Reißbrett geplant worden war.

Wie kann man an diese historische Zäsur am besten erinnern und zugleich den 80. Jahrestag der Auflösung des Frauenkonzentrationslagers Lichtenburg in seiner Bedeutung unterstreichen?

Aus der anfänglichen Idee einer Einzelveranstaltung erwuchs im Team der Gedenkstätte sehr schnell der Gedanke, eine ganze Veranstaltungsreihe aufzulegen: „Wo Vergangenheit auf Gegenwart trifft: Das Frauen-KZ Lichtenburg – 80 Jahre danach“.

Aus der gegenwärtigen Perspektive, aus dem Hier und Jetzt, wollten die Gedenkstättenmitarbeiterinnen gemeinsam mit interessierten Gästen auf die Vergangenheit zurückblicken, um daraus natürlich auch Orientierungspunkte für die Gegenwart zu gewinnen – Orientierungspunkte, die dieser Tage offensichtlich dringender denn je benötigt werden.

Ideen gab es viele. Und so entstand sehr schnell ein Kalendarium mit sehr vielfältigen Veranstaltungen: Mit unterschiedlichen Formaten sollten verschiedene Aspekte des Frauenkonzentrationslagers, aber auch erinnerungskulturelle und gegenwartsbezogene Fragestellungen beleuchtet werden. Gleichzeitig sollten ganz bewusst Begegnungsräume geschaffen und Menschen zum Austausch miteinander eingeladen werden.

Mit der Juristin Elke Büdenbender, die sich sofort bereit erklärte, die Patenschaft für die Veranstaltungsreihe zu übernehmen, konnte erfreulicherweise sehr prominente Unterstützung für dieses Konzept gewonnen werden.

Moderiert von Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, wurde die Veranstaltungsreihe am 9. Mai 2019 unter dem Titel „Moringen – Lichtenburg – Ravensbrück“ eröffnet. Ziel der Auftaktveranstaltung, die zunächst eine historische Verortung ermöglichen sollte, war es, die Entwicklungsgeschichte von Frauenhaftorten im KZ-System deutlich zu machen und gleichzeitig auf zahlreiche Verbindungslinien





Die Patin der Veranstaltungsreihe, Elke Bündenbender, im Gespräch mit Franziska Sessler, der Urenkelin von Lina Haag.

zwischen den Orten Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück zu verweisen. Dr. Dietmar Sedlacek, Leiter der KZ-Gedenkstätte Moringen, Prof. Dr. Sigrid Jacobeit, Honorarprofessorin am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin, und Melanie Engler, Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, stellten in ihren Vorträgen jeweils ortsspezifische Besonderheiten heraus und gingen dabei sowohl auf die Entwicklung der Häftlingsgesellschaft als auch auf die Täterinnen und Täter ein.

Es folgte ein Filmabend mit einem sehr intensiven Publikumsgespräch in der Phönix Theaterwelt in der Lutherstadt Wittenberg: „Millis Erwachen. Perspektiven Schwarzer Frauen* gestern und heute“⁴.

Die Filmemacherin Dr. Natasha A. Kelly⁵ zeigte in ihrer Einführung zunächst sehr eindrücklich die Beständigkeit der Markierung, Stigmatisierung und Ausgrenzung auf, der Schwarze Menschen vor, während und nach dem Nationalsozialismus ausgesetzt waren und sind.

Der Film „Millis Erwachen“ portraitiert sehr sensibel und zugewandt acht Schwarze Frauen* verschiedenen Alters, die in Einzelinterviews berichten, wie sie als Kunstschaf-

fende in und durch ihre(n) Arbeiten die gängigen kolonialtradierten Stereotype überwunden und ihre eigene selbstbestimmte Identität als Schwarze Frauen* innerhalb der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft gebildet haben.

Im Anschluss an die Filmvorführung tauschten sich die Anwesenden mit Natasha Kelly über gegenwärtige Rassismen und mögliche Gegenstrategien aus. Dabei verwies Natasha Kelly immer wieder darauf, strukturelle Mechanismen und Gesamtzusammenhänge in den Blick zu nehmen und nicht aus einer individuellen Perspektive heraus zu urteilen.

Anlässlich des Internationalen Museumstages, der bundesweit am 19. Mai 2019 begangen wurde, hatten interessierte Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, an einem öffentlichen Rundgang unter dem Titel „Weibliche Perspektiven auf das KZ Lichtenburg 1937–39“ teilzunehmen. Thematisiert wurden Erinnerungen und Berichte ehemaliger inhaftierter Frauen, die Wahrnehmung des weiblichen Wachpersonals aus der Perspektive der Gefangenen sowie die Bedeutung der Lichtenburg als Frauenhaftort im Nationalsozialismus. Das Besondere an diesem Schwerpunktrundgang war, dass sich die Teilnehmenden aktiv beteiligen konnten, indem sie vorbereitete Passagen aus Zeitzeuginnenberichten szenisch vorlasen.

Auch die Frage des gegenwärtigen Umgangs mit dem historischen Ort in der Komplexität seiner Gesamtgeschichte wurde als ein weiterer Aspekt beleuchtet: Basierend auf intensiven Voruntersuchungen und Analysen von Schloss und Kulturlandschaft haben Studierende des Fachbereichs Architektur der FH Aachen in Begleitung ihrer Professorinnen Anke Fissabre und Heike Matcha während eines mehrtägigen Workshops Nutzungskonzepte für den Schlosskomplex entwickelt, die in vier Themenbereich gegliedert waren: Startvisionen, Kunst im Kontext, Geschichte erFAHREN sowie Kulturlandschaft Prettin. Die Ideen der Studierenden wurden unter dem Titel „Visionen für die Lichtenburg“ im Rahmen eines Werkstatteinblicks öffentlich vorgestellt und mit den anwesenden Gästen diskutiert. Immer wieder kamen sowohl die Studierenden als auch die Veranstaltungsgäste in ihren Diskussionen auf Fragen eines angemessenen Umgangs mit dem ehemaligen Tat-Ort, aber auch auf Aspekte der Realisierbarkeit von Ideen vor dem Hintergrund der räumlichen Situation und der infrastrukturellen Lage zurück.

Die Werkstattschau mit den Ideen der Studierenden wurde bis zum 30. August 2019 in der Gedenkstätte präsentiert.



Einen weiteren erinnerungskulturellen Akzent konnte Franziska Sessler setzen, die eigens zusammengestellte Passagen aus den Erinnerungen ihrer Urgroßmutter Lina Haag⁶ vorlas. Ermutigt durch einen Offizier der US-Armee, der für Kulturangelegenheiten zuständig war, hatte Lina Haag ihre Erinnerungen erstmals im Jahre 1947 unter dem Titel „Eine Handvoll Staub“ veröffentlicht.

Franziska Sessler kommentierte jede der vorgetragenen Passagen sehr persönlich und eindrucksvoll. Damit konnten im Rahmen der Lesung gleich zwei Perspektiven nebeneinandergestellt werden: die Perspektive einer Inhaftierten auf das KZ Lichtenburg und die Perspektive einer Angehörigen auf die Lebensgeschichte ihrer Urgroßmutter.

Franziska Sessler machte unter anderem deutlich, wie sich Lina Haags Erlebnisse während des Nationalsozialismus auf ihre eigene Biographie, auf Familie, Freundinnen und Freunde auswirkten und veranschaulichte damit, dass es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zahlreiche Tradierungen und Nach-Geschichten auf vielen verschiedenen Ebenen gab – natürlich auch innerhalb einer Familiengeschichte.

Im Anschluss an die Lesung fand ein Publikumsgespräch statt, an dem Elke Büdenbender als Patin der Veranstaltungsreihe teilnahm. Beide Frauen gingen dabei auf die Frage ein, wie man – vor dem Hintergrund des zunehmenden zeitlichen Abstandes zum Nationalsozialismus – eine vielfältige, partizipative und integrierende Erinnerungskultur gestalten kann und verwiesen in diesem Zusammenhang auch darauf, Angehörige wie Franziska Sessler aktiv einzubinden.

Am Folgetag wurde die Lesung in leicht verändertem Setting als geschlossene Veranstaltung mit Schülerinnen und Schülern der Sekundarschule Jessen-Nord wiederholt. Diese hatten sich im Rahmen von Projekttagen bereits intensiv mit der Geschichte der Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg auseinandergesetzt und sich zugleich mit ausgewählten Häftlingsbiographien beschäftigt. Die Lebensgeschichte von Lina Haag war ihnen deshalb nicht unbekannt. Im Anschluss an die Lesung, die erneut von persönlichen Kommentaren und Ergänzungen umrahmt wurde, tauschten sich die Schülerinnen und Schüler sehr interessiert mit Franziska Sessler aus. Gerade der Aspekt der politischen Verantwortung aufgrund des „familiären Erbes“ schien die Jugendlichen nachhaltig zu beschäftigen.

In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, OFF BOX – mobile Siebdruckwerkstatt und dem Landesjugendwerk der AWO Sachsen-Anhalt e.V. fand im Rahmen der Veranstaltungsreihe ein zweitägiger Siebdruckwork-



Siebdruckworkshop mit dem Team der OFF BOX aus Leipzig.

shop mit Freiwilligendienstleistenden statt, die sich gezielt mit weiblichem Widerstand auseinandersetzten. Überschriften mit „Unter Druck gesetzt: Weiblicher Widerstand im NS. Druckt eure Vorstellungen von Widerstand auf Jutebeutel & Co.!“ beschäftigten sich die Teilnehmenden mit ausgewählten Biographien von Frauen, die unter anderem aufgrund ihrer politischen Oppositionsarbeit im KZ Lichtenburg inhaftiert waren. Bilder, Symbole und Ikonen des weiblichen Protests wurden besprochen und interpretiert. Im zweiten Teil des Workshops hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, sich künstlerisch auszudrücken und unter professioneller Anleitung eigene Bilder und Motive zum Thema Widerstand zu entwickeln, um diese dann auf Jutebeutel, T-Shirts und andere Textilien zu drucken.

Unter dem Titel „Lasst uns reden: Erinnerungskultur mitgestalten!“⁷ organisierte die Gedenkstätte in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt in Wittenberg und dem Bündnis Wittenberg weltweit am 18. Juni 2019 ein Forum, das den Abschluss der Veranstaltungsreihe „Wo Vergangenheit auf Gegenwart trifft: Das Frauen-KZ Lichtenburg – 80 Jahre danach“ bildete.



Die Veranstaltung widmete sich der Frage, wie eine partizipative, demokratische und offen ausgerichtete Erinnerungskultur gestaltet werden kann. Im Rahmen eines „Markts der Möglichkeiten“ wurden zunächst innovative Projektbeispiele aus dem Landkreis Wittenberg vorgestellt, die auf ganz unterschiedliche Weise an die NS-Verbrechen erinnern und eine Auseinandersetzung damit ermöglichen. Unter dem Titel „Für eine demokratische Kultur Heute an Gestern erinnern“ fand im Anschluss daran eine Diskussionsrunde statt, die von Tobias Thiel, Stellv. Direktor der Evangelischen Akademie, moderiert wurde. Melanie Engler, Johanna Keller, Studentin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, und Peter Wetzel, Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, diskutierten mit dem Publikum unter anderem die Frage, warum wir an die NS-Verbrechen erinnern und welchen Stellenwert die Erinnerung daran für uns heute hat.

Ein wesentlicher Aspekt des Forums war es, die Standpunkte, Ideen und Gedanken der Anwesenden einzubeziehen. So gab es während des Publikumsgesprächs verschiedene digitale Beteiligungsmöglichkeiten.

An einer Fotostation wurden zudem erinnerungskulturelle Statements der Teilnehmenden gesammelt. Damit war zugleich der Grundstein für ein partizipatives Ausstellungsprojekt in der Gedenkstätte gelegt: Die Statements aus der Veranstaltung werden als Ausstellung präsentiert, Besucherinnen und Besucher der Gedenkstätte sind eingeladen, ihre Gedanken zu ergänzen.

So sind die Spuren der Veranstaltungsreihe, über die unter den Hashtags #80Jahre-danach und #AndersGedenken in den sozialen Medien berichtet wurde, noch immer in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin zu sehen.

Ein herzlicher Dank gebührt allen Kooperationspartnerinnen und -partnern sowie allen Unterstützerinnen und Unterstützern, ohne die diese Veranstaltungsreihe niemals möglich gewesen wäre!

Anmerkungen

- 1 Haag, Lina: Eine Handvoll Staub. Widerstand einer Frau 1933-1945, Frankfurt am Main 1995, S. 107.
- 2 Lina Haag, geboren am 18. Januar 1907, engagierte sich schon früh im kommunistischen Jugendverband. Bereits 1933, unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, wurde sie aufgrund ihrer politischen Tätigkeiten verhaftet und war unter anderem im KZ Lichtenburg inhaftiert.
Lina Haag verstarb am 18. Juni 2012 in München.
- 3 Die Juristin Elke Büdenbender ist seit 1995 mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verheiratet. Seit 2000 arbeitet sie als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (zurzeit beurlaubt).
- 4 Die Veranstaltung war Teil des Fortbildungsprogramms der LAGFA Sachsen-Anhalt e.V. und fand in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt statt.
- 5 Dr. Natasha Kelly ist freie Autorin, Kuratorin und Wissenschaftlerin. In ihren Arbeiten verbindet sie Theorie und Praxis und schafft es damit, Transferleistungen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik herzustellen. Zudem ist sie seit vielen Jahren in der Schwarzen deutschen Community engagiert.
- 6 Vgl. Anm. 2.
- 7 Die Veranstaltung wurde gefördert im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Wittenberg aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.



Autorenverzeichnis

Ronny Heidenreich ist seit 2019 Referent beim Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. | **Dr. André Gursky** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Dr. Anke Geier** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Landesbeauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Dr. Nicolas Bertrand** ist Leiter der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Johanna Keller** studiert Geschichte der Neuzeit an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. | **Jan Scherschmidt** ist Landesgeschäftsführer Sachsen-Anhalt des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.. | **Christoph Wonneberger** ist lutherischer Pfarrer im Ruhestand. | **Sabine Scholz** ist Autorin bei der Volksstimme. | **Prof. Dr. Stephan Meder** ist Inhaber des Lehrstuhls für Zivilrecht und Rechtsgeschichte an der Leibniz Universität Hannover. | **Prof. Dr. Friedemann Stengel** ist Professor für Neuere Kirchengeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Geschäftsführender Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Pietismusforschung. | **Dr. Susan Baumgartl** ist Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Melanie Engler** ist Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin.

Fotonachweis

Titelbild: Lichtmast auf dem Außengelände der GDT Marienborn | S. 1/9/11: Sammlung GDT Marienborn, Foto: Günter Mach | S. 15/19/20/22/24: Foto: Kai Langer | S. 31/34/38/40: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) | S. 43: Sammlung Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge | S. 60: Bildquelle: Luftbilddatenbank Dr. Carls GmbH | S. 68/70/73/74: Sammlung Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. | S. 78/81/84: DEFA-Stiftung / Rudolf Brix. | S. 104: Sammlung Gedenkstätte Marienborn | S. 112: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | S. 117: Dörte Hein | 118: Andreas Matthes | S. 119: Sammlung GDT Marienborn | S. 121: Andreas Matthes | S. 122/123/124: Sammlung GDT Marienborn | S. 126/128/131: Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Kai Langer (verantw.) | Susan Baumgartl | Matthias Ohms | Daniel Bohse | Kay Kufefe

Gestaltung | Druck: laut wie leise.de, Halle | Quedlinburg Druck

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
Tel.: (03471) 31 98 16 | Fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@erinnern.org
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 26 | Tel./Fax (03941) 30 248
Mail: info-langenstein@erinnern.org | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

An der Gedenkstätte 1 | 39638 Hansestadt Gardelegen | Tel.: (03907) 77 590 812 | Fax (03907) 77 590 820
Mail: info-isenschnibbe@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag: 09:00 bis 15:30 Uhr |
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr | Das Freigelände ist tags-
über zugänglich. | Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 470 698 337 | Fax (0345) 470 698 339
mail: info-roterochse@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax (0391) 24 45 599 9
mail: info-moritzplatz@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 09:00 bis 16:00 Uhr Donnerstag
09:00 bis 18:00 Uhr | Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@erinnern.org | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Gedenkdenkmal Hötenleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org
web: www.erinnern.org



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

